

**RAMADA
RENAISSANCE
HOTELS**

**Reisen Sie mit dem guten Gefühl,
daß es noch internationale Hotels gibt,
deren Luxus nicht genormt ist.**

DÜSSELDORF
TELEFON 0211/62 16-0
TELEX 8 586 435

HAMBURG
TELEFON 040/34 91 80
TELEX 2 162 983

KARLSRUHE
TELEFON 0721/3 71 70
TELEX 7 825 699

entschieden entgegengetreten und hatte sie schließlich „föter als tot“ genannt.

Unterstanden dauerten auch gestern die Beratungen der Finanzminister von Bund und Ländern über die Rückgabeberechtigungen noch an, während man zunächst bereits am Freitag

Verzinsung aller Zahlungen erfolgen (und nicht nur bei rechtsanhängigen Verzinsen), die sich alle Betroffenen gegen die Zahlung gewandt hätten, erklärte ein Sprecher gegenüber der WELT. Vor allem Großfirmen berichten von erheblichen organisatorischen Belastungen bei der Rückzahlung der 94er Beträge.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Neid-Steuer

Von Peter Gillies

Einmal war sie „töter als tot“ (Genscher), heute scheint sie lebendiger denn je zu sein: die Ergänzungsabgabe, jene Zusatzsteuer für sogenannte Betuchte. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Zwangsanleihe für rechtswidrig und nichtig erklärte, beschäftigen sich Koalitionspolitiker mit ihr – begehrt und ausweichend die einen, mit unterschiedlicher Härte dementierend die anderen.

Wie erinnerlich, war die Ergänzungsabgabe ein Sargnagel der letzten Bundesregierung. Die heutige Debatte belegt, daß sie unverändert einen klassischen Schnittpunkt der Politik darstellt. Ihre Befürworter halten es für ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, den Besserverdienenden, die bereits die höchsten Steuern zahlen, noch mehr abzuwickeln. Dabei unterstellen sie, daß deren Leistungs- und Risikobereitschaft dadurch nicht berührt wird. Die Gegner der Ergänzungsabgabe bezeichnen sie als eine Neidsteuer, die nicht näher definierte Verteilungsziele über das zentrale Problem – Abbau der Arbeitslosigkeit – stellt.

In den CDU-Sozialausschüssen wird erwogen, die erzwungene Rückzahlung der Investitionsabgabe zwar nicht in eine Ergänzungsabgabe umzuwandeln, aber in die Steuerreform 1986/88 einzubauen. Das bedeutete, ein befristete Steuer in eine Dauerbelastung für jene umzuwandeln, von denen man vor allem Aufschwung, Eilan und neue Arbeitsplätze erwartet. Dabei haben noch keine Erhöhung von Mutterschafts- oder Kindergeld oder andere Ausschüttungen je einen Arbeitsplatz gebracht. Sie gefährden ihn eher.

Genscher hat diese Glaubwürdigkeitslücke einer Volkspartei gewittert und – wie seinerzeit – sofort reagiert. Nicht Steuererhöhungen, sondern Steuerentlastungen seien das Gebot der Stunde, meinte er und warnte vor einer „ungezügelter Steuerdiskussion“ (an der er sich ausgiebig beteiligte).

Die Koalitionsparteien täten gut daran, sich auf ihren Wählerauftrag zu besinnen, die Staatsfinanzen zu sanieren und neue, rentable Arbeitsplätze zu schaffen. Eine wie auch immer getarnte Ergänzungsabgabe verletzte beide Ziele und zerstörte Vertrauen, dessen Verbotung sich für diese Regierung ohnehin als recht müssen erweist.

Hier rasch für Klarheit zu sorgen, mag eine Aufgabe für den neuen Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble sein. Sein Sachverstand kann der zuständigen Kommission nützen.

Der König droht

Von Rolf Götz

Das ist schon kein Staatsmann mehr – das ist ein Gott. Mit einer Mischung aus Bewunderung und Ironie lobten Delegierte der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) so manches Mal des marokkanischen Königs Gabe, die Organisation immer wieder vor dem Zerfall zu retten. Heute fühlt sich der König allerdings genötigt, selber mit dem Austritt aus der OAU zu drohen.

Er befürchtet nämlich, daß die Organisation dieser Tage in Addis Abeba der RASD, der Demokratischen Arabischen (Volks)Republik Sahara, Sitz und Stimme im Rat der fünfzig afrikanischen Staaten einräumt. Bis ins Vorzimmer der OAU drang die RASD bereits vor. Dreiunddreißig Stimmen sind nötig, diesem nur im algerischen Exil und vorsehellen Welt-Almanach existierenden Wüstenstaat den Sitzungssaal zu öffnen. Offenbar fehlen nur noch wenig Stimmen zu dieser Zweidrittelmehrheit.

Seit sich König Hassan und Oberst Khadhafi zusammenten, weiß niemand so recht, wie sich der libysche Revolutionsführer bei der Tagung in Äthiopien verhalten wird. Nur soviel steht fest: Ein RASD-Staat kann niemals selbständig existieren. 130 000 Menschen, meist Nomaden, genügen nicht, um den strategisch bedeutenden Wüstenstreifen am Atlantik, größer noch als die Bundesrepublik Deutschland, zu beherrschen.

Den „nützlichen“ Teil mit seinem großen Phosphatvorkommen, dem Hafen und den meisten Bewohnern hat sich Marokko bereits einverleibt. Die Polisario-Front, eine sozialistische Rebellenarmee, deren Führer in vielen Fällen gar nicht aus der Sahara stammen, kämpft mit sowjetischen Waffen aus algerischen Basen für die Verwirklichung des RASD-Staates – und also für sowjetische und algerische Interessen an der afrikanischen Atlantikküste. So paßt es durchaus ins Bild, wenn der äthiopische Präsident Mengistu sich in Addis Abeba für die RASD stark macht.

Urlaub mit dem Löffel

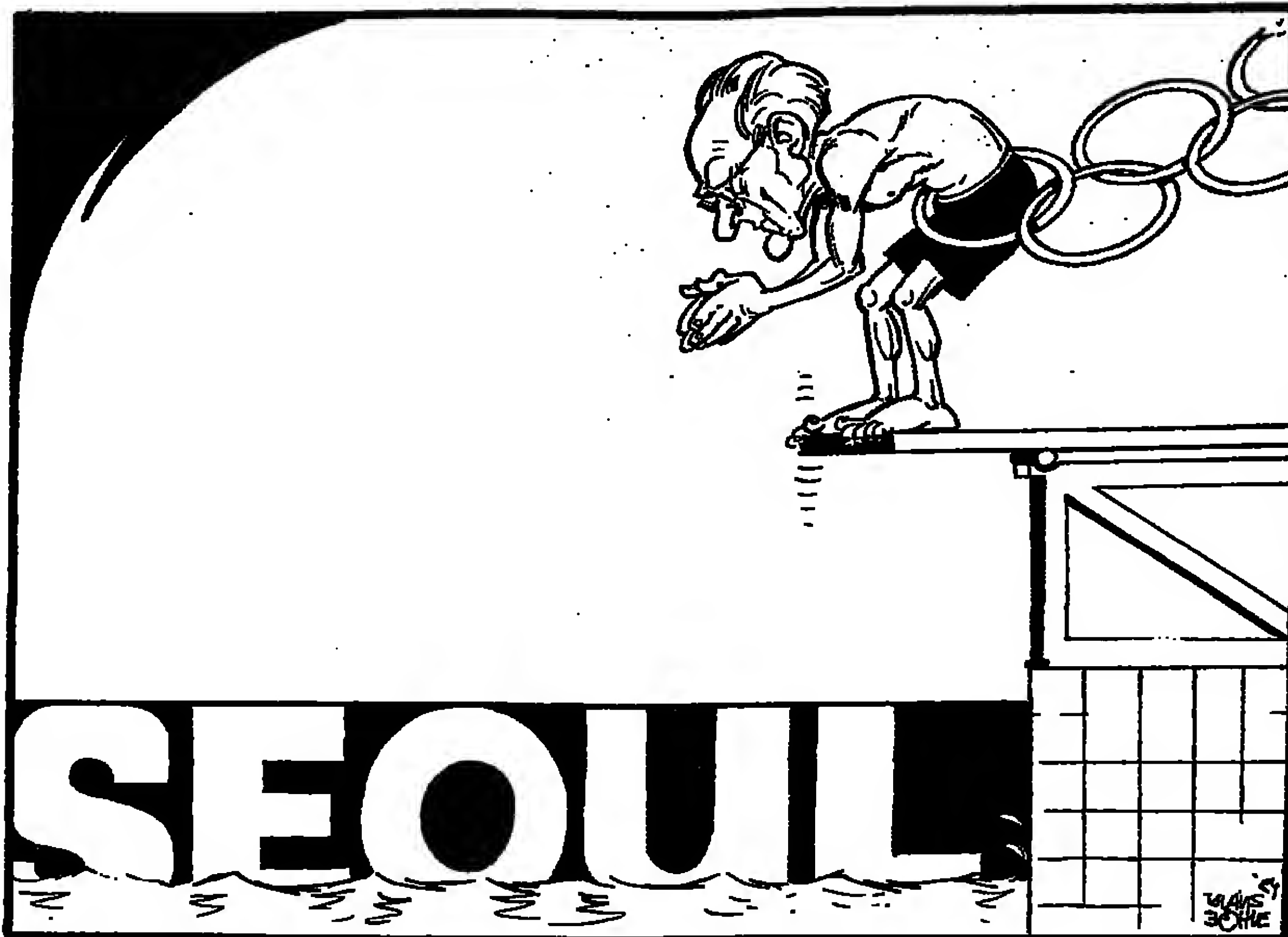
Von Günter Zehm

Gleich zweimal wartete das Fernsehen zum letzten Wochenende mit Gefängnisfilmen auf, in denen Häftlinge unter unendlichen Mühen und unter Beachtung schier unmenschlicher Vorsichtsmaßnahmen aus ihrem Gefängnis ausbrachen. Am Samstag im Ersten gab es aus Amerika „Die Flucht von Alcatraz“ mit Clint Eastwood, am Sonntag zog das Zweite nach mit dem französisch-italienischen Streifen „Das Loch“.

Keine schlechten Filme alle beide; besonders der Amerikaner zeigte, wie gut man drüben Spannungselemente und ernsthaftes soziales Anliegen zu einem populären Reifer mit anspruchsvoller Ästhetik vereinen kann. Aber merkwürdig: Der Zuschauer blieb irgendwie unbefriedigt, und das lag nicht an der Ästhetik. Vielmehr drängte sich die Frage auf: Warum beantragen diese Super-Knastologen, die da unbedingt an die frische Luft wollen, nicht einfach Urlaub auf Ehrenwort?

Die Beispiele sind doch allgemein bekannt und dürfen sich auch in Ganovenkreisen längst herumgesprochen haben. In Hamburg-Fuhlsbüttel etwa, wie einst Alcatraz eine Anstalt für schwere Fälle, streut die zuständige Senatorin Urlaubsgenehmigungen aus „sozialer Verantwortung“ geradezu wahllos unter Häftlingsvolk, und die schweren Jungs denken so manches liebe Mal nicht daran, sich ordentlich vom Urlaub zurückmelden, sie machen immer wieder die Mücke, obwohl sie doch ihr Ehrenwort gegeben haben. Weshalb also noch mit der Löffelkelle ein Loch in die Wand graben? Weshalb sich noch mit dem Problem herumschlagen, wie man den herausgeräumten Mörtel in der Zelle verstecken soll?

Der Vorgang zeigt wieder einmal, wie weit die moderne Kunst doch im allgemeinen hinter der Wirklichkeit herhinkt. Wann werden sich die Filmemacher in Bezug auf Knastverhältnisse auf die progressive Gegenwart einstellen? Probleme bringt auch die noch genug, zum Beispiel für die unschuldigen neuen Opfer der Urlaubsgänger. Doch das ist wohl ein zu heißes Eisen für einen durchschnittlichen, durchschnittlich progressiven Kulturschaffenden. Und der Durchschnitt hat nun einmal das Sagen, auch und gerade im Film.



KLAUS BÖHLE

Die peinliche Hauptsache

Von Klaus Blume

Sport, die schönste Nebensache der Welt? Nicht im Osten; da ist sie eine Haupt- und Staatsache. Die DDR war hier als sozialistischer Staat noch sehr wenig bekannt. Aber ich denke, Millionen Kanadier wissen jetzt besser als früher, was DDR und was RDA und GDR – so bezeichnen sie die DDR in ihrer Landessprache – heißt. Das sagte Manfred Ewald, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der „DDR“, anlässlich der Olympischen Sommerspiele 1976 in Montreal. Seit ihrer Gründung ist es die erklärte Absicht der „DDR“, mit Hilfe des Mediums Sport ihre internationale Reputation zu verbessern. Mehr internationale Siege, mehr Leute in die internationalen Sportgremien, das ist das Rezept.

Unter diesem Gesichtspunkt, wie wichtig der Sport im ersten deutschen Arbeiter- und Bauernparadies ist, muß jetzt auch die Abgrenzung Ost-Berlins gegenüber Moskau gesehen werden. Ost-Berlin hat auf den Tagungen der olympischen Gremien in Mexiko erklärt, man werde sich einem Boykott-Beschluß der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul auf keinen Fall anschließen.

Wenn die „DDR“ so etwas erklärt, hat dies eine andere Qualität als der vorherige gleichlautende Beschluß Havanas oder Rumäniens jüngstes Aussprechen in Richtung Los Angeles. Nicht nur, weil die „DDR“ eine Sport-Weltmacht ist. Sondern weil sie zu einem Imperium gehört, in dem ein Widerspruch gegen eine Leitlinie bisher nicht vorkam – oder mit Waffengewalt beendet wurde.

Und hier ist der Widerspruch an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Denn der sowjetische Sportminister Marat Gramow hatte – klötzen, nicht kleckern – vorher schwerstes Geschütz aufgeführt: „Kein anständiger Mensch kann nach Seoul gehen“. Dahinter stand ein großes Kalkül: Südkorea als Diktatur in die Ecke zu stellen und die USA als Gönner dieser Diktatur dazu; Moskau als Vorreiter des Anstands. Umso schwerer wiegt der Fehlschlag: Die „DDR“ bekennt sich öffentlich dazu, für die Sowjets als unanständig dazustehen.

Der neue Weg der „DDR“ – auch wenn ihre Medien noch zu der internen Revolte schweigen – ist frei-

lich auch eine logische Folge des Klassenkampfes zwischen den Klassenbrüdern. Sehr zum Leidwesen des großen Bruders haben die „DDR“-Medien bei Olympischen Spielen stets eine ganz subjektive Auswertung der Medaillen und Platzierungen vorgenommen, um auf diese Weise ihre Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion nachzuweisen. Sowjetischen Hinweis, dies sei wider den olympischen Geist, wurde damit begegnet, das geschehe aus der Tradition des deutschen Arbeitersports und habe nichts mit Nationalismus zu tun. Als bei den Olympischen Spielen 1976 die Goldmedaille im Diskuswerfen der Frauen an die hohe sowjetische Favoritin Faina Melnik zu gehen schien, protestierte die „DDR“-Mannschaftsführung; Faina Melnik wurde wegen eines technischen Fehlers vom zweiten auf den vierten Platz zurückgestuft, die „DDR“ erhielt Gold und Bronze.

Ein weiteres Symptom ist Gramows Klage, der sportwissenschaftliche Austausch zwischen der „DDR“ und der UdSSR verlaufe allzu schleppend. Um die mühsam mit unerhörtem Aufwand erreichte Position im Welt-Sport zu halten oder gar weiter auszubauen, gibt der „DDR“-Sport seine wissenschaftlichen Erkenntnisse innerhalb des sozialistischen Lagers nur verzögert und unvollständig weiter. Zudem wird deutlich Differenzierung geübt: Rumänien und die CSSR erhalten nur zweitrangige

Soll das als Symbol der neuen olympischen Sportpolitik der „DDR“ verstanden werden? Man sieht Vorschläge über näherliegende Gesamt-Mannschaften und Grenzüberschreitungen mit Interesse entgegen. Zunächst aber ist festzuhalten, daß erstmals in der Geschichte des Warschauer Paktes ein Mitglied des engsten Kreises offen gegen eine offene sowjetische Forderung antritt. Das ist ein Signal, das weit über den Sport hinauswirkt. Es macht Honecker nicht nur zu Neutralist oder Menschenrechtler, aber es macht Risse im angeblichen Monolithen erkennbar, die längst keine Haarrisse mehr sind. Die Sowjetunion hätte die öffentliche Bloßstellung vermeiden können, wenn sie rechtzeitig einen gesichtswahrenden Rückzug angetreten und gemeinsam mit den anderen Ost-Staaten die Teilnahme zugesagt hätte. Nun steht sie vor aller Welt da als jemand, der sein Imperium nicht in die olympische (und womögliche sonstige) Disziplin zu nehmen vermag. Das kann Folgen haben, das kann neue Weitsprünge ermutigen.



Die Revolte der Genossen provoziert: Gramow FOTO: AP

Pinochet, die Opposition und die Verhärtung der Fronten

Ein Ausweg aus der chilenischen Krise ist nicht sichtbar / Von Günter Friedländer

Die Rundfunkhörer in Chile haben Stadt Valparaiso erleben kurz nach der Verhängung des Belagerungszustandes eine Überraschung: Ein staatliches Rundfunkprogramm wurde sechs Minuten unterbrochen. „Widerstandskämpfer“ riefen das Volk zu den Waffen gegen Pinochet.

Viele andere Ereignisse erschrecken selbst diejenigen, die an eine langsame Rückkehr zur Normalität glauben: Bombenattentate, Straßaktionen gegen Arbeiter, in denen die Regierung Agitatoren vermutet, das Verbot von sechs oppositionellen Zeitschriften, eine rigorose Pressezensur, die Aufhebung elementarer Bürgerrechte, die Verordnung des „interne Exils“, wie die Internierung oppositioneller Elemente in der nördlichen Fischereistadt Pisagua genannt wird, ein Ausgehverbot von Mitternacht bis 5 Uhr morgens, die zunehmende Konfrontation mit nicht nur „fortschrittlichen“, sondern auch konservativen Kreisen der Kirche, usw. Als das Regime in ähnlicher Weise 1973 nach Allen-

des Sturz voring, wurde das von vielen als notwendig akzeptiert, um ein kommunistisches Komplott in letzter Stunde zu vereiteln und Chile zur Demokratie zurückzuführen. Noch 1980 sprach sich die Mehrheit der Chilenen für eine neue Verfassung aus, die Pinochets Amtszeit bis 1989 verlängerte. Nun aber erscheint das vielen zu lang, besonders seit der zögernd begonnene Dialog zwischen den politischen Parteien und dem Innenminister Onofre Jarpa ins Stocken geriet und dann von Pinochet in einer groß angelegten Rede in Vina del Mar aufgekündigt wurde. Der alternde General (68) sagt, nicht er, sondern das Schicksal habe ihm den Platz in der Geschichte zugewiesen, Chile vor dem Kommunismus zu retten. Kommunisten scheint aber für ihn jeder zu sein, der sich ihm in den Weg stellt, so gar die konservativ geleitete Kirche.

Die Hauptstadt Santiago ist wie viele andere lateinamerikanische Großstädte von Elendsvierteln umgeben, in denen seit Jahrzehnten

eine kaum vorstellbare Not herrscht. Sie sind die Brutstätte „linksradikaler“ Aktionen. Hier organisieren die Nachfolger des Allendismus oft von Gewalttätigkeit begleitete Demonstrationen und erreichen, was sie erhoffen: brutale Gegenschläge der Polizei und des Heeres. Immer häufiger fragen sich Mittelschichten, denen man keine Sympathien für den Allendismus nachsagen kann, ob dieses Vorgehen gegenüber Menschen gerechtfertigt ist, die auch Chilenen sind. Sie vergleichen Chile mit einem von einer feindlichen Armee besetzten Land. Die Christdemokraten beschuldigen Pinochet, die Rolle des Landespräsidenten mit der eines Generals zu verwechseln, der jedes Problem nach militärischen Erwägungen anpackt, weil er in der Opposition nicht Mitbegründer, sondern Feinde sieht.

Es ist nicht ganz so einfach. Als der Dialog mit dem Innenminister Onofre Jarpa begonnen sollte, vergaß die „Allianz“ der demokratischen Parteien die Grundregel jedes fruchtbaren Gesprächs: Es

IM GESPRÄCH Georg Gallus

Kein Duckmäuser

Von Hans-Jürgen Mahnkne

Georg Gallus, der designierte Landesvorsitzende der FDP in Baden-Württemberg und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, gehört nicht zu den Lautstarken in Bonn. Dennoch verschaffte er sich überall Gehör. Er bestimmt nicht die agrarpolitische Diskussion, aber setzt Akzente, scheut nicht den Widerspruch, lockt ihn häufig geradezu heraus. Zwiespältig ist daher das Urteil. Wer ihn über längere Zeit beobachtet hat, bei dem überwiegt die Sympathie.

„Ich sage, was ich denke, auch wenn es manchmal nicht paßt“, ist sein Credo. An den vielen Duckmäufern werde der Staat noch einmal zugrunde gehen, sagte er Ende der siebziger Jahre in einem Gespräch mit der WELT. In der FDP, in der er im Stammland des Liberalismus das bürgerlich-konservative Element verkörperte, hatte er damals keinen leichten Stand, wie er selber betonte. Als er 1974 zum ersten Mal zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde, stempelten ihn Delegierte als „Schwarzen“ ab. Und das, obwohl an seiner liberalen Gesinnung kein Zweifel besteht – und schon gar nicht an seinem Pedigree; seine Ahnentafel führt zurück auf den Dichter Ludwig Uhland.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse in seiner Partei geändert. Er gehörte von Anfang an zu den Verfechtern der politischen Wende in Bonn, er wollte sie früher und in einer anderen Art und Weise. Daraus hat der 1927 in Hattenhofen, Kreis Göttingen, als Sohn eines Landwirts geborene evangelische Schwabe keinen Hehl gemacht.

Nach der Kriegsgefangenschaft und einer landwirtschaftlichen Lehre absolvierte Gallus die Ingenieurschule für Landbau in Nürtingen. Den 25 Hektar großen Hof hat er inzwischen seinem Sohn übergeben. Schon früh widmete er sich der Verbands- und Parteiarbeit. Er rückte bis zum Vizepräsidenten des Bauernverbandes Baden-Württemberg auf. Außerdem wurde er in mehrere Aufsicht- und Verwaltungsräte landwirtschaftlicher Organisationen berufen. Als er im Januar 1977 zum Staatssekretär ernannt



Scheut auch das einsame Votum nicht: Gallus FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

wurde, hatte er die Ämter bereits niedergelegt, wegen der Klarheit und Eindeutigkeit. Mit seinem Staatsamt stehe er nun einmal auf der anderen Seite.

Dies heißt nicht, daß er, der sich einmal in eine Genossenschaft „eintauchte“, um sie zum Verkauf von Ländereien an kleinere Landwirte zu bewegen, nicht für seine Klientel einzutreten wüßte. So verließ er einmal die Regierungsbank, um als Abgeordneter – er war 1970 für Professor Ralf Dahrendorf in den Bundestag nachgerückt – allein gegen die Begrenzung der Mittelzuweisungen an die EG zu stimmen. Gleichzeitig forderte er Maßnahmen zur Eindämmung der wachsenden Überschüsse, womit er sich bei dem damaligen Minister Josef Ertl nicht durchsetzen konnte.

Trotzdem: Seine Stellung im Ministerium war damals eine andere als heute unter Ignaz Kiechle (CSU). Und dies liegt nicht nur daran, daß erstmals mit Wolfgang von Geldern (CDU) ein zweiter Parlamentarischer Staatssekretär berufen wurde. Obwohl er eine andere Lösung für das Milchproblem als die Quotenregelung vorgezogen hätte, steht er loyal zu den Beschlüssen. Ihm geht es um die bäuerlichen Familienbetriebe. Denn nur selbständige Existenzen garantieren für ihn auch Unabhängigkeit und Freiheit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung behält sich in einer Beilage mit der Bundesrepublik.

Die Befürworter einer geistigen Erneuerung nach gut einem Jahrzehnt ungeborener sozialdemokratischer Regierung sprechen von „der Wende“. Doch zwei Jahre, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl der rechten Mitte wieder zur Macht verhilft, bleibt der Wahrheitsgehalt des Anspruchs quälend schwer zu bewerten. Denn Kohl regiert über eine seitens der Wirtschaft aus wirtschaftlichem Erfolg und politischer Kratzbürstigkeit, auf ordentlichem Wohlstand und ziemlich ungeordneter Agitation überstehende Wälder sowie aus einem tiefstehenden Konservatismus und einer beispiellosen Infragestellung traditioneller sozialer Werte durch die junge Generation. Dennoch ist Deutschland heute ein ruhigerer Platz als noch vor einem Jahr... Und viele alte deutsche Werte wie Gründlichkeit, Zuverlässigkeit und Stolz auf Qualität erwachen wieder zum Leben.

Frankfurter Rundschau

Sie hält Schäuble für eine gute Wahl.

Schäuble ist jung, unverbraucht und auf sympathische Weise zielstrebig. Er ist nicht der Typ des kameradschaftlichen Windmachers, der vor lauter Ehrgeiz vergessen würde, daß auch in der Politik auf lange Sicht nur die solide Arbeitsleistung zählt. Dazu müssen die Voraussetzungen stimmen. Als Chef des Kanzleramtes mit Kabinettsrang hat er eine starke Posi-

tion, die – wenn er sie nutzt und der Kanzler ihm läßt – Helmut Kohl das Überleben bis 1987 und darüber hinaus sichern könnte, wenn er Glück hat.

Allgemeine Zeitung

Das Malmer Blatt hebt eine persönliche Konsequenz der Beratung Schäubles heraus.

Für Kohls getreuen Paladin aus Mainzer Zeiten, den besaiteten Kanzleramtschef Prof. Dr. Schreckenberger, bedeutet die Berufung Schäubles einen einschneidenden Kompetenzverlust... Schreckenberger wird in diesen Tagen gewiß nicht zum ersten Mal seinem Amt als Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz nachtrauern, das für den Professor der Rechte die Idealverbindung von fachlicher Neigung und praktischer Politik darstellte. Loyalität und Freundschaft hatten ihm alles aufgeben lassen, als Helmut Kohl nach ihm rief.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung schreibt zur Berliner SPD:

Die Berliner Sozialdemokraten haben sich am Wochenende große Mühe gegeben, zum Auftakt des Wahlkampfes innere Geschlossenheit zu demonstrieren. Nach den zahlreichen Querschüssen, Reibungen und der unverhohlenen Kritik des linken Parteiflügels an der Kandidatur Apels wird es nicht leicht sein, dem Berliner Wähler diese demonstrative Einigkeit glaubhaft zu machen...

kann keine Voraussetzungen geben. Sie aber wollten gerade das mit der Forderung des Rücktritts Pinochets, ohne die Lehren Argentiniens und Uruguays zu beachten: daß dem Militär im allgemeinen Interesse ein ehrenvoller Abgang ermöglicht werden muß. So verhärteten sie die Front im Augenblick der Auflockerung. Zudem war Pinochet populärer als sie dachten, wie die erfolglosen Kundgebungen und Streiks seit dem März 1983 gezeigt haben.

Der General hatte 1973 eine zuerst erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben, die die Inflation aufhielt und zu einem jährlichen Wachstum der Wirtschaft bis zu acht Prozent führte. 1982 aber kam ein unerwarteter Rückschlag, der mit bisher nur sehr geringem Erfolg korrigiert wurde. Die Währung mußte um 35 Prozent abgewertet werden, die Lebensmittelpreise stiegen bis zu 50 Prozent. Man spricht heute von 15 Prozent Arbeitslosigkeit, was nicht realistisch ist. Sie ist in den Elendsvierteln und unter den jungen Arbeitern zwei- bis dreimal so hoch,

und viele sind unterbeschäftigt oder unterbezahlt.

Die Inflation erreichte in diesem Jahr bereits 20 Prozent. Nicht so sehr demokratische Erwartungen des Mittelstandes als leere Mägen der Arbeiter feuern Kundgebungen gegen Pinochet an. Deshalb blieben die Veranstaltungen der demokratischen Allianz so erfolglos, während die Agitation der Linken die Straßen zu beherrschen droht.

Was nun geschehen soll, scheint allen unklar zu sein. Chiles Heer und Polizei sind bisher noch Herren der Lage, und darin ist kein Wandel zu sehen. Auch Militärs, die sich einen friedlichen Ausweg wünschen, wie der Luftwaffengeneral Matthei, sind ohnmächtig. Sie können nicht zurücktreten, weil sie dann jeden Einfluß auf die Ereignisse verlieren. Sie müssen versuchen, ihren Einfluß auf Pinochet zu verankern, ohne die Mithilfe der Streitkräfte auf Spiel zu setzen. Sie brauchen dafür eine vernünftige Unterstützung der demokratischen Parteien. Die ist allerdings bisher ausgeblieben.

Dienstag, 13. November 1984 - Nr. 267

Wo die Großbanken ihr Geld lassen

Mit Anwalt werden mitunter die Beteiligungen großer Banken an Industrieunternehmen betrachtet. Die Deutsche Bank steht hier weit an der Spitze. Geht es um Macht? Oder ist es schließlich Gewinnsuchen, um ein finanzielles Polster anzulegen?

Von CLAUD DERTINGER

Großbanken sind Investmentfonds mit angeschlossenen Bankgeschäften. An diesen Botschaften wurde man wieder einmal erinnert, als kürzlich Spekulationen über die Einbringung der Beteiligung der Dresdner Bank und der Hypo-Bank an Unternehmen in Handel und Industrie in eine gemeinsame Holding mit der Allianz-Versicherung angestellt wurden.

Natürlich ist diese Formulierung der Börse übertrieben. Aber cum grano salis trifft sie zu. Addiert man den Börsenwert der Großbankenbeteiligungen an börsennotierten deutschen Unternehmen der Kreditwirtschaft, der Industrie und des Handels, so kommt man auf ganz erstaunliche Relationen.

Bei der Deutschen Bank summieren sich diese Engagements auf gut 8,5 Milliarden Mark, mehr als drei Viertel des Betrags, mit dem die Börse die gesamte Bank bewertet. Nicht ganz so beteiligungsintensiv sind die beiden anderen Großbanken. Die Dresdner Bank kommt auf ein börsennotiertes Beteiligungsspektrum von 1,9 Milliarden Mark, was rund 52 Prozent der Börsenkapitalisierung der Bank entspricht, bei der Commerzbank machen die um noch ein paar Millionen größeren Aktienpakete rund 66 Prozent der Börsenkapitalisierung aus. Tatsächlich ist der Wert der Aktienpakete noch um einiges höher, denn bei den hier genannten Zahlen wurden nur die veröffentlichten Beteiligungssummen berücksichtigt, die vielfach unter den tatsächlichen liegen.

Mah kam das auch so betrachtet: Bei einem Kurs von 380 Mark für die Deutsche Bank-Aktie zählt die Börse

280 Mark für den Börsenwert der Aktienpakete und nur 90 Mark für das eigentliche Geschäft der ertragsstärksten deutschen Großbank. Gewiss, solche Rechnungen sehen aus wie Zahlenspielererei. Aber sie zeigen doch, wie groß das Gewicht des Beteiligungsbereichs gerade für die Großbanken ist.

Interessant sind in diesem Zusammenhang weniger die Beteiligungen an anderen Banken, die bei der Deutschen Bank 1,5 Milliarden Mark ausmachen, bei der Dresdner Bank gut eine Milliarde und bei der Commerzbank gut 750 Millionen; dabei handelt es sich größtenteils um die zu den Bankkonzernen gehörenden Hypothekendarlehen, also quasi verlängerten Armen für Aktivitäten im eigentlichen Geschäft. Wenn von Beteiligungen der Banken die Rede ist, denkt man vor allem an die branchenfremden.

Da kommt die Deutsche Bank immerhin auf den stattlichen Betrag von gut sieben Milliarden Mark, wovon der Löwenanteil von gut 5,6 Milliarden Mark allein auf die größte Perle, das 33,5prozentige Daimler-Paket, entfällt. Mit 435 Millionen Mark schlägt eine Schachtelbeteiligung an Deutschlands größtem Warenhauskonzern Karstadt zu Buche.

Im Vergleich dazu nehmen sich die Pakete der beiden anderen Großbanken geradezu bescheiden aus. Aber auch darunter finden sich feinste Adressen und beachtliche Werte. So bei der Dresdner Bank Schachtelbeteiligungen an der DUB Schultheiß-Brauerei (Börsenwert etwa 166 Millionen Mark) und an Heidelberger Zement (Börsenwert knapp 250 Millionen) sowie eine indirekte zehnprozentige Beteiligung an der Degussa (Börsenwert rund 180 Millionen Mark).

Unter den Commerzbank-Aktienpaketen glänzen vor allem eine Karstadt-Schachtel (Kurswert 435 Millionen Mark), eine indirekte 6,3prozentige Beteiligung an Daimler (Börsenwert 275 Millionen Mark) und ein 8,3prozentiges GHH-Paket (Börsenwert 114 Millionen Mark) sowie eine indirekte 12,5prozentige Beteiligung an Bauries Hochtief (Kurswert 188 Millionen).

Die Banken sind also „auf vielfältige Weise mit Unternehmen aus dem Nichtbankbereich verflochten. Häufig bestehen zugleich personelle Verflechtungen über Aufsichtsratsmandate“, urteilte die Monopolkommission vor acht Jahren, als die politische Diskussion über „die Macht der Banken“ noch die Gemüter erhitze und als es ernsthafte Bestrebungen gab, den Beteiligungsbesitz an Nichtbanken qua Gesetz zu begrenzen. Heute ist dies kein emotionsgeladenes politisches Thema mehr, wenn man einmal davon ablässt, daß die Grünen kürzlich bei der Anhörung vor dem Bundestags-Finanzsausschuß über die Novelle zum Kreditwesengesetz noch einmal darauf zurückkommen wollten.

Unbestritten ist, daß die Banken als potente Aktionäre Einfluß nehmen können auf Unternehmen, an denen sie beteiligt sind, und daß sie dies auch tun. Erinnert sei hier an die auch in der Presse kontrovers diskutierte Bestellung des Vorstandsvorsitzenden bei Daimler-Benz und an den Manager-Wechsel bei der Gutehoffnungshütte.

Aber es ist wohl legitim, daß diejenigen, die qua Kapital eine gewisse Machtposition haben, diesen Einfluß auch nutzen, wobei man unterstellen kann, daß sie nichts anderes im Auge haben als das Wohl der Unternehmen und ihrer Aktionäre, zu denen die Banken ja selbst gehören. Jede andere Form der Machtausübung wäre selbstschädigend, im materiellen, moralischen wie im politischen Sinne“, formulierte es Vorstandssprecher Wilfried Guth von der Deutschen Bank. Und sein Sprecherkollege F. Wilhelm Christians definiert den Einfluß der Banken als Verpflichtung, etwas zu bewegen. Die Sanierung der AEG, die von den Banken gewaltige Opfer erforderte, kann als Beispiel dafür angesehen werden.

Daß sich die Banken nicht immer durchsetzen können, sei nicht nur am Rande erwähnt. So hat dieser Tage Wilfried Guth resigniert seinen Aufsichtsratsvorsitz bei der Unternehmensgruppe Krom-Bremse niedergelegt, weil er die Familiengesellschaft nicht dazu bewegen konnte, ein

schlüssiges Unternehmenskonzept vorzulegen. Guths Kommentar: „Paradebeispiel für die Ohnmacht eines Bankiers im Aufsichtsrat eines Familienunternehmens, dessen Gesellschafter zerstritten sind.“ Überdies sind Bankiers, auch wenn ihre Position durch Aktienbesitz untermauert ist, in Aufsichtsräten gar nicht so mächtig, wie das oft vermutet wird. Sie teilen die Macht mit anderen Anteilseignern und Gewerkschaftsvertretern.

In der Öffentlichkeit wird wohl oft falsch interpretiert, was die Banken überhaupt zum Paketbesitz motiviert. Das ist nämlich nicht der Versuch, die Wirtschaft zu beherrschen oder zu kontrollieren, der allein schon deshalb zum Scheitern verurteilt wäre, weil sich die Beteiligungen nur auf ganz wenige Unternehmen konzentrieren und weil es sich bis auf wenige Ausnahmen nie um Mehrheitsbeteiligungen handelt.

Das Motiv ist viel vordergründiger: Gewinnstreben. Schließlich werfen vor allem die steuerlich lukrativen Schachtelbeteiligungen erkleckliche Gewinne ab, die wesentlich zur Stabilisierung der Bankerträge beitragen. Und was nicht minder wichtig ist: Die stillen Reserven in den Industriebeteiligungen sind ein Polster, mit dem die Banken harte Schläge abfangen können. So haben die Commerzbank und die Dresdner Bank vor einigen Jahren Verlustlöcher durch die Mobilisierung stiller Reserven im Beteiligungsbereich gestopft.

Und was in der Öffentlichkeit häufig übersehen wird: Nicht nur aus solchem Zwang haben sich manche Banken von wertvollen industriellen Beteiligungen trennen müssen. Viele Institute gaben schon seit langem Pakete aus freien Stücken ab, Pakete, die sie übrigens vielfach im Zuge von Sanierungsaktionen mehr oder weniger unfreiwillig erworben haben, wie zum Beispiel die Aktien der AEG, die sie wohl lieber heute als morgen wieder loswerden würden. So sehr die Banken an einigen Perlen hängen, die sie als Dauerbesitz betrachten, so gering waren in den letzten Jahren die Bestrebungen, sich neuen Industriebeteiligungsbereichen ins Haus zu holen.



„Landschaft voller Wunder“: Wird sich die Hainburger Au in eine Mondlandschaft verwandeln?

FOTO: VOTAVA

Ein Mann entscheidet den Kampf um den Urwald an der Donau

Kraftwerk hin – Anwalt her: So lautet das zur Zeit größte politische Reizthema in Österreich. Der Plan für ein Donau-Kraftwerk bei Hainburg bedroht eine der letzten Urwaldlandschaften in Mitteleuropa.

Von CARL G. STRÖHM

Östlich von Wien, wenige Kilometer von der tschechoslowakischen Grenze entfernt, dehnt sich zu beiden Ufern der Donau die Hainburger Au – einer der letzten, wenn nicht gar der letzte Fluß-Urwald Mitteleuropas. In der Bundesrepublik gibt es nur noch am Oberrhein spärliche Reste von Auwald – nicht zu vergleichen mit dem Gebiet an der Donau und an deren Nebenfluß March, die an ihrem Unterlauf die Grenze zur CSSR bilden.

Um diesen Auwald ist nun ein erbitterter Kampf zwischen Naturschützern und Grünen auf der einen und der Mehrheit der etablierten politischen Parteien auf der anderen Seite entbrannt. Die Elektrizitätswirtschaft und die Bauindustrie – letztere ist nach der Vollendung eines großen Wasserkraftwerks bei Melk von Arbeitslosigkeit bedroht – drängen darauf, nun sobald wie möglich das Kraftwerk Hainburg in Angriff zu nehmen. Es wäre das Ende des Auwalds.

Die Naturschützer weisen die Behauptung, das Donau-Kraftwerk werde „umweltschonend“ errichtet, als Ausrede zurück. Wenn erst der Staudamm errichtet werde – der einen Rückstau der Donau bis nach Wien verursachen würde – müßte die im Sommer grüne Landschaft bald so aussehen wie die bei Melk errichtete Stausee Greifenstein: wie eine Mondlandschaft.

Nicht nur Industrie- und Beschäftigungsinteressen (vor allem der mächtigen österreichischen Gewerkschaften) stoßen in der Frage Hainburg mit dem Umweltbewußtsein der Naturschützer und mit der in Österreich immer stärker werdenden grünen Bewegung zusammen. Zugleich erkennt man bei Befürwortern und Gegnern des Kraftwerksbaus quer durch die politischen Parteien diametral entgegengesetzte Weltanschauungen.

Abgesehen von der österreichischen Wirtschaft, die auf den Bau von Hainburg versessen ist, bereits jetzt auf den Startschuß wartet und ökonomische Gründe ins Feld führt (etwa größere Unabhängigkeit von Energie-Importen), gibt es noch die „betonfreundliche“ Einstellung vor allem der älteren Politikergenerationen, die durch den Wiederaufbau nach dem Kriege geprägt ist. Typisch für diese Gruppe ist der Chef des österreichischen Gewerkschaftsbundes und Parlamentspräsident Anton Benya – ein Mann, der aus der sozialistischen Arbeiterbewegung kommt. Für ihn ist die Aufzucht der Naturschützer nichts als Sentimentalität. „Die Hainburger Au, das ist kein Wald, das ist nur Dickicht. Wenn man sich die Donau dort anschaut, wo sie

gestaut wird, dann ist das Bild schöner. Man wird auch Hainburg wieder kultivieren. Denn jetzt ist ja dort Wildwuchs, was braucht man uns da zu erzählen, meint Benya.

Ganz anderer Meinung ist der Nobelpreisträger und Verhaltensforscher Konrad Lorenz, der seinen Namen für ein Anti-Kraftwerk-Volksgehren zur Rettung der Au hergebeht hat. Er bezeichnet die Hainburger Au als eine „Landschaft voller Wunder, vergleichbar nur den tropischen Urwäldern, ein Dschungel in unseren gemäßigten Breiten“. Und der Nobelpreisträger stellt dann die Frage: „Wissen wir überhaupt, was wir im Begriff sind zu verlieren?“

Der Auwald, so erklären namhafte Naturforscher, sei ein kompliziertes Öko-System, das sich – wenn man erst einmal betonierte und die Donau aufgestaut habe – niemals wiederherstellen lasse. Diese „hochspezialisierte Lebensgemeinschaft“, die nur im Überschwemmungsbereich von Flüssen und nur im Nebereich von Grundwasser gedeihen könne, lasse sich nicht beliebig wiederherstellen oder gar irgendwo anders neu anpflanzen.

Der Kampf für und wider die Au hat die österreichische Innenpolitik auf seltsame Weise polarisiert. Keine der beiden großen Parteien – weder die Sozialisten (die sich in ihrem Regierungsprogramm grundsätzlich für den Bau entschieden haben) noch die oppositionelle Volkspartei haben bisher deutlich und endgültig Ja oder Nein zum Kraftwerk gesagt. Was man hört, ist ein Ja, aber ... Die Verantwortung wird von einer Instanz zur anderen geschoben. Die Wiener Bundesregierung sagt, die niederösterreichische Landesregierung sei nun zuständig. Der zur Volkspartei gehörende Landeshauptmann von Niederösterreich, Siegfried Ludwig, hält sich bedeckt – und überläßt die Entscheidung dem Landesrat (Minister) für Naturschutz in der Landesregierung – dem bisher der breiten Öffentlichkeit völlig unbekannten Sozialisten Brezovsky. Dieser muß demnächst entscheiden, ob der Bau des Kraftwerks bei Hainburg mit dem niederösterreichischen Naturschutzgesetz vereinbar ist. Damit bleibt die Verantwortung letztlich an einem einzigen Mann hängen.

Die Naturschützer und Kraftwerksgegner haben nun den Verdacht, der Landesrat Brezovsky könne in wenigen Wochen „ja“ sagen. Dazu ein Sprecher des World Wildlife Fund (WWF), der sich um die Errichtung eines Nationalparks Donau-March-Auen anstelle des Kraftwerks bemüht: „Sobald sie von einer Instanz grünes Licht haben, lassen sie die Bagger rollen.“ Wenn dann erst einige hundert Hektar Auwald planiert seien, werde sich kein Politiker mehr finden, das rückgängig zu machen.

Zu den energischen Gegnern des Kraftwerksbaus gehören in den etablierten Parteien vor allem einige sozialistische Intellektuelle, in der Volkspartei der Wiener Vizebürgermeister Erhard Busek, aber auch der ÖVP-Umweltsprecher im Parlament, Walter Heinzinger. Der Abgeordnete

meint, im Falle Hainburg werde nach der Methode gehandelt, einen „gesunden Zahn zu ziehen“, um damit zu zeigen, wie gut der Zahnarzt sei. Die Politiker müßten aber nicht nur die Interessen „weniger Baufirmen und Banken“ vertreten, die unbedingt den letzten Auwald an der österreichischen Donau zubetonieren wollten. Er sei der Meinung, die Politiker müßten Anwälte des „Lebendigen“ sein und die für das Antlitz Österreichs bedeutenden Landschaften für künftige Generationen unversehrt erhalten.

Auf einer Konferenz im Schloß Orth an der Donau trugen Experten des WWF jüngst ihre schweren Bedenken gegen den Kraftwerksbau vor. Durch den Rückstau der Donau höre die Turbulenz des Wassers auf, damit werde die Wasserqualität der aufgestauten Donau bei Wien dramatisch absinken, zumal die Kläranlage der Millionenstadt nur mangelhaft arbeite. Der Fluß werde seine Selbstreinigungskapazität verlieren. Gefahr drohe nicht nur für das Wiener Trinkwasser, sondern auch für die Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg – einem bekannten Kurort an der Donau. Wenn das empfindliche Gleichgewicht zwischen Heilwasser und Grundwasser sich ändere, könne es zu einem Versiegen der Quellen kommen. Die Naturschützer weisen auf zahlreiche Gutachten von Wissenschaftlern hin, die sich offenbar gegen den Bau des Kraftwerks ausgesprochen haben. Die Gutachten wurden aber bisher geheimgehalten.

Manche Gegner des Kraftwerksbaus meinen, die von den Donau-Kraftwerken geplanten Maßnahmen verstießen klar gegen das niederösterreichische Naturschutzgesetz, ja sogar gegen internationale Konventionen, so etwa gegen das Österreich ratifizierte „Ramsar-Übereinkommen“ über Feuchtgebiete.

Sollten die Bagger trotzdem rollen, wollen sich viele Naturschützer aus Österreich und dem Ausland – unter ihnen Universitätsprofessoren, Politiker und Publizisten – an die Auwald-Bäume ketten. Überdies erhalten sie neuerdings Unterstützung aus der Nachbarschaft: Im österreichischen Burgenland fürchtet man, der Wasserspiegel des Neusiedler Sees könne absinken, wenn bei Hainburg ein Kraftwerk entstehe. Und im kommunistischen Ungarn hat sich – erstmals in einem osteuropäischen Land – eine ganze Protestbewegung gegen den geplanten Bau des ungarisch-tschechoslowakischen Donau-Kraftwerks Gabčíkovo-Nagymaros gebildet. Die ungarischen Umweltschützer haben zugleich die Österreicher aufgefordert, sich nicht durch Zulieferungen am Bau des Kraftwerks zu beteiligen.

Die Leute vom World Wildlife Fund allerdings sprechen offen den Verdacht aus, Hainburg sei eine Art „Test“ – im Gegensatz zu allen Dementis könne eines Tages auch die Perle der österreichischen Donau, die Wachau, mit einem Staudamm beglückt werden – weil nämlich sonst der genormte „Europakahn“ dort nicht durchkomme.

Hausbesetzungen sind nur noch Erinnerung

Die Zeit der besetzten Häuser ist in Berlin vorüber. Ein Pachtverhältnis steht unter die letzte, die 168. Besetzung eines Schlufstreichs.

Von HANS-R. KARUTZ

Bei politischem Wokda und unter Scheinwerferlicht unterzeichneten jetzt in Berlin die Bewohner des 168. besetzten Hauses einen Nutzungsvertrag. Er legalisiert ein Pachtverhältnis. Aus Steuermitteln werden 640.000 Mark Renovierungszuschuß gezahlt; die Ex-Besitzer müssen 160.000 Mark selbst aufbringen und für 1000 Quadratmeter Wohnfläche monatlich 1500 Mark entrichten. Bürgermeister und Innenminister Heinrich Lummer (CDU) sprach vom Ende eines „dunklen Kapitels“ in Berlin. In der Stadt sei der innere Frieden wieder hergestellt.

Lummer wies in einer Bilanz darauf hin, daß von 169 in Beschlag genommenen Häusern, in denen knapp

5300 Besetzer wohnten, 60 geräumt, 27 freiwillig verlassen und 78 durch Verträge legalisiert worden seien. Von den 700 Festgenommenen aus der „Häuserkampf“-Szene stammte lediglich ein Drittel aus Berlin. „29 Prozent waren schon in extremistischen Gruppen in Erscheinung getreten.“ Vor allem „von außen her“ sei ständig versucht worden, immer wieder Unruhe in die Stadt zu tragen. Diese kritische Entwicklung habe ihre Ursache in einer jahrelangen, fragwürdigen Wohnungspolitik der SPD genommen. Die damalige Kahlschlag-Sanierung zugunsten besserer Wohnbedingungen war allerdings von der CDU-Opposition nicht gebremst worden. Der „skandalöse Leerstand“ von rund 10.000 Wohnungen in 800 Gebäuden sei, so Lummer, als „politisches Vehikel“ für den Kampf gegen den Staat benutzt worden.

Schon der SPD/FDP-Senat unter Hans-Jochen Vogel hatte im Frühjahr 1981 die sogenannte „Berliner Linie“ formuliert, die später von Richard

von Weizsäcker übernommen und weitergeführt wurde: seither verhinderte die Polizei jede Neubesetzung. Lummer erinnerte daran, daß in der damaligen „Besetzermetropole“ Berlin, die zum „Beirut Europas“ wurde, zwischen Dezember 1980 (SPD/FDP-Senat) und April 1983 (CDU-Senat) insgesamt 143 Brand- und Sprengstoffanschläge verübt wurden.

Weitere Zahlen, die damals die Schlagzeilen bestimmten: Krawalle auf dem Kurfürstendamm und in der City führten zu Schäden von insgesamt rund 250 Millionen Mark. Polizisten leisteten drei Millionen Überstunden; 1258 Beamte und eine unbekannte Zahl von Gewalttätern wurde bei Ausschreitungen verletzt, der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay aus dem Rheinland von einem Bus überrollt. Von 2500 Ermittlungsverfahren wurden 2000 eingestellt. In 205 Fällen erhob die Staatsanwaltschaft gegen 724 Beschuldigte Anklage. Nicht ohne politische „Seelenmassage“ des Senats nahm die Neue Heimat sämtliche Anzeigen wegen Hausfriedens-

bruchs zurück. Gegen 200 Hausbesetzer wird noch verurteilt.

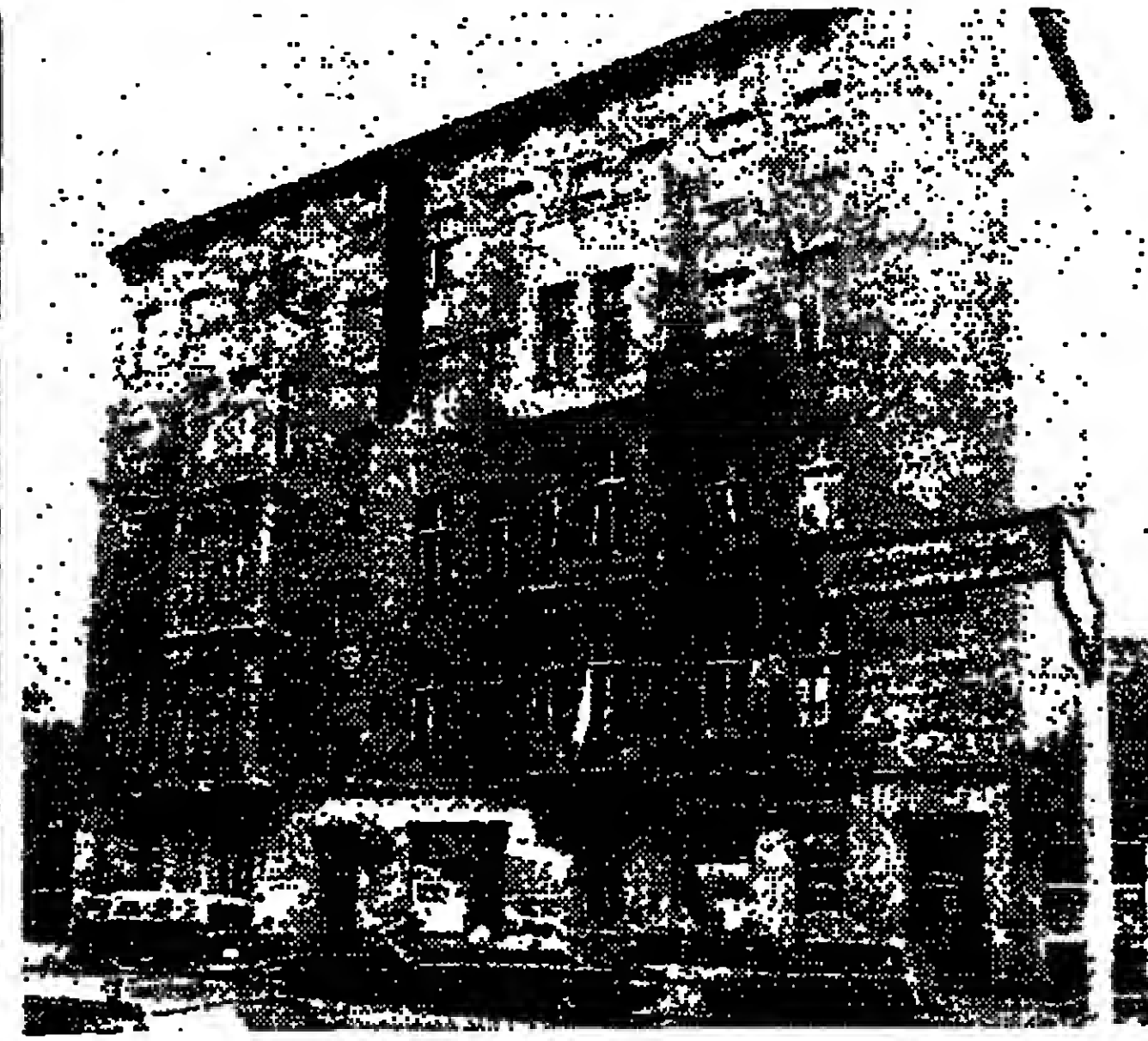
In der Stadt ist die von Lummer vorgenommene optimistische Bilanz der politischen Bewältigung des „Häuserkampfes“ keineswegs unumstritten und einhellig. Während die AL die Legalisierung des letzten Besetzerhauses als „Erfolg der Instandbesetzer und ihrer Unterstützer“ feierte, hatte Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) schon frühzeitig auf die „schweren Folgen“ für die politische Moral in Berlin hingewiesen, sofern etwa alle Verfahren gegen Hausbesetzer durch Rücknahme von Strafanträgen eingestellt werden sollten.

Die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft sieht, wie Oxfort, entgegen der Senats-Mehrheit nicht, daß eine „wesentliche Beruhigung im kriminellen Bereich“ eingetreten wäre. Viele militante Bewohner besetzter Häuser hielten sich nun in legalisierten Häusern auf, ohne etwa damit ihre politischen Absichten und ihre kriminelle Energie aufzugeben zu haben.



Die bisherigen Besetzer unterschreiben mit Finanzstadtrat Alfred Gieitzke (links) einen Pachtvertrag für das Haus in der Mansteinstraße (rechts)

FOTOS: DPA



Die Marke Ihres Erfolges

BAUME & MERCIER

GENEVE 1830

avant-garde

Quarz, wasserdicht, Wolframkarbid-Gehäuse, 3 Größen für Damen und Herren

Quarz, wasserdicht, Stahl-Gehäuse, 4 Größen für Damen und Herren

Verkaufsnachweis und Farbbroschüre erhalten Sie durch:

BAUME & MERCIER GmbH
Postfach 639/W - 6050 Offenbach/Main

Vogel begrüßt Reise Genschers nach Polen

AP, Köln

SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat die Absicht von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Wirtschaftsminister Martin Bangemann, Polen zu besuchen, begrüßt. Vogel sagte gestern in einem Interview der Deutschen Welle, vernünftigerweise werde von westlicher Seite eine Isolierung reduziert, die nicht von Warschau, sondern von uns ausging. Genscher habe in dieser Frage „eine begrüßenswerte klare Linie“.

Vogel, der sich vier Tage in Polen aufgehalten hatte, bezeichnete den polnischen Regierungschef Jaruzelski als einen Mann, der den Eindruck mache, „als ob auf seinen Schultern eine sehr schwere Last liegen würde“. Er fügte hinzu: „Alles, was er sagt, unterstreicht das. Und ich glaube, daß er auch in Kenntnis der geopolitischen Situation seines Landes für sein Volk das Beste erreichen will. Ich sehe nicht, wo es zu seiner Linie und zu seiner Person eine vernünftige Alternative gibt.“

Grünen-Vorsitzende ist zurückgetreten

dpa, Saarbrücken

Eine der drei Landesvorsitzenden der Grünen-Saar, Dolores Schmitt, ist überraschend zurückgetreten. Frau Schmitt, die keine Gründe für ihren Rücktritt angab, hatte sich im September bei einer Sitzung von Bundes- und Landesvorstand der Grünen gegen eine Koalition der Grünen mit der saarländischen SPD nach den Landtagswahlen am 10. März 1984 ausgesprochen.

Über eine mögliche Koalition mit der Saar-SPD wollen die Grünen auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 15. und 16. Dezember entscheiden. Nach wie vor existieren über diese Frage unterschiedliche Ansichten. Außerdem soll auf dieser Versammlung das Programm für die Landtagswahl verabschiedet werden. Auf einer Landesmitgliederversammlung am Wochenende hatten die Grünen die Programmdiskussion begonnen. Für den nach dem Rotationsprinzip ausscheidenden Fraktionsassistenten der Grünen im Bundestag, Harry Kunz, wurde noch kein Nachfolger gefunden, da der vorgeschlagene Kandidat nicht die erforderliche Mehrheit erreichte.

Vertraulichkeit aus der Sicht der Grünen

Von HERBERT SCHÜTTE

Vier Tage vor der Kommunalwahl in Baden-Württemberg nahm das mobile Einsatzkommando des Landeskriminalamtes Karlsruhe mit Spezialgeräten auf der „Friesenheimer Insel“ im Mannheimer Industrie- und Hafengebiet die Suche nach angeblich vergrabenen Giftfässern auf. Die Behauptung, 80 Tonnen hochgiftiger Stoffe, darunter Dioxin, lagere als „Zeitbombe von höchster Brisanz“ innerhalb der Friesenheimer Deponie, war von den Grünen aufgestellt worden.

Auch von auswärtigen Grünen: Die Hamburger GAL-Abgeordnete Thea Bock hatte zu einer Wahlkampfveranstaltung Kopien von Unterlagen mitgebracht, die ihr vertraulich als Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Dioxin-Ablagerungen auf der Hamburger Deponie Georgswerder überprüfen soll, zugänglich gemacht worden waren.

Die angeblichen 400 Fässer, die im Wahlkampf für Aufregung – vor allem aber für Aufwand – sorgten, (vorsichtige Schätzungen für die Suche bewegen sich bis zur Millionenengröße), wurden nicht gefunden. Dafür will die Hamburger Bürgerschaft jetzt zutage fördern, auf welche Weise Kopien von vertraulichen Unterlagen, die dem Untersuchungsausschuß Georgswerder zur Verfügung stehen und bisher nicht Gegenstand der öffentlichen Beweisaufnahmen waren, an die Öffentlichkeit gelangt sind.

Die CDU beantragte mit Erfolg – auch die SPD stimmte zu – die Einsetzung eines weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Er wird Anfang nächster Woche unter Vorsitz von Bürgerschaftspräsident Peter Schulz seine Arbeit aufnehmen und prüfen, ob ein Mitglied des Georgswerder-Untersuchungsausschusses die Verschwiegenheitspflicht und damit die Verfassung verletzt hat.

Im Georgswerder-Ausschuß wäre eigentlich – wenn es nach dem Frak-

tionsproporz ginge – die GAL nicht vertreten. Die CDU trat großzügig einen der ihr zustehenden vier Sitze ab, weil sie aus Fairness-Gründen vermeiden wollte, daß bei einem solchen Thema die Umweltschützer der Grün-Alternativen nicht dabei sind. Das Unions-Mandat übernahm die Sportlehrerin Thea Bock, ihre Spitzenkandidatin und ehemalige Fraktionsvorsitzende.

Während die GAL in dem Hamburger „Giftmüll“-Ausschuß vergeblich versuchte, aus den Akten der Chemie-Firma Boehringer einen speziellen Hamburger Parteispender-Skandal herauszufiltern, förderte sie in den beschlagnahmten Papieren jedoch ein angebliches Dokument zutage, das nach Darstellung der Grünen die BASF schwer belastet.

Diese Wahlkampfmitteilung schlug im Südwesten der Bundesrepublik wie eine Bombe ein – Agenturen, Zeitungen und Sender in Baden-Württemberg berichteten in großer Aufmachung über die drohenden Gefahren für die Bevölkerung. „Es war das Ziel der Abgeordneten Bock“ – so stellte der Hamburger CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau letzte Woche fest – „Hunderttausende in Angst und Schrecken zu versetzen“.

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses – mit der Folge, daß ein Untersuchungsausschuß die Praktiken in einem anderen Untersuchungsausschuß unter die Lupe nimmt – wurde von der GAL als Reaktion auf die „Verärgerung der CDU über die letzten großen Wahlerfolge der Grünen“ verdächtigt. Außerdem gehe es der Unionsfraktion um ein Ablenkungsmanöver nach dem Motto „Rache für Barzel“. Und überhaupt seien parlamentarische Untersuchungsausschüsse keine Gerichte, sondern „politische Kampfinstrumente“.

Merkwürdigerweise fehlt nach einer ersten Durchsicht der Georgswerder-Akten nunmehr das Papier, das in Mannheim in Kopien verteilt worden ist. Vielleicht findet es sich wieder an – vielleicht ist es aber auch als Munition des „politischen Kampfinstrumentes“ von Hamburg ausgelagert worden, weil sonst herauskommen könnte, daß die Grünen einen Bock geschossen haben.

FDP gibt sich selbstbewußt

Die Berliner Liberalen weisen im Wahlprogramm auf ihre Leistungen hin

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Liberalen der Stadt wollen weiterhin „Verantwortung für Berlin“ wahrnehmen und eine „konservative Erstarung“ Berlins durch eine CDU-Regierung verhindern sowie „falsche CDU-Zielvorstellungen korrigieren“. Es sei ein Erfolg der Politik, daß Berlin „wieder eine anziehende Metropole“ geworden sei. Diese selbstbewußte FDP-Position findet sich in Anträgen des Landesvorstandes und Zusatztexten, die auch eine bisher im Entwurf des Wahlprogramms fehlende konkrete Koalitionsaussage in Richtung CDU enthalten.

Der FDP-Wahlkongreß am 23./24. November enthält schon deshalb hohe Spannungsmomente, weil noch immer nicht alle zwölf FDP-Kreise verbindlich erklärt haben, bis zum Schlußtermin am Jahresende auch Kandidaten für die jeweilige Bezirksliste aufzustellen. Eine derartige Zusage steht vor allem aus dem linken „Rebellen“-Bezirk Tiergarten aus. Dort soll erst am 19. Dezember über die etwaige Aufstellung von Kandidaten oder die Nichtteilnahme an den Berliner Wahlen vom 10. März 1985 entschieden werden.

Angesichts der belastenden Vorgänge in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg dringt vor allem die FDP-Bundesspitze auf eine unverzügliche Klärung in Berlin, um die Partei geschlossen in den Wahlkampf führen zu können. 1981 erhielt die FDP – mit einer Wahlaussage zugunsten des von ihr durch zwei Senatoren besetzten Vogel-Senats – nur 0,8 Prozent mehr Stimmen als nötig, um die Fünf-Prozent-Grenze zu überwinden.

In dem jetzt ausformulierten Entwurf des FDP-Wahlappells heißt es optimistisch: „Als Berlin am Tiefpunkt der öffentlichen Meinung angekommen war, fand die FDP-Fraktion den Mut, eine Minderheitsregierung unter Richard von Weizsäcker zu wählen. Ohne Regierungsbeteiligung setzte die FDP wichtige Akzente in der Stadtpolitik.“ Seit ihrem Eintritt in den Weizsäcker-Senat im Frühjahr 1983 trage die FDP „in wichtigen Politikfeldern“ Regierungsverantwortung. „Der Aufwärtstrend Berlins hat sich auch nach dem Wechsel im Amt des Regierenden Bürgermeisters fortgesetzt, insbesondere auf dem Gebiet der wirtschaftli-

chen Entwicklung und auf dem Arbeitsmarkt.“

Eindringlich weisen die Liberalen auf den entscheidenden Umstand hin: „Nur durch das Verantwortungsbewußtsein der Freien Demokraten gegenüber Berlin war diese Entwicklung möglich. Deswegen wird es ganz entschieden darauf ankommen, daß die FDP ihre klare Politik weiterhin deutlich machen und ihre Verantwortung für die Stadt weiterhin wahrnehmen kann.“

Zur Deutschland- und Berlin-Politik der FDP heißt es in der Ausarbeitung: „Die Lage in und um Berlin ist

beraten werden. Darin wird festgehalten:

● „Die Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP hat sich seit 1981 in fester Partnerschaft zum Wohl der Stadt bewährt. Die FDP hat durch ihre Politik seit den letzten Wahlen eine konservative Erstarung der Stadt verhindert und auf der Basis liberaler Grundsätze falsche CDU-Zielvorstellungen korrigiert.“

● Die FDP ist bereit, Regierungsverantwortung in einer Koalition mit der CDU nach der Wahl vom 10. März 1985 auf der Grundlage des liberalen Wahlprogramms zu übernehmen, sofern dieses bei den Koalitionsverhandlungen hinreichend Berücksichtigung findet. Im Falle der absoluten Mehrheit einer Partei wird die FDP die Rolle der parlamentarischen Opposition übernehmen.

● Es ist Ziel der FDP, zu verhindern, daß die SPD – abhängig und erpressbar durch die AL – in die Lage kommen sollte, die Stadt regieren zu müssen.“

Weshalb die „Alternative Liste“ zum Wohle der Stadt nicht zum Zuge kommen dürfte, formulieren die FDP-Autoren in seltener Präzision und Schärfe:

„Die AL darf in Berlin keinen gestankenden Einfluß auf die Politik bekommen, weil

– sie ein ungeklärtes Verhältnis zum parlamentarischen Mehrparteien-System hat,

– die Bindungen Berlins zum übrigen Bundesgebiet bestreitet,

– die Viermächte-Verantwortung für Ganz-Berlin leugnet,

– die westalliierten Schutzrechte aus Berlin vertreiben möchte.“

Eine Große Koalition liege „nicht im Interesse der Stadt und der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems“. Lediglich eine starke parlamentarische Repräsentanz der Liberalen sichere Berlin eine „handlungsfähige Regierung“.

Heute tritt die FDP-Bundestagsfraktion im Reichstag zusammen. Am Rande dieser Tagung wollen führende FDP-Politiker die noch immer nicht konsolidierte Vorwahlkampf-Lage der Berliner Liberalen analysieren und verstärkte Hilfestellungen in der heißen Wahlkampfphase anbieten. Auf zügige Klärungen legt vor allem FDP-Vizefraktionschef Hans-Günter Hoppe nachdrücklich Wert.



Berlins FDP-Chef Walter Rosch

FOTO: DIE WELT

der Seismograph für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, für das Verhältnis zwischen Ost und West.“ Für einen „deutschen Ausgleich“ in den kommenden Jahren seien „neue Initiativen und Überlegungen“ geboten.

Diese FDP-Politik für Berlin und Deutschland weise über den „tagespolitischen Ansatz“ hinaus. Es müßten auch „Wege beschritten werden, die langfristig zum deutschen Ausgleich führen, ehe der Zusammenhalt des deutschen Volkes verlorengeht“. Ziel sei die „Wiedervereinigung der Menschen“, trotz staatlicher Trennung und der Unterschiedlichkeit der Systeme.

Da in der eigentlichen Wahlaussage bisher eine konkrete Aussage über den Wunsch-Regierungspartner der FDP fehlt, schob der größte Berliner FDP-Kreis – Wilmersdorf – jetzt eine eigene Fassung nach. Sie soll am kommenden Dienstag, 13. November,

„Berlin idealer Partner für Kooperationen“

DW, Berlin

Berlin bietet „in geradezu idealer Weise“ die Voraussetzung dafür, die Bundesrepublik Deutschland als Partner für eine vielfältige und leistungsstarke internationale Zusammenarbeit zu vertreten. Diesen Schluß zog der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, nach einer Sitzung des Vorstands mit Repräsentanten der Berliner Wirtschaft in der Tagungsstätte der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung in Tegel. Der Meinungsaustausch bildete die Eröffnung einer zweitägigen Fraktionssitzung in Berlin. Hoppe betonte, mit mehr als 150 Institutionen, die für internationale Kooperationen tätig seien, bilde die Stadt heute „ein international exemplarisches Begegnungszentrum“. Diese Aufgabe müsse weiter entwickelt werden. Vor diesem Hintergrund steht auch die Beratung der Fraktion über die aktuelle Lage Berlins vor den Wahlen im März nächsten Jahres.

Zum Auftakt der zweitägigen Sitzung hatte sich bereits am Sonntag eine Delegation der Fraktion zu einem ganztägigen Informationsbesuch in der „DDR“ aufgehoben. Sie besuchte Frankfurt/Oder, wo sie von führenden Vertretern des Rates der Stadt zu einem offiziellen Gespräch empfangen worden war. Der FDP-Delegationsleiter, Helmut Schäfer, berichtete anschließend, beide Seiten seien der Auffassung gewesen, daß „konkrete Kontakte“ zwischen den beiden deutschen Staaten auf allen Ebenen nützlich seien. Genauso wie die FDP-Abgeordneten hätten die „DDR“-Vertreter die Ansicht geäußert, der verschobene Besuch des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland sollte im kommenden Jahr nachgeholt werden. Einigkeit habe auch darin bestanden, daß die beiden deutschen Staaten dazu beitragen könnten, den Dialog zwischen den Großmächten wieder in Gang zu bringen.

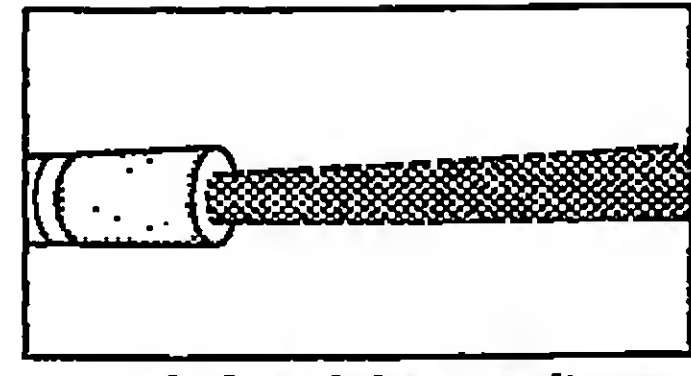
DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$45.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Schon probiert?

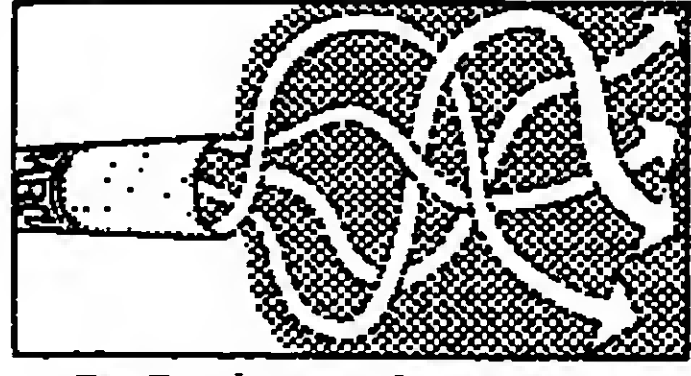
Neu. Die erstaunliche Barclays:
Kräftige American Blend – bei nur 1 mg Kondensat und 0,2 mg Nikotin (Durchschnittswerte nach DIN)

Und?!

Wer die neue Barclays schon probiert hat, der wird uns garantiert recht geben: Sie ist die erste Kräftige, die eine Leichte ist. Denn einerseits sorgen kräftige, hochwertige Qualitäts-Tabake und die einzigartige Actron-Technologie für wesentlich mehr Geschmacksentfaltung. Andererseits bieten die erstaunlich niedrigen Werte einen wirklich angenehmen, leichteren Rauchgenuß. Wer sie noch nicht probiert hat, versäuml also was!



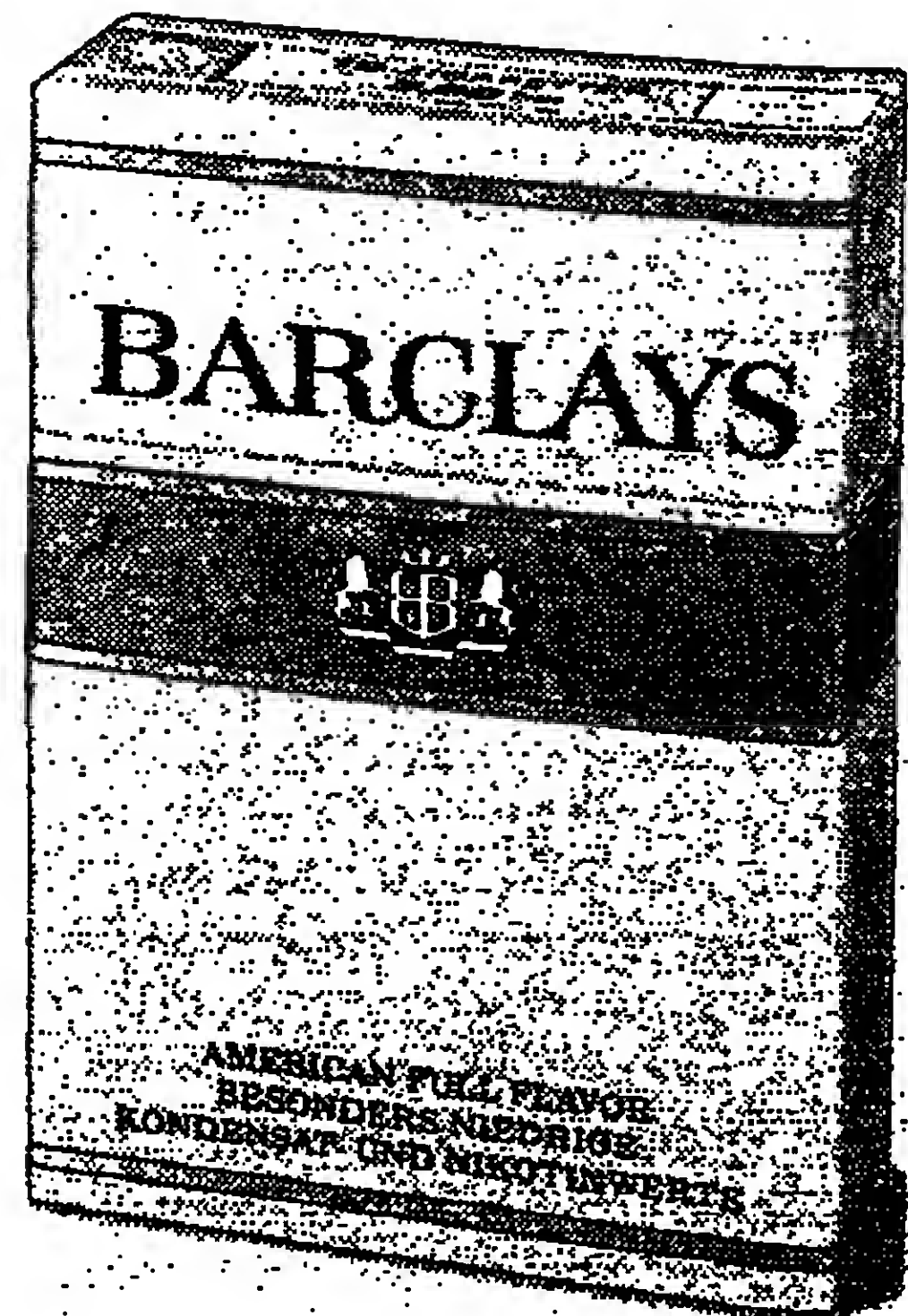
Bei herkömmlichen, ventilierten Filterzigaretten strömt das Luft/Rauch-Gemisch als Spray an den meisten Geschmacksnerven vorbei.



Bei Barclays mit der Actron-Technologie strömt die Luft durch vier seitliche Kanäle bis zu fünfmal schneller als der Rauch. So wird das Luft/Rauch-Gemisch im Mundraum stark veratmet und spricht dort sämtliche Geschmacksnerven an. Ergebnis: Mehr Geschmack.

Barclays.

Die erste Kräftige, die eine Leichte ist



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (tar). (Durchschnittswerte nach DIN)

Wackersdorf: Strauß hofft auf Bonner Hilfe

Spitzengespräch mit Kohl geplant / Bayerische Verdienste

PETER SCHMALZ, München
Über den Standort der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage und die Bundesländer Bayern und Niedersachsen bemühen sich die Verantwortlichen der WELT dem nächsten zu einem Spitzengespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß kommen. Der CSU-Vorsitzende wird bei dieser Gelegenheit den Kanzler bitten, eine Entscheidung zugunsten des bayerischen Standortes Wackersdorf zu unterstützen.

Dabei wird Strauß neben anderen ein Argument vorbringen, das in der bayerischen Regierungs- und CSU-Spitze im Konkurrenzkampf mit Niedersachsen offensichtlich ein Gewicht gewinnt: Mehr als Hannover habe sich Bayern das mindestens vier Milliarden Mark teure Projekt verdient durch seine Standhaftigkeit auch in einer Zeit, als in anderen Ländern die atomare Entsorgung als politisch weniger opportun betrachtet wurde. Konkret gesagt: Strauß ärgert die Vorstellung, sein niedersächsischer Kollege Ernst Albrecht, der den Bau der Anlage in Gorleben 1979 als „politisch nicht durchsetzbar“ verweigerte, könne dafür nun auch noch durch den Zuschlag der Milliarden-Investition belohnt werden, während Bayern, das in politisch schwieriger Zeit als heute im Interesse der deutschen Atomkraft-Entsorgung eingegriffen ist, jetzt leer ausgehen könnte. In der vergangenen Woche sagte Strauß bei einem Workshop des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks: „Ich kann der Bevölkerung an unserem bayerischen Standort dort jetzt nicht sagen April, April, ihr wart nur Manövriergelände für Niedersachsen.“ (WELT vom 9. 11.)

Zwischen den beiden Ministerpräsidenten gab es in den letzten Wochen einen Briefwechsel, bei dem Strauß einen scharfen und gereizten Ton erkennen ließ. Ihm waren nach einem Geheimtreffen mit Albrecht in der Münchner Staatskanzlei, bei dem sich beide Regierungschefs gegen einen Subventionswettbewerb ihrer Länder ausgesprochen haben, Informa-

tionen über eine Kabinettsitzung in Hannover zugetragen worden, wonach sich Niedersachsen durch Kabinettsbeschluss festgelegt habe, zum Bau der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Fördermittel bereitzustellen und Infrastrukturkosten zu übernehmen. Dieses Handeln, so Strauß an Albrecht, stehe in einem „schreienden Gegensatz zu Ihren eigenen Vorschlägen und Forderungen“, das Kabinett in Hannover berate offensichtlich über die größte staatliche Förderung eines einzelnen Industrie-projekts in der Geschichte der Bundesrepublik.

In seiner Antwort dementierte Albrecht: Sein Kabinett habe weder einen Kriterien- noch einen Subventionskatalog beschlossen. Er dankte zugleich seinem bayerischen Kollegen für die Klarstellung, daß die „Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) als Bauherr in Bayern wie in Niedersachsen nur die zehnprozentige Zonenrandförderung erhalten kann. Dies wiederum wird in München als klare Festlegung Albrechts gegen weitere Subventionen betrachtet.

Weiterhin unklar ist dagegen, ob die zwölf als Träger der DWK fungierenden deutschen Stromproduzenten noch in diesem Jahr zwischen den Alternativen Wackersdorf und Draßburg entscheiden. Wohl ist für den 18. Dezember eine Sondersitzung des Aufsichtsrats angesetzt, sie wird nach Auskunft der DWK jedoch entfallen, wenn bis dahin die internen Vorbereitungen nicht abgeschlossen sind. Ein Gutachten der Reaktorschutzkommission über das WAA-Konzept wird erst Anfang Dezember erwartet, dem Vernehmen nach soll es positiv ausfallen. Die beiden Standortgutachten und ein kostenverbindliches Angebot sind bereits eingetroffen und werden DWK-Intern beraten. Die DWK wird deshalb erst kurzfristig in den ersten Dezembertagen entscheiden, ob die Aufsichtsratsitzung am 8. 12. stattfinden kann. Als Ausweichtermin wurde ebenfalls außerordentlich Sitzung am 4. Februar 1985 vorgesehen.

Die Grünen wollen in ihrer Hochburg ein Bürgermeisteramt

Alternative holten in Tübingen über 30 Prozent der Stimmen / Diskussion in Stuttgart

XING-HU KUO, Stuttgart

„Wenn die Grünen die absolute Mehrheit haben, wird Tübingen bestimmt die neue Bundeshauptstadt.“ Dies meinte scherzhaft der Rentner Klaus Raus (69) in einem der romantischen Cafés der renovierten Altstadt Tübingens. So wie er haben sich viele der 70 000 Einwohner der Universitätsstadt mehr oder weniger mit der Tatsache abgefunden, daß ihre Stadt, 38 Kilometer von Stuttgart entfernt, zur absoluten grünen Hochburg in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist.

Bei der Kommunalwahl am 28. Oktober haben die Grünen in Tübingen wie auch in einigen anderen Städten des Landes kräftig zugelegt. Exakt 31 Prozent aller Stimmen erzielte die grüne „Alternative Liste“ in Tübingen. Eine erstmalig angetretene grüne „Liste“, die „Freie Liste“, errang auf Anhieb 11,5 Prozent der Stimmen. Die Freie Liste wird als grün-konservativ betrachtet, denn ihr Zugführer, der Forstdirektor Hugo Baumann aus Bebenhausen, war bislang erfolgreicher CDU-Politiker, bevor er als sachkundiger Wald-Experte ins grüne Lager überging.

SPD größter Verlierer

Zusammen sind deshalb die zwei grünen Gruppierungen im jetzt 65köpfigen Tübinger Gemeinderat eindeutig die stärkste Gruppe mit 32 Prozent aller Stimmen. Die CDU bekam nur noch 33,7 Prozent (in ersten Auszählungen noch 25 Prozent), die SPD verlor 6,2 Prozent ihrer Stimmen, sank auf 18,4 Prozent zurück. Wie in anderen Städten ist auch in Tübingen die SPD der größte Verlierer der Kommunalwahl. Die Unabhängigen Freien Wähler (UFW) errangen 18,2 Prozent.

Verschiedene Ursachen haben den spektakulären Sieg der Grünen in Tübingen ermöglicht: Da ist zunächst die junge Bevölkerungsstruktur: Von 70 000 Tübingern sind 23 000 Studenten an der dortigen Universität. Im-

mer mehr Studenten haben ihren Hauptwohnsitz in Tübingen angemeldet, vermutlich gerade auch im Hinblick auf die Wahlen.

Ein Kenner der Uni-Szene: „Zwar wählen nicht alle Studenten grün, aber nach Schätzungen 70 bis 80 Prozent.“ Die grüne Welle hat aber auch die Lehrkräfte und Akademiker der Stadt erfaßt, dies zeigen die guten Ergebnisse der Grünen im Nobel-Viertel Osterberg, wo Grüne und die neue ökologische Freie Liste hohe Ergebnisse erzielten.

Ein rot-grünes Bündnis ist in Tübingen keine Frage mehr. Es geht nur noch um die Details. Selbstbewußt haben die Grünen jetzt erste konkrete Forderungen gestellt: Sie wollen den Posten des Stadtbürgermeisters, der im März zur Disposition steht, einnehmen. Ulrike Soehle, erfolgreichste Grüne im neuen Gemeinderat, erklärte, dies wolle die Alternative Liste mit Hilfe der „links von der CDU“ stehenden Kräfte erreichen. Dazu zählt nebenbei auch eine von drei auf zwei Mann zusammenge-schrumpfte DDP-Truppe, die damit ihren Fraktionsstatus eingebüßt hat.

Die SPD hat erstmalig in Tübingen eine Art kritische Bilanz gezogen. Der Stadtrat Gerd Weimer erklärte, die „Sozialstruktur“ der Stadt mit so vielen Studenten und nur fünf Prozent Arbeitern, aber auch die „geringen Aktivitäten“ seiner eigenen Partei im „außerparlamentarischen Bereich“ (gemeint war wohl auch die „Friedensbewegung“) hätten zu dem ungewöhnlichen Wahlergebnis in der Stadt geführt.

Obwohl die Rot-Grünen in Tübingen jetzt rechnerisch die Mehrheit haben, wird es jedoch nicht immer zu einem gemeinsamen Paktieren und Handeln kommen. Wie auch in anderen Stadtparlamenten können je nach Sachlage auch andere „Bündnisse“ von Fall zu Fall entstehen. Allerdings wird in Tübingen jetzt allgemein mit „verlängerten Diskussionen“ und schwierigeren Entscheidungsprozessen im Gemeinderat gerechnet. Oder, wie die CDU in Tübingen vor der Wahl vergeblich gewarnt hat: „Der Gemeinderat ist kein Kasperletheater“, deshalb müsse vor „fünf Jahren Chaos“ gewarnt werden.

Auch in anderen größeren Städten Baden-Württembergs können die Grünen nach der endgültigen Auszählung noch stolzer die Brust heben: In Stuttgart konnten sie die Zahl ihrer Mandate nicht, wie zunächst errechnet, von drei auf neun verdreifachen, sondern gar auf zehn erhöhen.

Bürgerlicher Block

Die CDU verlor hingegen einen Sitz (von 25 auf 24), die SPD sank von 23 auf 18 Mandate, die FDP hat fünf statt vier, die Freien Wähler drei statt nur zwei Mandate. Nach wie vor verfügt der „bürgerliche“ Block jedoch über eine Mehrheit von 33 (einschließlich der Stimme von OB Rommel, CDU), dennoch bringt das Vorhandensein einer derart starken grünen Fraktion Probleme.

Schon ist die Diskussion entbrannt, ob die Grünen einen Bürgermeisterposten erhalten sollen oder nicht. Darauf besteht zwar kein Rechtsanspruch, aber da die immer schwächer werdende FDP solch einen Spitzenposten besetzt, dürfte langfristig auch in Stuttgart ein ökologischer Bürgermeister nicht mehr zu verhindern sein.

Auch in Mannheim, Ulm und Freiburg sind die Grünen gestärkt aus der endgültigen Wahlauszählung hervorgegangen. Wie sich konkret in der Politik auswirken wird, umriß jetzt Christoph Oberdorf vom Landesvorstand der Grünen: In Einzelfragen würden die gestärkten Vertreter seiner Partei überall „sowohl Zusammenarbeit als auch radikale Konfrontation“ mit anderen Parteien oder Wählergruppen betreiben. Die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen „Basisinitiativen“ werde dabei im Vordergrund stehen.

Zensur der SED für Kirchenzeitungen

Umweltschutz-Bericht durfte nicht gedruckt werden

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Die SED-Führung nahm jetzt unter Federführung des neuen im Politbüro für Kirchenfragen zuständigen Mitglieds Werner Jarowsky an verschiedenen Beiträgen in „DDR“-Kirchenzeitungen Anstoß und setzte als Zensur Korrekturen durch. Über diese Aktion wurden jetzt in Westberliner Kirchenkreisen mehrere Einzelheiten bekannt.

Danach mußte beispielsweise die „Mecklenburgische Kirchenzeitung“ in Schwerin einen Bericht über die jüngste Bundessynode in Greifswald zurückziehen und ändern, weil der SED ein bestimmter Satz mißfiel. Es handelte sich dabei um die Feststellung der Synodalen, dem obersten Kirchenparlament der evangelischen Christen drüben, in ihrem Abschlußpapier: „Wir können uns mit der Raketenstationierung in Westeuropa und den entsprechenden Maßnahmen innerhalb der Staaten des Warschauer Vertrages nicht abfinden.“

Das Blatt mußte, wie auch auf der in Schwerin tagenden Regionalsynode mitgeteilt wurde, seinen Bericht neu formulieren. Dazu wurde eine Neufassung benutzt, die von der in Ost-Berlin ansässigen offiziellen evangelischen Nachrichtenagentur ENA (dem „DDR“-Gegenstück zum epd) stammte. Darin wird derselbe Sachverhalt in leicht „geglätteter“ Form wiedergegeben.

Herstellung und Auslieferung der wöchentlich erscheinenden Schweriner Kirchenzeitung waren durch diesen staatlichen Eingriff in die vom Staat getrennte, nur im Abonnement vertriebene Kirchenpresse um mehrere Tage verzögert worden. Es soll sich dem Vernehmen nach um einen der ersten nachdrücklichen Schritte des von Erich Honecker für die Kirchenarbeit im SED-Politbüro aussersehen Mitglied Jarowsky gehandelt haben. Bisher nur für die Bereiche „Handel und Versorgung“ zuständig, übernahm Jarowsky vor einiger Zeit nach dem Ausscheiden des erkrankten Paul Verner auch das Arbeitsgebiet „Kirche“ im SED-Politbüro.

Auch das in der „DDR“-Gesellschaft immer stärker nach vorn drängende Thema „Umweltschutz“ behagte der Parteiführung nicht, ebenfalls aus westlichen Kirchenkreisen zu erfahren war, mußte die Zeitschrift „Potsdamer Kirche“ ihren Beitrag über Umweltschutz zurückziehen oder neu formulieren. Der Inhalt hatte eine kritische Reaktion in SED-Kreisen hervorgerufen.

Inzwischen versucht die SED einer Art „Vorwärtsstrategie“ längst an die evangelischen Kirche abgetretene Meinungsführerschaft: Sachverhalte Umweltschutz für sich zu gewinnen: Als Beweis dafür gilt, daß November-Ausgabe des SED-Ti-risorgans „Einheit“ zur Hälfte Umwelthemmen beherrscht wird. Umweltpolitik werde im Arbeit und Bauernstaat „nicht als Sache für sich“, sondern als Bestandteil der „Gesamtpolitik“ betrieben. „Sie findet ihren Ausdruck nicht spontanen Aktionen“, sondern we von den staatlichen Organen, Kon-naten, Betrieben und Genossenschaften geführt.

Schließlich berührt Reichelt dem Zitat eines Honecker-Satzes Dilemma der im Prinzip durchaus wollten „DDR“-Umweltpolitik-Kosten verhindern durchgreifende Fortschritte. Honecker formuliert dies so: „Aus der Effizienz der Ö-nomie müssen die Mittel fließen, den gedeihlichen Fortschritt in anderen Bereichen im Sinne uns-er programmatischen Zielsetzung überhaupt erst ermöglichen. Dazu hören auch Maßnahmen zum Schutze der Natur und Umwelt.“

Inzwischen trafen sich christlich motivierte Umweltschutzfreunde der gesamten Republik in Witt-berg. Dort befindet sich mit d-Kirchlichen Forschungsinstitut „brain-trust“, aus dem beispielsweise die Bibel vieler „DDR“-Grü-standort – das Papier „Die Erde noch zu retten“. Darin sind son-stige nirgends zugängliche Zahlen und Fakten über die enorme Umw-belastung aufgeführt.

Konkurrenz für den Kandidaten Gallus

An der Basis wächst die Kritik an dem „stillen“ Rücktritt von FDP-Chef Morlok

zhk, Stuttgart

Nach dem ersten Schock folgt jetzt die wachsende Empörung an der Basis der baden-württembergischen FDP: der überraschende Rückzug ihres bisherigen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Jürgen Morlok (39) aus allen Parteiämtern und der Versuch „von oben“ – wie am Samstag bereits geschehen – als Fraktions-Nachfolger Hinrich Enderlein sowie wie geplant – Georg Gallus als Landeschef sozusagen zu „verordnen“, stoßen immer stärker auf Kritik in den eigenen Reihen. Hielten sich die Kritiker in den ersten zwei Tagen nach der Mitteilung Morloks am vergangenen Donnerstag noch bedeckt, so werden jetzt die Kontra-Stimmen laut.

Dies geht aus zahlreichen örtlichen FDP-Versammlungen hervor, in denen nach Berichten der Lokalpresse sowohl die Art und Weise des Rückzugs Morloks, dessen Eintritt in eine landeseigene Wohnungsgesellschaft und die Regelung der Nachfolgefrage Gegenstand kontroverser Diskussionen waren.

Einer der ersten Kritiker, der an die Öffentlichkeit ging, war der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen („Juli“), Jan Rittaler. Der bisher eher zu Morlok stehende Nachwuchs-Politiker der FDP erklärte, die Nachfolge Morloks dürfe nicht „halbherzig“ geschehen, indem bisherige Stellvertre-

ter quasi eine automatische Nachfolge herbeiführen. Rittaler unterstrich, daß es neben den genannten Namen auch „weitere qualifizierte Liberale“ im Landesverband und der Fraktion gebe, die „repräsentativ für die Struktur des Landesverbandes“ seien. Hier solle erst der Landesparteitag auf dem traditionellen Dreikönigstreffen im Januar 1985 entscheiden.

Der „Juli“-Chef prognostiziert eine „Verschärfung der Spannungen“ durch einen Landesvorsitzenden, der „eventuell in Bonn säße, und einem Fraktionsvorsitzenden, der nicht die Mehrheit im Landesverband hinter sich“ wisse.

Einen besonders schweren Stand hat Morlok in seinem Karlsruher FDP-Verband. Der dortige Kreisvorsitzende Professor Lothar Werner bedauerte zutiefst, daß ein so „hochtalentiertes und erfahrenes Mitglied“ wie Morlok aus den Führungsgremien der Partei austrete. Am Wochenende versuchte Morlok auf dem Karlsruher FDP-Bezirksparteitag, die Nachfolgeentscheidungen aus Bonn und Stuttgart zu rechtfertigen. Eine Personalunion sei heute nicht mehr „zwingend“. Die Konstellation des Landespolitikers Enderlein mit dem Bundespolitiker Gallus ist nach Auffassung des zurücktretenden Partei- und Fraktionschefs richtig.

Der Widerspruch gegen die perso-

nellen Entscheidungen hat auf dem Bezirksparteitag der FDP in Franken sogar zur Nominierung eines ersten Gegenkandidaten für das Amt des Landesvorsitzenden geführt. Neben Gallus aus dem Bonner Ernährungsministerium wird nunmehr auch der Vorsitzende jener FDP-Gliederung, Walter Döring (30), für die Morlok-Nachfolge im Parteivorsitz zur Verfügung stehen.

Der Schwäbisch-Haller Kreisvorsitzende Döring kann vor allem mit der Unterstützung des starken Mittelstandsflügels und der Jungen Liberalen rechnen. Die Wahl Gallus ist deshalb zwar wahrscheinlich, aber keineswegs gesichert. Vor allem dann nicht, wenn es der FDP-Führung in Stuttgart nicht gelingt, die Wellen der Empörung einigermaßen zu glätten.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann – der mit Rücksicht auf die Bundespartei eine Kandidatur für den Landesvorsitz inzwischen abgelehnt hat – versuchte auf jenem Bezirksparteitag in Heilbronn, die Gemüter zu beruhigen. Die FDP solle jetzt keine „Personalpolitik“, sondern „Kommunalpolitik“ machen, forderte Haussmann seine Parteifreunde auf.

In Heilbronn sprach ein Delegierter das aus, was viele in der Südwest-FDP empfinden: Der Wechsel Morloks in ein landeseigenes Unternehmen sei „stilllos“ gewesen.

Warum der RCDS für die Jusos stimmte

DETLEV AHLERS, Paderborn

An der Gesamthochschule Paderborn gab es eine Sensation: Die Jungsozialisten haben dem Marxistischen Studentenbund die Zusammenarbeit aufgekündigt und sind vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in den Allgemeinen Studenten-Ausschuß gewählt worden.

Zunächst ging es nur um die Fotokopierer. Für diese Apparate hat der ASTA das Monopol an der Hochschule. Vor einem Jahr wollte der MSB die Studentenschaft wegen der Nachrüstung „betreffen“ machen – und die Fotokopierer für eine Woche stilllegen. Im ASTA, in dem er zusammen mit den Jusos saß, drückte er einen solchen Beschluß durch.

„Das hätte den ganzen Betrieb lahmgelegt“, vermutet Ulrich Walwei, der neue ASTA-Vorsitzende. Sein Vorgänger, auch ein Juso, weigerte sich, den Beschluß umzusetzen. Denn ihm kamen Zweifel, weil die Jusos ja scharfe Kritiker allen Monopolmissbrauchs sind.

Daraufhin gab es eine „Vollversammlung“, auf der die Mehrheit der 150 Anwesenden (von 12 000 Studenten) für die Kopierer-Stilllegung stimmten. Das führte zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den ASTA-Partnern, inwieweit der Beschluß bindend ist. Schließlich trat der ASTA-Vorsitzende zurück – die Kopierer liefen weiter.

Und die Jusos merkten während des Krachs, was sie vom MSB trennt: So haben sie unterschiedliche Einschätzungen zur Friedensbewegung, deren osteuropäischen Teil der MSB totschweigen möchte. So beurteilen sie die Arbeit der Vereinigten Deutschen Studentenschaften unterschiedlich – den Jusos bringt der VDS zu wenig konkrete Ergebnisse. Und so gab es vor allem (auf einmal) Differenzen, von wo politische Impulse ausgehen sollen.

Die Marxistischen vertreten dabei das Konzept der „Aktionseinheit“: „Wir wollen die Studenten zum Handeln bringen – viele zusammen sind stark“, erläutert Ulrich Köpke vom Paderborner MSB. Das bedeutet Steuerung vom ASTA aus, möglichst bundesweit einheitlich, vom VDS angeleitet.

Die Paderborner Jusos vertreten demgegenüber das Konzept der „Basisorientierung“, denn „die vielen Aktionswochen haben sich totgelaufen“, meint Walwei. Sein neuer ASTA-„versucht, Probleme in Zusammenarbeit mit den Studenten, nicht stellvertretend für sie, zu lösen“, wie es im Semesterprogramm heißt. Diese Passage fällt den MSBlern als erste ein, wenn man sie fragt, was sie vom neuen ASTA trenne.

Doch der mußte erst einmal gewählt werden. Bei den Studentenparlaments-Wahlen verbuchten die Ju-

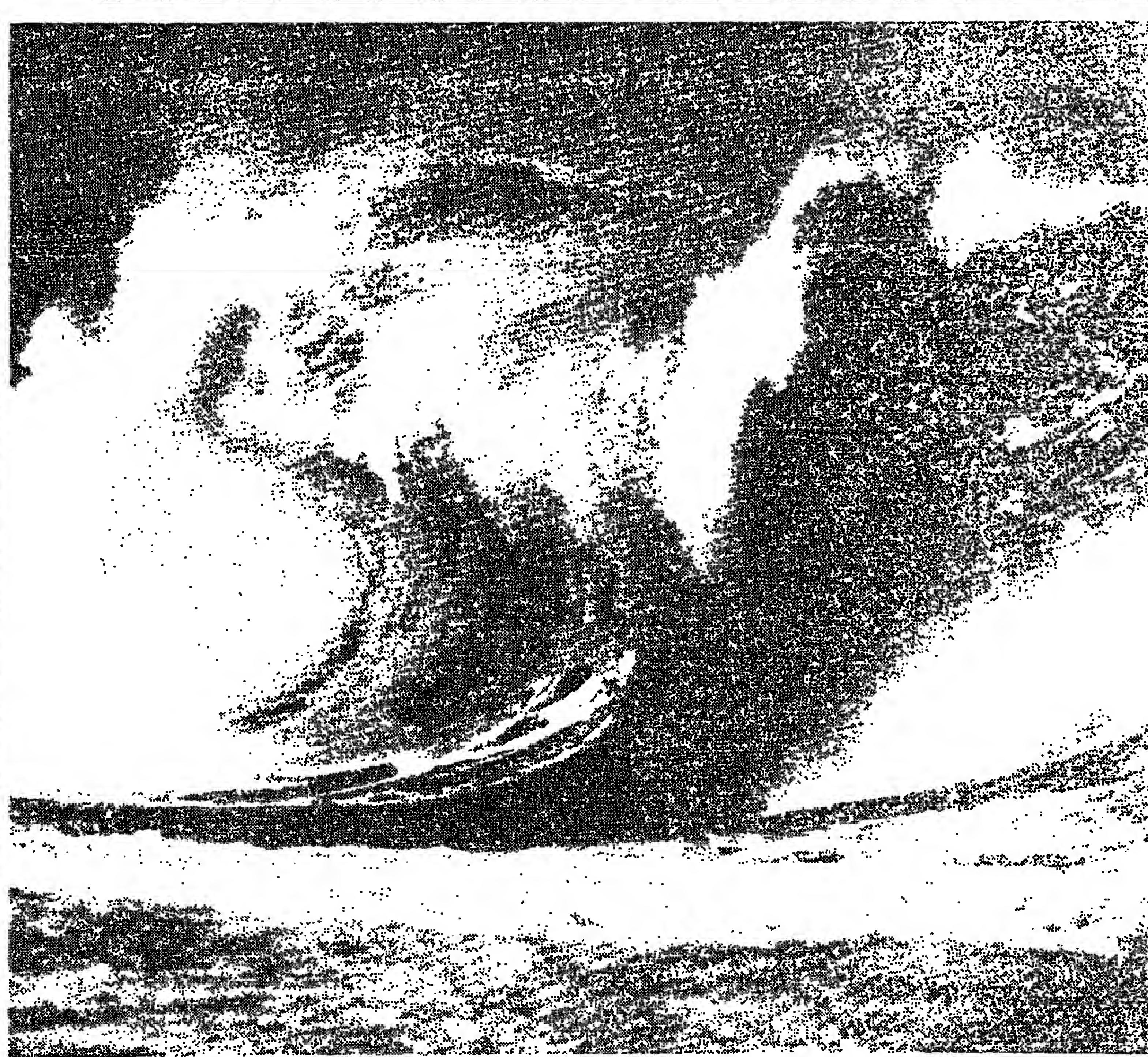
sos mit ihrem Versprechen, keinen ASTA mit dem MSB zu bilden, starke Gewinne. Aber es fand sich auch kein anderer Koalitionspartner. Doch bei der geheimen ASTA-Wahl im Studentenparlament platze die Bombe: Walwei bekam eine satte absolute Mehrheit. Der RCDS sagte, er habe ihn gewählt, um den MSB aus dem ASTA herauszuhalten.

Der MSB sprach daraufhin von einem „undemokratischen Ergebnis“, weil er „entgegen dem Wählerwillen ausgegrenzt“ worden sei. (Der Vorwurf, seinesgleichen auszugrenzen, ist in linken Kreisen der schlimmste.)

„Bezahlte Funktionäre des MSB“, so berichten die Jusos, kamen nach Paderborn, um Schaden von der „Aktionseinheit“ abzuwenden. „Die Jusos haben sich der Rechtskräfte bedient und mit deren Hilfe eine tiefe Spaltung in die Paderborner Linkskräfte getragen“, wertete der MSB-Bundesvorstand.

Es nutzte nichts: Der neue ASTA ist seit diesem Wintersemester im Amt. Mit dem RCDS will er nichts zu tun haben, denn der ist der verlängerte Arm der studentenfeindlichen Regierung. Auf der Suche nach Mehrheit wendet er sich „natürlich“ zunächst an den MSB. Denn eigentlich, so sagen Jusos und MSB, gehören sie zusammen – „im Kampf gegen rechts“.

70,8% der Erdoberfläche sind Trinkwasser



Trinkwasser ist lebensnotwendig und in vielen Regionen unserer Erde knapp. Die Weltmeere verfügen über ein unbegrenztes Wasserreservoir. Nur 1 Prozent davon entsalzt und veredelt, würde den Trinkwasserbedarf der Menschheit für die nächsten 1000 Jahre decken.

Denn Krupp ist ein Unternehmen, das für den Anlagen- und Maschinenbau von Einzelkomponenten bis hin zum schlüsselfertigen Industriekomplex, im Handel und Verkehr sowie in den Bereichen Stahl, Schiffbau, Elektronik und Dienstleistungen innovative Technik bereithält. Weltweit. Probieren Sie mal ein Glas davon.

Krupp bietet wirtschaftliche Verfahren zur Herstellung von Trinkwasser. Meerwasserentsalzungsanlagen nach dem Prinzip der Entspannungs-Verdampfung und der Umkehr-Osmose arbeiten seit vielen Jahren in trinkwasserarmen Gebieten der Erde. Auch das ist ein Krupp-Beitrag für zukunftsorientierte Technik.

Weitere interessante Informationen erhalten Sie durch: Fried. Krupp GmbH, StA V F W, Altendorfer Straße 103, D-4300 Essen 1.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



Wurden die Sowjet-Deserteure vom KGB mit Drogen behandelt?

Unstimmigkeiten bei der „freiwilligen“ Rückkehr der zwei Rotarmisten in die UdSSR

WALTER H. RUEB, Bonn
Die beiden Sowjetarmisten Igor Sidorowitsch Rykow und Oleg Grinewitsch Chlan, die im Sommer 83 in Afghanistan zu den Widerstandskämpfern überliefen und ein Jahr später durch Vermittlung des britischen Europa-Abgeordneten Lord Bethell nach London gebracht wurden, sind mit großer Wahrscheinlichkeit nicht freiwillig in die Sowjetunion zurückgekehrt.

Vor allem Angaben des deutschen Journalisten Detlef Berthelsen aus Hamburg lassen den Verdacht aufkommen, die Rückkehr der 23 und 22 Jahre alten Sowjets sei das Ergebnis eines Spiels sowjetischer Botschaftsgeheimnisse in London. Berthelsen teilt die beiden Sowjets im Juni 1984 London erstmals gesehen, als sie sich der Ankunft in Großbritannien in der Weltpresse über ihr persönliches Schicksal in der Roten Armee und vor allem über Greuel der sowjetischen Truppen gegenüber der afghanischen Zivilbevölkerung berichteten.

Kanada oder die USA?

Seither unterhielt Berthelsen regelmäßig Kontakt zu den beiden Sowjets. Nach seinen Angaben war der genaue Aufenthaltsort in England geheim. Sämtliche Treffen fanden in Lokalen statt, die in der britischen Metropole als Treffpunkte sowjetischer Dissidenten bekannt sind. Auch am Donnerstag letzter Woche traf Berthelsen die beiden jungen Männer. „Sie sprachen dabei von ihren Plänen, entweder nach Kanada oder in die USA zu übersiedeln“, sagt Berthelsen zur WELT. „Von einer Absicht, in die Heimat zurückzukehren, sprechen sie nicht, wohl aber von Kontakten mit sowjetischen Botschaftsangehörigen.“

Abwechselnd hätten ihre sowjetischen Landsleute gedroht, dann wieder mit Versprechungen gelockt, sag-

te Berthelsen weiter. Was in der Zeit zwischen Donnerstag und Sonntag geschah, weiß der deutsche Journalist nicht. Sicher ist, daß die zwei Sowjetarmisten am Sonntag „freiwillig, in guter Stimmung und in der Absicht, so bald wie möglich wieder mit ihren Familien vereint zu sein“, so die Angaben offizieller Vertreter der Sowjet-Botschaft in London – im britischen Innenministerium – von sprachten und anschließend in Begleitung von zwei sowjetischen Diplomaten zum Flughafen fuhren und dort eine Maschine in die UdSSR bestiegen. Seit ihrem Besuch in der Londoner Sowjet-Botschaft waren die beiden Deserteure nicht mehr bei ihren Gastgebern erschienen. Sie ließen all ihr Hab und Gut zurück – selbst persönliche Dinge und Papiere.

Die Angaben des deutschen Journalisten Berthelsen decken sich mit der Meinung des britischen Europa-Abgeordneten Lord Bethell. Er prangerte die Handlungsweise der Sowjets als „moralische Erpressung“ an. Nach Ansicht von Bethell spielte dabei ein „sehr herzlicher und lieber Brief“ von Rykows Familie die entscheidende Rolle. Das Schreiben aus der Heimat, über dessen Authentizität nichts bekannt ist, machte offenbar einen stärkeren Eindruck auf die beiden Deserteure, als ihr Wissen, was Fahnenflüchtige im Falle einer Rückkehr in die Sowjetunion erwarten.

Die Sowjets machten sich bei der Einschaltung von Rykows Familie die engen Bande zwischen dem Deserteur und seinen Angehörigen zu nutze. Bei einem Interview im Dezember 1983 berichtete Rykow der WELT, seine Frau und seine Mutter hätten schon 1982 versucht, den Kommandeur seiner Einheit mit Geld zu veranlassen, ihn von der Liste der Soldaten zu streichen, die zum Einsatz in Afghanistan bestimmt waren. Rykow im Dezember 1983 zur WELT: „Der Versuch schlug deshalb fehl,

weil ein anderer Offizier von der Sache erfuhr und ebenfalls Geld forderte. Die finanziellen Mittel meiner Familie aber waren begrenzt.“

Eine freiwillige Heimkehr der beiden Sowjetarmisten erscheint auch angesichts ihrer Haltung nach der Flucht als sehr unwahrscheinlich: sie liefen zu den Gegnern der Roten Armee über, forderten ihre Kameraden über „Radio free Kabul“ zum Überlaufen auf und erhoben vor der Welt- und Presse die bisher schwersten Vorwürfe gegen die sowjetische Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik in Afghanistan.

Schwerste Vorwürfe

Dem deutschen Journalisten Berthelsen erzählten sie zum Beispiel von einer Hubschrauber-Landung auf iranischem Gebiet. Erst nach der Ermordung von über hundert iranischen Bauern hätten die Sowjets ihren Irrtum bemerkt, die Toten und Verletzten jedoch liegen gelassen und seien weggeflohen.

Der Verdacht, daß es den Sowjets in London gelang, die beiden Deserteure mit Drogen gefügig zu machen, wurde bisher nicht erhoben, obwohl es in der Vergangenheit Beispiele derartiger Praktiken bei den Sowjets gab. Fest steht, daß sowohl Rykow wie Chlan drogensüchtig sind. In Afghanistan hatten die beiden Deserteure gegenüber der WELT geklagt: „Die Mutschahedin sollten uns mehr Haschisch geben...“ Die Freiheitskämpfer aber erklärten, sie seien dazu nicht in der Lage und auch nicht willens, die Rationen zu erhöhen. Der Chef des afghanischen Wachkommandos sagte damals zur WELT: „Weil die beiden Sowjets zu wenig Hasch bekommen, haben sie oft Heimweh.“

Ob hier der Schlüssel des sowjetischen Erfolgs liegt, die beiden Deserteure zur „freiwilligen Heimkehr“ zu bewegen?

„19 Anhänger der Solidarität wurden ermordet“

DW, Brüssel/Warschau

19 Anhänger der polnischen Untergrundgewerkschaft „Solidarität“, unter ihnen eine Frau, sind in den vergangenen drei Jahren von der polnischen Polizei umgebracht worden oder nach Polizeiverhören gestorben. Dies gab das Brüsseler Koordinierungsbüro der „Solidarität“ im Ausland bekannt. Gebtete Demonstrationen wurden dabei nicht mitgezählt.

Den Eltern des ermordeten Priesters Jerzy Popiełuszko ist von Unbekannten gedroht worden, man werde ihren Baushof niederbrennen, falls ein Gedenkgottesdienst für den Priester zu große Ausmaße annehme. Die Mutter Marianna habe daraufhin geantwortet: „Wenn Sie unseren Baushof in Brand stecken, wird ganz Polen brennen.“ Der Gedenkgottesdienst bei der Kirche von Sucholowa bei Białystok wohnten am Sonntag mehr als zehntausend Gläubige bei.

In Warschau und Krakau demonstrierten am Sonntag anlässlich des 66. Jahrestages der Unabhängigkeit Polens mehrere tausend Menschen. In Warschau zogen nach einem Gottesdienst in der Kathedrale rund 3000 Gläubige zum Denkmal des Unbekannten Soldaten. Ein Großaufgebot von Polizei stoppte den Zug kurz vor dem Denkmal und trieb die Menge auseinander. In Krakau demonstrierten ebenfalls einige tausend Menschen nach einem Gottesdienst vor der Kathedrale im Königsschloß Wawel mit Fahnen der „Solidarität“.

Der Präsident der polnischen Exilregierung in London, Edward Raczynski, hat dem Präfekten Henryk Jankowski, dem Beichtvater des Arbeiterführers Lech Wałęsa und Probst der Danziger Werfkirche St. Brigitten, wegen karitativer Verdienste das Kommandeurskreuz des Ordens „Polonia Restituta“ verliehen. Erstmals seit Kriegsende wurde damit einer in Polen lebenden Persönlichkeit diese hohe Auszeichnung verliehen.

Luandas Angebot an die USA und Südafrika zielt auf Savimbi

Keine wesentlichen Neuigkeiten im Vier-Punkte-Programm des Präsidenten Angolas

M. GERMANI, Johannesburg

Anlässlich der Feier zum neunten Jahrestag der Unabhängigkeit Angolas von Portugal hat Präsident Edoardo Dos Santos die Vorschläge seiner Regierung bekanntgegeben, die er schon dem US-Unterstaatssekretär Chester Crocker übermittelt hatte. Diese waren auf den Kapverdischen Inseln bei den Verhandlungen um eine Lösung der Südwestafrika/Angola-Frage auch dem südafrikanischen Außenminister Roelof Botha unterbreitet worden. Sie lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Abzug der noch in Südafrika befindlichen südafrikanischen Truppen;
2. Beendigung jeder Unterstützung für die angolanische Widerstandsbewegung Unita von Jonas Savimbi sowie Demontage seiner sämtlichen Stützpunkte im benachbarten Südwestafrika;
3. Einführung der UNO-Resolution 435 und anschließend die von der UNO überwachte Einführung der Unabhängigkeit von Südwestafrika/Namibia;
4. Beginn des kubanischen Abzugs aus Angola, nachdem eine UN-Friedenstruppe in Namibia eingesetzt ist und die südafrikanische Armee mit Ausnahme von 1500 Mann aus Namibia abgezogen wurde.

„Angola und die Vereinigten Staaten diskutieren die Grundlage für eine generelle Übereinstimmung, die (von Angola) vorgeschlagen wurde“, sagte Dos Santos in Nordangola.

Vor ausländischen Journalisten in seinem Hauptquartier warnte Savimbi Ende der vergangenen Woche sowohl Südafrika als auch die USA davor, ihn zu übergeben. In einer Rede nach einer Militärparade vor rund 6000 Anhängern nannte er das Lusaka-Abkommen über den Abzug südafrikanischer Truppen aus Südafrika ein „Scheitern“ mit dem Ziel, daß Luanda Zeit gewinne, um seine



Jonas Savimbi kontrolliert mehr als die Hälfte Angolas
FOTO: CAMERA PIX



Armee zu verstärken und dann die Unita bei der nächsten Gelegenheit anzugreifen. Seine Bewegung sei nicht bereit, sich für einen fingierten Abzug der Kubaner aus Angola herzugeben.

Politische Beobachter in Südafrika weisen darauf hin, daß die Vorschläge von Dos Santos grundsätzlich keine neuen Ideen beinhalten. Die Ein-

stellung der südafrikanischen Hilfe für die anti-kommunistische Unita sei der wichtigste Punkt dieser Vorschläge. Durch seine militärische Stärke und sein langsames, aber stetes Vordringen auf Luanda ist Savimbi für die Regierung in Angola zu einer ernsthaften Gefahr geworden. Er kontrolliert bereits mehr als die Hälfte des angolanischen Territoriums (siehe Karte) und führt auch schon Angriffe in Gebieten um die Hauptstadt Luanda.

Die Forderungen Dos Santos' stehen auch politisch im Gegensatz zu den Vorschlägen Savimbis, der noch weiterhin zu Verhandlungen mit Luanda über eine eventuelle Koalitionsregierung bereit ist und immer wieder betont, daß es weiteren Schritt wolle er die ersten freien Wahlen in Angola abhalten lassen. Allerdings nach einer Periode des Friedens, den das Land nach 24 Jahren Krieg dringend zur Stabilisierung der Lage und zur Erholung der darniederliegenden Wirtschaft brauche.

Ein Angola-Abkommen ähnlich dem Nkomati-Vertrag zwischen Südafrika und Mosambik, der Pretoria zumindest das Ende der offiziellen Unterstützung der kommunistischen Untergrundbewegung ANC durch die Machel-Regierung eingebracht hatte, während die Widerstandsbewegung Renamo im unerwarteten Alleingang in Mosambik weiterkämpfte, würde Savimbi sicher schaden, wenn es für seine Bewegung kein tödlicher Stoß wäre. Allerdings würden die Einführung der UNO-Resolution, der Abzug der südafrikanischen Truppen aus Südwest und Wahlen unter UNO-Aufsicht einen Sieg der kommunistischen Swapo in Südwest garantieren. Und das würde einen Großteil der militärischen Erfolge der Unita zunichte machen, abgesehen davon, daß eine solche Entwicklung den Interessen des Westens zuwiderläufe.

Pariser Zeitung will ideologiefrei sein

tarnt Nummer von „Donnerstagsereignis“ ausverkauft / Die Leser finanzieren das Blatt

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Das Donnerstagsereignis“ ist der verkürzte Name des neuen, auf dem schmalen französischen Pressemarkt, Donnerstag, weil der Herausgeber Jean-François Kahn den vier Wochenlang als Erscheinungsdatum wählte; Ereignis, weil es eine Zeitung wie diese in der Tat noch nie gegeben hat. Denn dieses neue Wochenblatt wird nicht nur ausschließlich von seinen Lesern finanziert, es gehört ihnen auch.

Kahn, ein wahrer Tausendsassa im französischen Journalismus, hat sich das Kapital zum Start seines Blattes bei den Lesern geholt. Er verteilte 10 000 „Aktien“ zum Preis von 500 Franc (etwa 170 Mark), die im Handumdrehen vergriffen waren.

Die Anlaufzeit für das Unternehmen dauerte nicht länger als sechs Monate, in denen Kahn mittels ganzseitiger Anzeigen für sein wagemutiges Unterfangen warb. Insgesamt 36 000 Franzosen hatten sich schließlich „interessiert“ gezeigt, von denen 75 Prozent den Kaufpreis entrichteten.

Am vorigen Donnerstag erschien das im Berliner Format konzipierte Produkt zum ersten Mal an den Kiosken, und die Leute rissen es sich aus den Händen. Kahn hatte die Latte für seinen Debütanten hoch angesetzt und 300 000 Exemplare drucken lassen. In aller Eile mußten 80 000 nachgedruckt werden, um der Nachfrage entsprechen zu können.

Dabei kostet das Blatt immerhin 20

Franc (sieben Mark) und fügt sich damit in die Reihe der großen internationalen Luxusmagazine wie „Vogue“ oder „Fortune“ ein. Aber Kahn ist überzeugt, daß der Preis kein Hindernis für den Käufer ist. „Unter dem Gestehtungspreis verkaufen ist das Gegenteil von Freiheit“, sagt er. Und mit 60 000 verkauften Exemplaren pro Nummer spielt er angeblich seine Kosten ein.

„Freiheit“ ist auch das Stichwort, mit dem Kahn seine Aktionäre hinter dem Ofen hervorlockte. Kahn ist der Mann, der in den sechziger Jahren unzählige Rundfunksendungen moderierte, brillante Kommentare zur Tagesaktualität lieferte, gefürchtet scharfe Interviews mit allen Größen der politischen Nomenklatura veranstaltete, Fernsehsendungen von umwerfender Komik kreierte, zwei Tageszeitungen als Chefredakteur leitete und im letzten Jahr mit der Idee flüchtete, den Vorsitz einer neuen liberalen Partei zu übernehmen, um die Politik Frankreichs um eine bisher unbekannte Nuance zu bereichern. Einmal mehr hat er jetzt seinen sicheren Instinkt für die Entwicklung der öffentlichen Meinung bewiesen.

Kahn behauptet, die Franzosen seien übersättigt von Politik und Ideologie. Sie sähen sich in keiner der angebotenen Parteien vertreten und wendeten sich ab vom ewig gleichen Einerlei des Tagesdialogs.

Nach ihm ist in letzter Zeit auch zunehmend von durchaus seriösen Meinungsforschungsinstituten bestätigt und veranlaßt die angesehene

Wochenzeitung „Express“ im vorigen Sommer zu einer weithin beachteten Sondernummer über das Phänomen.

In seinem ersten Leitartikel stößt Kahn in diese neuentdeckte politische Landschaft vor. „Unsere Zeitung wird das Vehikel jener sein, die anders denken wollen“, verkündet er.

Und weiter: „Wir unterwerfen uns keiner dominierenden Ideologie und keiner Tagesmode, wir weigern uns, am Dauerbürgerkrieg zwischen rechts und links teilzunehmen, wir bleiben hoch über dem Gemenge. Wir haben die Nabelschnur zu Papa Marx, Onkel Fidel und Tante Maggie abgeschnitten und werden einen Journalismus praktizieren, der keinerlei Prioritäten mehr setzt. Denn Prioritäten schränken die Freizügigkeit ein.“

Hier findet sich der Antikonformismus, der Kahns ganze Laufbahn durchzieht und ihm immer wieder die Feindschaft seiner Arbeitgeber zuzog. Kein Journalist Frankreichs ist so oft gefeuert worden wie er. Der unwiderstehliche Erfolg seiner Erstlingsnummer scheint indes, selbst wenn man den Neugier-Effekt abzieht, die Gängigkeit seines Konzepts zu beweisen.

„Anders sein“ wollte auch der Politiker Michel Jobert, aber der unsterbliche Wanderer zwischen Gaullismus und Sozialismus scheiterte und findet sich heute in der Wüste wieder. Sollte Kahn reüssieren, wird Bewegung in den an Auszehrung leidenden französischen Pressemarkt kommen.

Chinas Armee soll verkleinert werden

SAD, London

Die 4,2 Millionen Mann starke chinesische „Volksbefreiungsarmee“, die zahlenmäßig größte Streitmacht der Welt, soll personell verringert werden. Das hat Chinas starker Mann, Deng Xiaoping, angeordnet, der den Vorsitz in der Militärkommission der KP Chinas innehat. Wie die Londoner „Financial Times“ gestern aus Peking berichtet, hat Deng verfügt, daß Militärpersonal, Rüstungsmaterial und Verteidigungsanlagen, die „überzählig“ sind, zur Entwicklung der zivilen Wirtschaft des Landes eingesetzt werden.

Die Reformen in den Streitkräften aller Waffengattungen – Abbau überflüssiger Stärke, Herabsetzung des Durchschnittsalters, militärischer Führungskräfte und bessere Förderung begabten Führungsnachwuchses – seien erforderlich, um das Ziel der Vervielfachung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion bis zur Jahrhundertwende zu erreichen, äußerte Deng. „Es gibt noch einen wichtigeren Grund für den Abbau des überzähligen Personals in den Streitkräften“, fügte er hinzu, „nämlich die qualitative Verbesserung der Volksbefreiungsarmee.“

Deng forderte außerdem die Luftwaffe auf, zur Entwicklung der Zivilwirtschaft beizutragen. An die Kriegsmarine appellierte er, ihre Häfen und Umschlaganlagen auch der Handelschifffahrt zur Verfügung zu stellen.

Papandreou hat die Wahlen im Visier

Attacken gegen Mitsotakis und den Westen sollen von eigenen Mißerfolgen ablenken

E. ANTONAROS, Athen

Das Telegramm aus Bonn, gerichtet von Bundeskanzler Helmut Kohl an den griechischen Oppositionsführer Konstantin Mitsotakis, kam dem Athener Ministerpräsidenten Andreas Papandreou sehr gelegen.

Den Vorwurf einer „ungeheuerlichen und unakzeptablen Einschüchterung in die Angelegenheiten Griechenlands“ hat Kohl zwar eingesteckt. Doch der Bundeskanzler mußte nur als Munition in der innenpolitischen Schlamm Schlamm Schlamm herhalten, die seit einigen Wochen in Griechenland auf heftigste im Gange ist. Im Visier hatte Papandreou eigentlich seinen Erzrivalen Mitsotakis von der oppositionellen „Neuen Demokratie“, der ihn fast täglich herausfordert und seine Popularität in Frage stellt.

Spätestens im Oktober 1985 wird in Griechenland die nächste Parlamentswahl stattfinden. Und in diesem letzten Amtsjahr geht es Papandreou – das wird von Tag zu Tag deutlicher – nur noch um seine Wiederwahl – und zwar um jeden Preis.

Mit dem Angriff auf Kohl verfolgte Papandreou ein Doppelziel: Zum einen will er auf bewährte Art durch seine gezielten und wohlüberlegten Attacken gegen den Westen die Aufmerksamkeit des griechischen Publikums von der keineswegs guten innenpolitischen Lage ablenken. Andererseits betreibt er dadurch eine systematische Diskreditierung seines Gegners Mitsotakis, indem er angeblich dessen Querverbindungen zu den

westeuropäischen und amerikanischen Konservativen offenlegt.

Indem Papandreou immer wieder die Loslösung Griechenlands vom „Diktat des Westens“ auf seine Fahnen schreibt, den griechisch-türkischen Dauerkonflikt überdramatisiert und das Nichtstun Amerikas in der festgefahrenen Zypern-Frage systematisch aufs Korn nimmt, schürt er in Griechenland einen sehr nationalistisch gefärbten Patriotismus, der viele Anhänger auch rechts von der Mitte zu haben scheint.

Papandreous Rechnung ist bisher fast immer aufgegangen. Aber die Griechen sind ernüchtert nach drei nicht gerade erfolgreichen Regierungsjahren und einem bislang ausgebliebenen, aber weiterhin versprochenen „großen Wandel“ – jetzt braucht Papandreou auf einmal vier Amtsperioden zur Verwirklichung seines Regierungsprogrammes. Dem lautstarken Aktionismus und den angeblichen Errungenschaften in allen Bereichen hinkt nämlich die griechische Realität hinterher. Die Inflationsrate ist mit 18 Prozent die höchste im EG-Raum. Mindestens 300 000 Griechen sind arbeitslos. Griechenlands Auslandsschulden nehmen ständig zu, die Industrieproduktion geht zurück, Investitionen finden bestenfalls im Planungstakt des Wirtschaftsministeriums statt.

Hinzu kommt, daß die „Neue Demokratie“ seit gut zwei Monaten mit Mitsotakis einen neuen Parteichef hat, der neues Leben in die bisher eher ideenlos geführte Partei ge-

bracht hat. Mitsotakis, Papandreou an Charisma und persönlicher Unterstrahlung ganz bestimmt nicht unterlegen, versucht das rechtliche Erscheinungsbild seiner Partei abzuschnitten und hat bisher nicht einmal die Konfrontation mit dem mächtigen rechten Flügel gescheut. Seine Marschroute: Griechenland braucht Reformen – aber es wäre töricht, sie allein Papandreou und seinen sozialistischen gefärbten Patriotismus, der viele Anhänger auch rechts von der Mitte zu haben scheint.

Daß Mitsotakis Papandreou nicht in Ruhe läßt und dazu noch die zahlreichen Wechselwähler umwirbt, bereitet Sozialisten offenkundig große Sorgen: Bereits bei den Europawahlen im Juni war der Abstand zwischen den Sozialisten und der Neuen Demokratie von 13 auf vier Prozent geschrumpft, obwohl damals mit dem früheren Verteidigungsminister Averoff ein müder und alter Mann den Konservativen vorstand.

Seit seiner Wahl zum Parteichef wird Mitsotakis von Papandreou als „Verräter“ und als „Werkzeug des Imperialismus und des Großkapitals“ gebrandmarkt. Systematisch ist Papandreou bemüht, seinen Rivalen als einen vertrauensunwürdigen Politiker zu präsentieren.

Auch mit der Attacke gegen Kohl wollte er nur suggerieren, daß Mitsotakis der Wunschpremier Washingtons und Bonns und daher für die Griechen völlig unakzeptabel ist. Doch gerade diese gezielten Anschwärzungsversuche zeigen dem Wähler, daß Papandreou Mitsotakis als Gegner sehr ernst nimmt. (SAD)

COMMERZBANK

Mehr Sicherheit und Ertrag für Ihr Auslandsgeschäft durch Devisenoptionen.

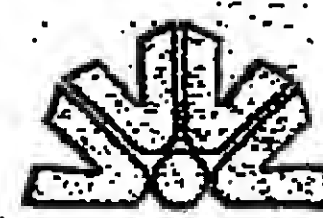
Die Commerzbank hat ihr Angebot zur Absicherung von Wechselkursrisiken durch ein neues Instrument erweitert: die Devisenoption.

Nutzen Sie diese neue Möglichkeit, um Ihr Auslandsgeschäft sicherer und ertragreicher zu gestalten.

Sprechen Sie mit unseren Devisenexperten.

Ihre Vorteile:

- Ihr Währungsrisiko wird voll gedeckt.
- Sie können auch Ihr Währungs-Eventualengagement absichern, z. B. bei Ausschreibungen.
- Als Käufer einer Option erwerben Sie immer ein Recht, nie aber eine Verpflichtung, zum vereinbarten Preis zu handeln. Sie allein entscheiden, ob das Optionsrecht ausgeübt wird.



Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.

Italien wehrt sich gegen deutschen Alleingang

Lösung für Katalysator-Auto im europäischen Rahmen empfohlen / WELT-Gespräch mit Umweltminister Biondi

FRIEDRICH MEICHNER, Rom. Vor einem deutschen Alleingang im Bereich des Katalysator-Autos hat der italienische Umweltminister Alfredo Biondi in einem Gespräch mit der WELT gewarnt. Eine Lösung des Problems der Luftverschmutzung durch Autosabgase muß seiner Meinung nach gemeinsam mit der Industrie im europäischen Rahmen gefunden werden.

Der Minister äußerte die Hoffnung, daß es in dieser Frage nicht zu einem offenen Konflikt zwischen Bonn und der Brüsseler EG-Kommission kommen werde. Gleichzeitig warnte er aber, daß die italienische Regierung bei einem etwaigen Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof wahrscheinlich eine „gemeinschaftskohärente“ Haltung einnehmen werde. Der Kampf gegen die Umweltverschmutzung sollte in Europa zu einem „Motiv der Union“, nicht zu einem „nationalistischen Motiv“ werden. Denn: „Die Verschmutzung kennt keine nationalen Grenzen.“

Nach Gesprächen mit den Bundesministern Schneider, Bangemann und Zimmermann, die kurz hintereinander aus Bonn an die römische „Katalysator-Front“ geschickt worden waren, umriß der aus der Liberalen Partei kommende Biondi der WELT gegenüber die Position seines

Landes: „Ich glaube, Italien sollte eine kollegiale Stellung beziehen. Wir hoffen, daß Deutschland nicht einseitig vorgeht. Das wäre meiner Meinung nach ein Irrtum. Italien würde in diesem Falle eine gemeinschaftskohärente Haltung einnehmen. Für gemeinsame Probleme bedarf es gemeinsamer Lösungen.“

Als Umweltminister, so fuhr Biondi fort, verstehe er den dringenden deutschen Wunsch, eine Lösung zu finden. „Aber ich bin nicht der einzige Minister. Es gibt auch noch die Minister für Industrie, für Staatsbeiträge und für Gesundheit, von denen jeder seine ressortspezifischen Probleme in dieser Frage hat. Ich trete auf das Gaspedal. Aber es ist nicht gesagt, daß diejenigen, die auf die Bremse treten, nicht ihre begründeten Sorgen hinsichtlich der unzureichenden Erprobung des Katalysators hätten. Wir denken mehr daran, die Sache vom Motor her anzugehen, weil wir meinen, das System der Verbrennung sei günstiger.“

In Italien gebe es in der ganzen Frage Probleme mit der Industrie. Ich als Umweltminister meine zwar nicht, daß man sich der Industrie unterwerfen müßte. Aber man muß gemeinsam mit der Industrie eine europäische Lösung finden.“

Eine solche Lösung sei um so dringender, als das Katalysator-Problem sonst für Italien auch noch zu einem touristischen Problem werden könnte. „Für uns besteht ein doppeltes Interesse: Die Luft sauber und die Deutschen in Italien zu haben.“

Als das drückendste Umweltproblem Italiens bezeichnete der Minister die Wasserverschmutzung. Auch hier droht die negative Auswirkung auf den Tourismus. Kürzlich wurde bekannt, daß von den seit 1976 gesetzlich vorgeschriebenen Filteranlagen für Abwasser im ganzen Land bisher angeblich nur acht Prozent funktionieren. Biondi hat jetzt von allen Regionen Berichte angefordert. Die bereits vorliegenden zeigen nach Darstellung des Ministers, daß der Stand der Abwasserfiltrierung von Region zu Region sehr unterschiedlich ist.

Große Sorge bereitet die Verschmutzung der Adria. Dazu Biondi: „Die Adria ist ein Meer von durchschnittlich nur 80 bis 90 Meter Tiefe. Sie ist sehr flach, und die Wasserräumung ist deshalb sehr bescheiden. Fünfzig bis sechzig Prozent der in die Adria strömenden Abwässer kommen aus dem Po. An den giftstoffhaltigen Abwässern ist die Industrie nur zu fünf Prozent beteiligt. 26 Prozent gehen auf das Konto der Landwirtschaft, 36 Prozent auf dasjenige der

Gemeinden und weitere 36 Prozent werden durch die Viehzucht verursacht.“ Nach Meinung Biondis muß man vor allem auf drei Gebieten aktiv werden: in der Landwirtschaft, über die beträchtliche Mengen von Phosphatstoffen aus Düngemitteln ins Meer gelangen; in den Großstädten, wo angemessene Filteranlagen gebaut werden müßten; bei der Bevölkerung, die zu umweltbewußteren Verhalten erzogen werden müsse. So gebe es viele Kleinbetriebe, die nicht unter die gesetzlichen Bestimmungen für die Abwasserfiltrierung fielen, zusammen aber eine beträchtliche Abwassermenge hätten.

In der italienischen Regierung, so versicherte der Minister, sei man sich der Dringlichkeit des Umweltschutzes bewußt, „auch wenn wir leider etwas spät dran sind, wenn wir, wie Radfahrer bei einem Verfolgungsrennen, etwas zurückliegen“. Aber, so fuhr er fort: „Das Umweltbewußtsein wächst, und der Umweltschutz ist kein Thema der Polemik, wie in Deutschland.“

Freilich habe der „Faktor Kosten“ sein Gewicht. Zu den Kosten gehöre auch die Sorge um Arbeitsplätze, die bei einer zu hohen Belastung der Wirtschaft mit Umweltauflagen verlorengehen könnten.

Alfonsin will die Blockfreien führen

Die Bewegung nach Indira Gandhi / Argentiniens Präsident setzt Zeichen

MANFRED NEUBER, Bonn. Der argentinische Präsident Raúl Alfonsín strebt offensichtlich die Nachfolge Indira Gandhis im Vorsitz der Blockfreien-Bewegung an. Diese Absicht verfolgte er schon vor dem Mord an der indischen Ministerpräsidentin, die auf dem siebenten Gipfeltreffen der Blockfreien im März 1983 in Neu-Delhi mit der Führung der Gemeinschaft blockfreier Staaten betraut worden war. Sie löste damals den kubanischen Staats- und Parteichef Fidel Castro ab.

Unter ihrer Ägide sollte die Bewegung der Blockfreien zu den Idealen ihrer Gründer Nasser, Nehru und Tito zurückkehren und sich von dem Odim befreien, ein Satrap der Sowjetunion zu sein. In diese Lage hatte Castro die Länder der Dritten Welt manövriert.

Mit Indira Gandhi an der Spitze hatten die Blockfreien wieder ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit erlangt. Allerdings vermochte auch sie keine Äquidistanz der Blockfreien zu den beiden Supermächten herzustellen. In dem Zusammenschluß von hundert Staaten, vorwiegend der südlichen Hemisphäre, gibt eine radikale, meist prosozialistische Minderheit den Ton an. Das ist ein Grund dafür, warum vertretbare Forderungen der Dritten Welt im Westen weniger Gehör

finden, als sie eigentlich verdient hätten.

Alle Appelle der Blockfreien, Friedenszonen und -meere zu schaffen, klingen hohl, solange sie nicht in der Lage sind, kriegerische Auseinandersetzungen untereinander zu verhindern oder wie im Fall des iranisch-irakischen Krieges beizulegen. Die meisten Kriege der letzten zwanzig Jahre fanden zwischen Mitgliedern der Blockfreien statt.

Das Eintreten für die Prinzipien der Blockfreiheit, wie einseitig sie auch zuweilen ausgelegt wurden, kann als „heilige Kuh“ der indischen Außenpolitik gelten. Über die Blockfreien-Bewegung vermochte sich Indien zu einer führenden Macht zu erheben. Ging es Nehru aber noch um das moralische Credo der Blockfreiheit, so verband die Tochter damit Ziele eigener Machtpolitik.

Mit dem Amt des Premierministers des Landes, in dem die letzte Konferenz der Blockfreien abgehalten wurde, ist nun für die verbleibende Zeitspanne bis zum nächsten Gipfeltreffen auch der Vorsitz dieser Bewegung an Frau Gandhis Sohn Rajiv übergegangen. Die Probleme des eigenen Landes werden ihn jedoch daran hindern, für die Blockfreien aktiv zu werden.

Wie schon Juan Domingo Perón

will jetzt der zivile Präsident Argentiniens Raúl Alfonsín eine führende Rolle in der Dritten Welt übernehmen und so das Ansehen seines Landes auf internationaler Ebene heben. Auf den ersten Blick spricht freilich der geographische Turnus gegen ihn: Bis 1983 lenkte mit Castro ein Lateinamerikaner die Blockfreien.

Alfonsín förderte seine Ambition durch bilaterale Erklärungen für die Abrüstung mit Indien, Griechenland, Mexiko, Schweden und Tansania. Vor der UNO-Vollversammlung schlug er einen internationalen Feldzug für den Frieden und gegen den Hunger in der Welt vor. Dabei forderte er eine neue Weltwirtschaftsordnung, womit er bei den Blockfreien auf wohlwollendes Interesse stieß.

Auf der gleichen Linie lagen seine Ansprachen vor dem Europaparlament in Straßburg und beim Internationalen Fonds für Agrarentwicklung in Paris. Nach einem Treffen mit dem algerischen Präsidenten Chadli Bendjedid kündigte er für Januar einen Besuch in Indien an. Alfonsín will den Falkland-Streit zu seinem „Wahlschlager“ um den Vorsitz der Blockfreien machen. Daß er dieses Jahr in der engeren Wahl für den Friedensnobelpreis stand, dürfte seine Chancen in der Dritten Welt erhöhen.

Was hat Hamburgs Unterwelt mit Beton zu tun?



Ein großes, erfülltes Leben ist zu Ende gegangen.

Horst Bentz

* am 27. 5. 1904

† am 9. 11. 1984

In stiller Trauer:

Die Familie

Die Trauerfeierlichkeiten finden in der Schweiz im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

Ascona, den 9. November 1984

**Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt
für den Frieden zwischen den Menschen
für den Frieden zwischen den Völkern**



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

Bau Schau Wem!

Die HYPO-Idee gegen Risiko-Immobilien.

Blinder Eifer kostet Ihr Geld! Deshalb bietet eine kreative Bank mit der Finanzierung stets den Service an, der für Sie prüft, ob das Objekt Ihre Zuneigung, Ihre Sympathie auch wert ist.

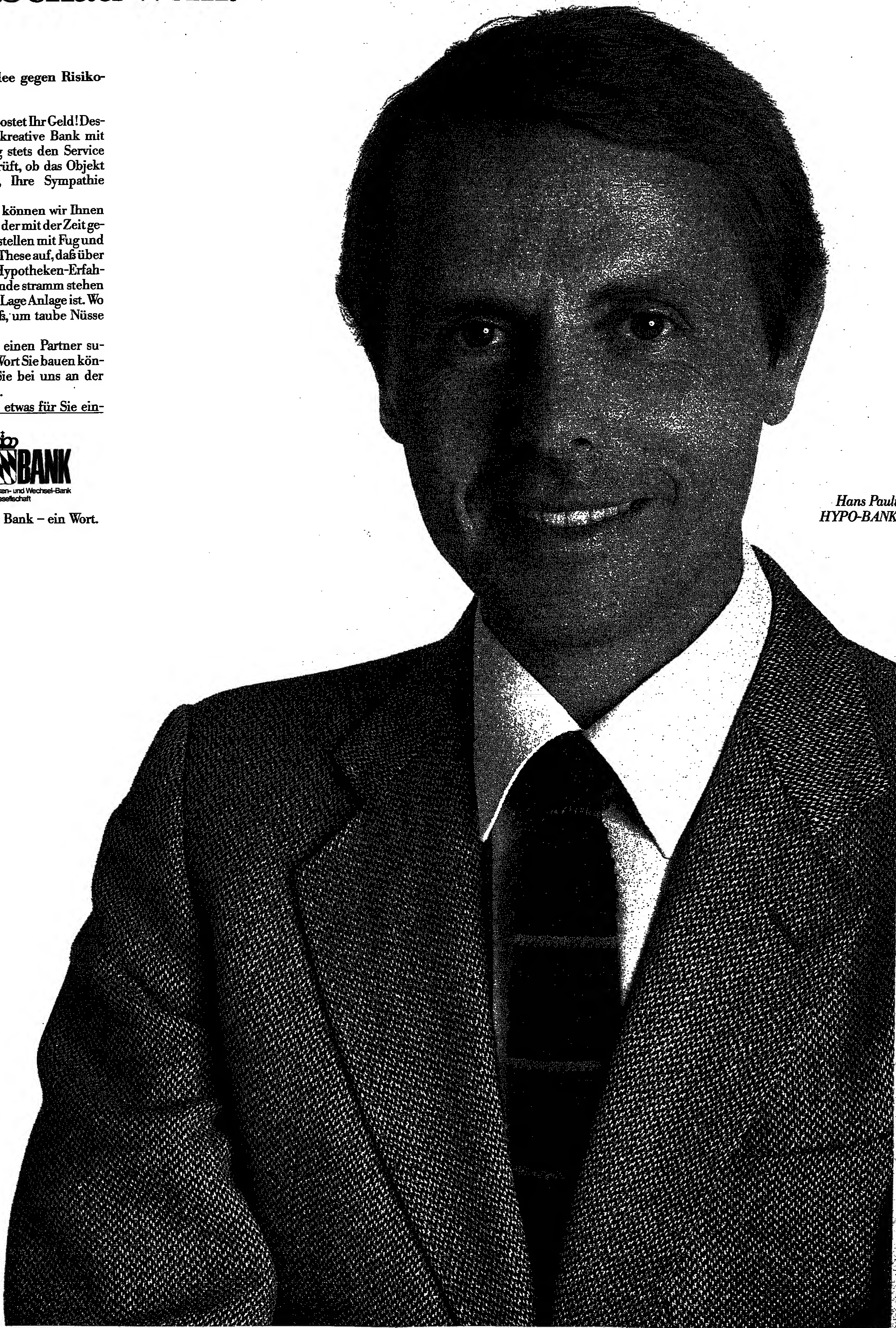
Und vor allem können wir Ihnen den Rat anbieten, der mit der Zeit gekommen ist: Wir stellen mit Fug und Recht die HYPO-These auf, daß über hundert Jahre Hypotheken-Erfahrung weiß, wo Wände stramm stehen oder wackeln. Wo Lage Anlage ist. Wo man klopfen muß, um taube Nüsse aufzuspüren.

Wenn Sie also einen Partner suchen, auf dessen Wort Sie bauen können, dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.



Hans Pauli
HYPO-BANK

„Nicaragua darf kein zweites Kuba werden“

Fortsetzung von Seite 1

die italienische SF-260, erreicht die Schallgeschwindigkeit. In diplomatischen Kreisen Managua kursieren Gerüchte, daß die Sandinisten im Oktober tschechoslowakische Trainingsmaschinen des Typs L-39 erhalten hätten, die auf dem von kubanischen Baubrigaden errichteten Stützpunkt Puna Huete nördlich der Hauptstadt stationiert worden seien.

Die Luftwaffe der Sandinisten wächst rasch. Der sowjetische Frachter „Bakuriani“ brachte nach letzten Informationen in Managua und Washington Radaranlagen und Hubschrauber, angeblich auch moderne Kampfhubschrauber des Typs Mi-24, den die Sowjets in Afghanistan einsetzen. Wenn die Kommandanten einmal MiG-21 erhalten, besitzen sie auch die stärkste Luftwaffe der gesamten Region. In der Luft sind die Honduraner noch überlegen.

Die Kommandanten verteidigen ihre Aufrüstung mit dem Argument der inneren und äußeren Bedrohung. Sie hätten den Kampf gegen die „Contras“ zu bestreiten und müßten sich auf die Möglichkeit einer amerikanischen Intervention vorbereiten. Juntafchef Daniel Ortega sagte schon so oft ein militärisches Eingreifen der USA voraus, daß die meisten Nicaraguaner diese Warnungen kaum noch ernst nehmen. Die anderen Regierungen der Region glauben dagegen, daß das militärische Potential der Sandinisten die Erfordernisse der Selbstverteidigung weit überschreitet. Tatsächlich wolle Managua die Nachbarn einschüchtern. Der salvadorianische Präsident José Napoleón Duarte erklärte letzte Woche in einem „WELT“-Interview: „Mit oder ohne MiGs sind diese Leute eine Bedrohung für uns.“ (SAD)

Der Bundeskanzler setzt auf die Erfahrungen von Schäuble

Aufgabenverteilung im Bundeskanzleramt neu zugeschnitten / Kein „Superminister“

STEFAN HEYDECK, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl hat sein Kabinett erweitert. Gleichzeitig hat er die Organisationsstrukturen und die Aufgabenverteilung im Bundeskanzleramt neu zugeschnitten. Zur Begründung seiner Entscheidung sagte der Kanzler gestern, seine „Erfahrungen“ hätten ihm gezeigt, daß die politische Koordination der Arbeit sowohl innerhalb der Regierung als auch zwischen der Regierung und den beiden Fraktionen, am effektivsten von einem Bundesminister bewältigt werden könne. Dies gelte auch für das Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern. Hier gehe es um die „Problemlösung einer Koalitionsregierung“ angesichts der „besonderen Situation“, daß CDU/CSU und FDP sowohl im Parlament als auch im Bundesrat die Mehrheit bildeten.

FDP sprach von Pannen

Eine Woche nach der Wahl des Staatsministers im Kanzleramt, Philipp Jenninger, zum Nachfolger des wegen der Flick-Affäre zurückgetretenen Bundespräsidenten Rainer Barzel hatte Kohl gestern vor Journalisten in Bonn angekündigt, er werde den bisherigen ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, Bundespräsident Richard von Weizsäcker als 17. Minister zur Ernennung vorschlagen (WELT v. 12. 11.). Schäuble soll dann am Donnerstag im Parlament vereidigt werden.

Kohl hat die Berufung von Schäuble (42) zum Bundesminister mit dessen Ernennung zum Chef des Bundeskanzleramts verbunden. Das bedeutet eine weitgehende Aufgaben-

verschiebung zu Ungunsten von Staatssekretär Waldemar Schreckenberger (50), der bisher die Leitung der Regierungszentrale innehatte. Nicht nur von der FDP war in der jüngsten Zeit wiederholt Kritik an Schreckenberger geübt und ihm die Verantwortung für „Pannen“ zugewiesen worden.

Er habe schon „vor einiger Zeit über Veränderungen auch in diesem Bereich nachgedacht“, sagte Kohl. Jetzt habe er nach Abstimmung mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Koalition den Wechsel von Jenninger zum Anlaß für seinen Schritt genommen. Als Minister und Amtschef wird Schäuble künftig die politische Verantwortung tragen und die Verwaltungsaufsicht in der 477 Mitarbeiter zählenden Behörde ausüben. Ausdrücklich wies Kohl zurück, daß Schäuble eine Art „Superminister“ werden könne. Es gebe „einen Vizekanzler, und der ist Hans-Dietrich Genscher“. Schäuble sei „ein Teil des gesamten Teams“.

Er habe, so der Kanzler, Schäuble als Minister vorgeschlagen. Dabei habe es „keine Bedingungen“ gegeben. Schäuble soll wie zuvor Jenninger unter anderem für den Bereich der Deutschlandpolitik zuständig sein. Mit diesem Gebiet sei er bereits als Parlamentarischer Geschäftsführer befaßt gewesen. Er habe hier auch schon Aufträge für ihn wahrgenommen, teilte Kohl mit. Gleichzeitig betonte er, daß es im Verhältnis zu dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Wunden, „keine Probleme“ geben werde.

Der Neuorganisation des Kanzleramts und der neuen Aufgabenverteilung habe Schreckenberger „ausdrücklich zugestimmt“. Der Staatssekretär werde ihm „unmittelbar zu-

geordnet“ sein. Künftig soll Schreckenberger insbesondere für die Koordinierung in den Bereichen Europa, Politik, Medien und Kommunikation zuständig sein. Dazu sagte der Kanzler, er wolle „einen neuen Anlauf zur politischen Integration“ Europas machen. Es sei deshalb ungeachtet der Federführung des Auswärtigen Amtes „wichtig“, daß er hier „einen Mann im Bundeskanzleramt“ habe. Auch bei der Medienpolitik brauche er „einen Mann meines Vertrauens“.

Umbildung nicht akut

Von diesen personellen und organisatorischen Veränderungen blieben, so der Kanzler, Staatsminister Friedrich Vogel und der Parlamentarische Staatssekretär Peter Lorenz, „unberührt“. Auch Horst Telschik werde stellvertretender Amtschef bleiben. Auf die Frage nach einer Kabinetts-umbildung, zu der es möglicherweise im nächsten Frühjahr kommen soll, sagte Kohl: „Das ist kein Thema, das sich jetzt für mich stellt.“ Ähnlich reagierte er auch auf die Frage, ob im Zusammenhang mit der Berufung des CDU-Politikers Schäuble zum Minister er der immer wieder geäußerten Forderung der CSU nach einem dritten, von ihr zu benennenden Regierungssprecher nachkommen wolle.

Über Schäubles Nachfolger als erster Parlamentarischer Geschäftsführer beriet gestern der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion. Dieses Amt soll Rudolf Seiters (CDU), der bereits seit Oktober 1982 Parlamentarischer Geschäftsführer ist, übernehmen. Die Unionsabgeordneten sollen auf ihrer Sitzung heute nachmittags seiner Berufung zustimmen.

„SPD büßte einen Teil der geistigen Führung ein“

Oertzen: Godesberger Erneuerung am Ende ihrer Wirkung

PETER PHILIPPS, Bonn
„Die Wirkungen der Godesberger Erneuerung sind an ihrem Ende angelangt“, hat der sozialdemokratische Partei-Theoretiker Peter von Oertzen gestern in einer Grundsatzrede zum 25. Jahrestag des Godesberger Programms festgestellt. In der Bonner SPD-Zentrale machte er dafür auch „die allzu pragmatischen Konsequenzen“ verantwortlich, die – gegen den Willen der Urheber des Programms – aus Godesberg gezogen worden sind. Die sozialdemokratische Partei habe auf diese Weise „die geistige Führung in unserer Gesellschaft teilweise eingebüßt“ und solle sich „in diesem Punkt nicht selbst betrügen“. Im linken wie im rechten politischen Spektrum würden heute „wichtige Diskurse ohne uns geführt“. Überlebt habe die Hoffnung „auf eine Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist“, zitierte von Oertzen aus dem Kommunistischen Manifest.

Neues Programm nötig

Die Vorstellung, daß das Godesberger Programm von 1959 zwar nicht „überholt“ ist, wohl aber „heute manches von Bedeutung anders ist als vor 25 Jahren und in der Partei das Bedürfnis weckt, unsere Politik darauf einzustellen“ (Brandt), beherrschte denn auch die Festveranstaltung. Es ging um zum Teil um die Würdigung der Arbeit der Väter, es ging mehr um die Rechtfertigung der von jüngsten Parteitag gegebenen Auffassung für ein neues Programm. Parteichef Willy Brandt, als junger Delegierter u. a. gemeinsam mit Helmut Schmidt Mitglied der Godesberger und heute Vorsitzender der neuen Programm-Kommission, machte dabei deutlich, „daß wir zwar kaum neue Grundwerte und Grundsätze, wohl aber ein neues Programm brauchen“. Die Hauptunterschiede zwischen 1959 und 1984 lägen darin, daß in Godesberg weder das „zwischenzeitlich gewachsene Erschrecken vor der akuten Bedrohung durch den Rüstungswahn“ noch die „Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen“ hätten angesprochen werden können, vor allem aber darin, „daß damals Zukunft als Fortschreibung bestehender Trends selbstverständlich erschien, während dies heute für uns nicht mehr vorstellbar ist“. Die Vorstellung „vom Menschen, der auszieht, sich die Erde unter zu machen“, verliere an Glanz – daran ändere auch nichts, wie in den USA derzeit „unter heuschreckenhaftem Vorzeichen die neue Zuversicht zelebriert“.

wird und die alte Illusion Urstände feiert, daß alles machbar ist“.

Die Fragen der Ökonomie waren es, die auch durch solche Worte sehr schnell ins Zentrum der anschließenden Diskussion über Grundanforderungen an ein neues Programm getrieben. Worte wie „Krise des Kapitalismus“ fielen häufig, bis der Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges aus dem Plenum Einspruch anmeldete: „Gibt es nicht eher eine Krise des demokratischen Sozialismus, weil wir keine Perspektiven mehr darstellen können?“ Ob denn die neue Programm-Diskussion nicht den gleichen Fehler mache, wie die für das Godesberger Programm: Nachvollzug von Entwicklungen statt das Aufzeigen von Perspektiven?

Perspektiven anbieten

Der Nestor der SPD-Wirtschafts- und Finanzpolitik, Alex Möller, wies eine Perspektive, indem er Ökonomen wie Schumpeter und Keynes als „im Prinzip überholt“ bezeichnete: „Eine so technologisch entwickelte Gesellschaft wie die unsere muß auf die Probleme von ganz anderen Grundlagen aus herangehen.“ Auch mit den alten steuerlichen Vorstellungen kommen wir bei der technologischen Entwicklung nicht weiter und müssen uns davon radikal lösen. Bei der betrieblichen Mitbestimmung müßten jetzt neue Lösungen gesucht werden, nicht erst wenn sich die neuen Strukturen und Formen wieder verfestigt hätten. Im übrigen sei das von der SPD-Bundestagsfraktion entwickelte Programm „Arbeit und Umwelt“ auch deshalb ein Beispiel für zukunftsweisende, richtige Diskussionen, weil es die „notwendige Realitätsbezogenheit“ besitze.

Erhard Eppler, der eine „Krise unseres Denkens über die Wirtschaft“ diagnostizierte und die „Dynamik unseres Monopolkapitalismus“ als höchst gefährlich bezeichnete, schwieg indigniert und verfiel mit geschlossenen Augen in die Pose des Denkers von Rodin, als ihn mit typisch österreichischer Direktheit der Vertreter der SPD, Karl Blecha, entgegnete, daß für seine Partei der „Austro-Keynesianismus“ immer noch unverzichtbar sei. Es gehe nicht um die Eigentums-, sondern um die „Entscheidungsverhältnisse“ in der Wirtschaft. Die Sozialdemokratie habe „Visionen und Perspektiven anzubieten, nicht nur zu verwalten“, denn aus dieser Verantwortung „stehlen sich die Konservativen und viele der Neuen Sozialen Bewegungen heraus“.

UdSSR-Ungarn: langfristige Kooperation

DW Moskau

Zu einem „herzlichen“ Meinungsaustausch mit der sowjetischen Führungsspitze ist der ungarische Ministerpräsident Lázár in Moskau eingetroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Entwicklung des sowjetisch-ungarischen Handels. Die UdSSR ist an einer starken Ausweitung des Imports von Konsumgütern aus Ungarn in den nächsten fünf Jahren interessiert. Beide Länder wollen ein langfristiges Kooperationsabkommen bis zum Jahr 2000 ausarbeiten. Die Gespräche standen allerdings auch vor dem Hintergrund des Bemühens der Sowjetführung zur Stärkung des Ostblocks. So wurde Lázár vom sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernomir mit dem „Orden der Oktober-Revolution“ ausgezeichnet. Moskau begründete dies mit den großen Verdiensten Lázárs um „die Festigung der Freundschaft“.

Bombenanschläge in Österreich

rt. Wien

In der britischen Botschaft in Wien ist gestern mittag eine Bombe explodiert. Nach Angaben der Polizei ist ein weiterer Sprengsatz etwa eine Stunde später im Stadtzentrum vor dem Büro der israelischen Fluggesellschaft El Al detoniert. Es sei niemand verletzt und beide Gebäude seien nur geringfügig beschädigt worden. Die Polizei fügte hinzu, sie wisse nicht, wie die Bombe in die britische Vertretung gelangt sei, wer für die Attentate verantwortlich zeichnet oder ob zwischen beiden Anschlägen ein Zusammenhang bestehe.

Generalstreik im Südlibanon

AP, Beirut

Die Bevölkerung des israelisch besetzten Südlibanon ist gestern aus Protest gegen die Festnahme von vier Angehörigen der Schützenbewegung Amal durch israelische Soldaten in einen Generalstreik getreten. Zu dem Proteststreik hatte der libanesische Staatsminister für Südlibanon, Amal-Führer Nabih Berri, aufgerufen. Der staatliche Rundfunk meldete, das gesamte Wirtschaftsleben in den Städten und Dörfern sei zum Erliegen gekommen, alle Schulen und Behörden seien geschlossen. Journalisten berichteten, in Sidon, Tyrus und anderen südlibanonischen Orten sei es zu Demonstrationen gegen die israelische Besatzung gekommen. Die Demonstranten hätten vielerorts Barrikaden errichtet und angezündet. In Haret, dem Stadtteil von Tyrus, wo die Amal-Mitglieder von den Israelis verhaftet worden waren, führten israelische Militärkonvois in eine Menge von mehreren tausend Menschen. Einige Israelis hätten mit Schnellfeuerwaffen über die Köpfe der Demonstranten geschossen, während andere die Straße von Barrikaden räumten.

Rajiv Gandhi einstimmig gewählt

rrt, Neu Delhi

Der neue indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi ist gestern einstimmig zum Präsidenten der regierenden Kongreß-Partei gewählt worden. Beobachter werteten das Ergebnis der Wahl als Festigung der politischen Macht des 40jährigen Regierungschefs. In einer Rede nach seiner Wahl forderte Gandhi die Spitzenfunktionäre auf, die Nation nach der Ermordung seiner Mutter und Amtsvorgängerin Indira Gandhi zusammenzuhalten. „Terroristen und ausländische Kräfte“ versuchten, Indien zu destabilisieren. Anstatt zu versuchen die Bedeutung der Gefahren für Indien zu verstehen, hätten die Oppositionsparteien durch ihre Äußerungen versucht, das Land zu schwächen. Aus der Geschichte Indiens müsse die Lehre gezogen werden, daß, wann immer Teilungskräfte eine Schwächung des Landes versucht hätten, andere daraus ihren Vorteil gezogen hätten.

Mugabe entläßt drei Minister

AP, Harare

Ministerpräsident Robert Mugabe von Simbabwe hat gestern die drei letzten Mitglieder der von seinem rivalen Joshua Nkomo geleiteten Afrikanischen Volksunion (ZAPU) aus seinem Kabinett entlassen. Anfang 1982 hatte Mugabe bereits Nkomo unter dem Vorwurf, er habe einen Staatsstreich geplant, aus der Regierung ausgeschlossen. Mugabe begründete die endgültige Aufkündigung der Koalition mit der Ermordung des von ihm persönlich ernannten Senators Mwenye Alex Ndooyi, der am Freitag, vermutlich von Angehörigen Nkomos, erschossen worden war. Bis spätestens März sollen in Simbabwe Wahlen stattfinden. Die drei Entlassenen sind die bisherigen Minister für Wasserwirtschaft, Cephas Mupfema, Staatsminister John Nkomo und Vize-Regierungsminister Nene Mwenya.

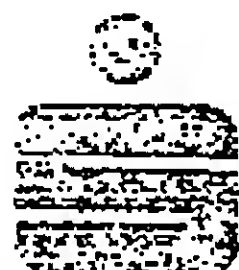


„Eine gute Rendite für Ihr Geld ist immer zu erzielen. Schwarz auf weiß nachzulesen in jedem Sparkassenbrief.“

Ihr persönlicher Geldberater empfiehlt:

Wenn Sie Ihr Geld gewinnbringend und ohne Kursrisiko in Wertpapieren anlegen wollen, sollten Sie Sparkassenbriefe wählen. Die garantieren Ihnen gute Rendite und verbrieft Sicherheit.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



Teure Heimat

Wb. Daß der Computerbauer Heinz Nixdorf mit seinem Stammsitz Paderborn Probleme hat, ist klar. Ein Unternehmen mit weltweiten Aktivitäten, das zudem in der Hochgeschwindigkeitsbranche der Informationstechnik arbeitet, ist auf schnelle Verbindungen angewiesen, für Menschen wie für Nachrichten. Wer 12 000 seiner 18 000 Mitarbeiter in in- und ausländischen Geschäftsteilen zu betreuen hat, der kann nicht damit zufrieden sein, daß das Hauptquartier nicht einmal Zug zum InterCity-Verkehr hat, daß die Autofahrt zum wichtigsten Flughafen Frankfurt wegen der unzulänglichen Autobahnbindung eine Stunde länger dauert als nötig und daß Ostwestfalen ein weißer Fleck auf der Karte des Linienluftverkehrs geblieben ist. Daß selbst das Paderborner Telefonnetz gelegentlich der Beanspruchung durch seinen größten Benutzer nicht ganz standhält, erhöht das Vergnügen kaum.

Nun hat Vorstandsmitglied Arno Bohn ein weiteres Argument ins Spiel gebracht: die nordrhein-westfälische Medienpolitik, die es nicht erlaubt, neue Nachrichtentechnische Produkte (z. B. Kabelfernseh-Schüsselstellen) im eigenen Umfeld anzuwenden. Zumindest für diesen Bereich ist die schwebende Drohung, Paderborn zugunsten Münchens (mit seiner Fülle verwandter

Unternehmen, dem Personalangebot und der Attraktivität für gute Mitarbeiter) aufzugeben, keine Drohung mehr. Denn die Nachrichtentechnik, die derzeit 50 Prozent der Umsätze bringen soll, sitzt schon dort – mit Vertrieb und Entwicklung. Für Landespolitiker, die weite Teile ihrer Industrie auf Intensivstation wissen, ein Grund zum Nachdenken.

Hagelschlag

Py. Der Tag als der Hagel kam, der 12. Juli dieses Jahres, brachte den deutschen Versicherern das kostspieligste Schadenereignis überhaupt – von rund 1,5 Milliarden Mark. Innerhalb von 20 Minuten zerbrachte der Hagelsturm in und um München 200 000 Autos, verursachte Schäden an 70 000 Wohngebäuden und 1000 Gewerbetrieben. Der Hagelsturm hatte neben diesen bedauerlichen Schäden auch einen tröstlichen Aspekt. Angestachelt durch den schärferen Wettbewerb auf dem Versicherungsmarkt überboten sich die Gesellschaften in der Schadenabwicklung. Dazu wurden Hunderte von Schadenbearbeitern und Sachverständigen an die Isar entsandt. Kleinere Schäden wurden an Ort und Stelle per Scheck beglichen. Wenn jetzt noch im Münchener Stadtbild Wellblechkarossen zu sehen sind, so handelt es sich nicht etwa um strittige Haftungsfragen, sondern um besonders pflügende Kunden, die das Geld einstecken, statt es in einen Wagen zu stecken.

Sturm-Zeichen an der Küste

Von DOMINIK SCHMIDT

Ministerpräsident Ernst Albrecht macht die Qualität der künftigen Beziehungen zwischen dem Land Niedersachsen und dem Bund von der Standorthaltung des Stahlwerks Georgsmarienhütte abhängig. Wirtschaftsministerin Brigitt Breuel erklärt in einem Schreiben an Mobil-Oil-Vorstandschef Herbert Lewinsky, die Landesregierung werde es nicht hinnehmen, daß die Wilhelmshavener Raffinerie stillgelegt wird.

Solche geharnischten Proteste der Verantwortlichen: Landespolitiker sind zumindest ungewöhnlich. Sie verdeutlichen aber zugleich die Erkenntnis, daß dem Einfluß der Politik auf Unternehmensentscheidungen Grenzen gesetzt sind, wo betriebswirtschaftliche Bandenbedarf gefordert ist. Dies wissen natürlich auch Albrecht und Frau Breuel, die zu erklärten Befürwortern marktwirtschaftlicher Lösungen gehören.

Der Druck der Öffentlichkeit, das Schreckgespenst weiterer steigender Arbeitslosenquoten vor Augen, wächst indes und hinterläßt Wirkung. Obgleich in Niedersachsen mit seiner deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote (11,8 Prozent) ein gebraztes Kind, zusätzliche „Notstandsgebiete“ sind kaum zu verkraften. Vor dem Hintergrund der alarmierenden Prognosen aus für Georgsmarienhütte die beabsichtigte Schließung des Klopfer-Werks wird die Arbeitslosigkeit von derzeit knapp zehn Prozent auf rund 30 Prozent hochgeschätzt. – erklärt sich zugleich die massive Stellungnahme in Niedersachsen.

Nicht minder bedeutsam aber schlägt sich in der Argumentation der Landesregierung, die im nachhinein als erfolglos zu betrachtende Subventionspolitik nieder. Nach Georgsmarienhütte flossen in den vergangenen Jahren erhebliche öffentliche Mittel. Der Bund, das Land Niedersachsen und der Landkreis Osnabrück gewährten rund 80 Millionen Mark an Hilfen. Nicht nur dieser Betrag ist, wenn das Krupp/Klopfer-Konzept Wirklichkeit wird, abzuschreiben. Weit aus höhere Summen sind erforderlich, um die Folgen der Stilllegung zu kompensieren. Für Sozialpläne und Abschiebungen werden nach vorläufigen Berechnungen rund 500 Millionen Mark

benötigt. Exakt dieser Betrag soll die öffentliche Hand nach den Vorstellungen der fusionierenden Unternehmen beisteuern. Gegen diese Art von „Sterbehilfe“ zieht Niedersachsen zu Felde.

Ähnlich liegen die Dinge in Wilhelmshaven. Die gesamten Investitionen von rund einer Milliarde Mark, die mit Blick auf den Bau der Mobil-Oil-Raffinerie seit Anfang der siebziger Jahre vorgenommen wurden, sind in beträchtlichem Umfang von der öffentlichen Hand finanziert worden. Neben den Investitionszuschüssen (100 Millionen Mark) mußte die Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

Zu Recht weist Frau Breuel darauf hin, daß Wilhelmshaven unter allen Raffineriestandorten der Bundesrepublik die meisten Vorteile aufzuweisen hat. Der einzige Tiefwasserhafen der deutschen Nordseeküste kann von den größten Tankern angefahren werden. Die Nähe zu den Nordsee-Ölfeldern und die vorhandenen Pipeline-Systeme sind weitere Faktoren, die für Wilhelmshaven sprechen.

Die Drohung der Ministerin, im Falle der Schließung der Raffinerie mit gut 300 Beschäftigten die anstehenden Verhandlungen über den Förderzins für im Inland gewonnenes Erdöl und Erdgas zu überdenken, dient der Sache sicher nicht. Die Art und Weise allerdings, wie Mobil Oil die Schließungsabsicht „an den Mann“ brachte, läßt ebenfalls wenig Fingerspitzengefühl erkennen.

Die Bemühungen der Landesregierung, die Stilllegungspläne in Wilhelmshaven und Georgsmarienhütte zu verhindern, sind verständlich. Der Hinweis auf die regionale Verantwortung indes dürfte wenig bringen. Beschlüsse solcher Qualität unterliegen nicht der regionalen Betrachtungsweise, schon gar nicht bei weltweit operierenden Konzernen.

Für Niedersachsen allerdings ist die Tragweite dieser Pläne kaum abzuschätzen. Obgleich reifen die Negativmeldungen über mit Schwierigkeiten kämpfenden Unternehmen nicht ab. Die jüngsten Turbulenzen bei Telefunken in Hannover und die Probleme der Thyssen-Werft Nordseewerke in Emden sind Beispiele dafür. Die Zeichen im Küstenland Niedersachsen stehen auf Sturm.

BANKEN / Verband sieht Wirtschaft auf Wachstumskurs – Zinsen sinken weiter

Lob für Stabilisierungserfolge, aber Sparpolitik muß fortgesetzt werden

PETER GILLIES, Bonn
Die Wirtschaft ist auch für 1985 auf Wachstumskurs programmiert. Die Flick-Affäre und die Debatte um Parteipendenzen seien zwar auf die Gemütslage der Unternehmenswelt „nicht ohne Einwirkung geblieben“, hätten aber deren positive Einstellung zur Konjunkturbelebung nicht eingetrübt. Die Zinsen könnten weiter sinken. Diese Einschätzung gaben führende Bankiers gestern in Bonn.

Nachdem die „Delle“ der Arbeitskräfte weitgehend aufgearbeitet sei, zeige die Konjunktur „wieder eindeutig aufwärts“, meinte der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, gestern anlässlich der Mitgliederversammlung seiner Organisation in Bonn. Sowohl die Nachfrage wie die Produktion hätten im Herbst den hohen Stand des Vorjahres übertroffen. Für 1985 gebe es keinen Grund, in Skepsis zu verfallen. Im nächsten Jahr sei ein reales Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent möglich.

Eine „starke Triebkraft“ bleibe der Export. Aber auch wenn der US-Boom nachlasse, verfüge der deutsche Außenhandel über gute Chancen auf den Weltmärkten. Deutsche Produkte profitierten nicht nur vom hohen Dollarkurs, sondern auch von der Kosten- und Preisdämpfung im Inland. Als „deutlich verbessert“ bezeichnete Schroeder-Hohenwarth die Investitionsbedingungen. Steigende Erträge, mehr Eigenmittel der Unternehmen und sinkende Zinsen wirkten belebend. Ein gewichtiges Investitionsmotiv sei der

große Modernisierungsbedarf der deutschen Wirtschaft. Die Kaufkraftgewinne durch erfolgreiche Preisdämpfungspolitik stimulierten den privaten Verbrauch.

Anerkennung spendeten die Bankiers der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie habe entscheidenden Anteil daran, daß die Wirtschaft wieder wachse. Vor allem die Sparpolitik habe Vertrauen gestiftet und Erfolge in der Inflationsbekämpfung ermöglicht. Der Verbandspräsident warnte jedoch davor, die noch immer hohe Arbeitslosigkeit durch „Aktivismus“ und staatliche Ausgabenprogramme verringern zu wollen. Dies müsse zu einem Fehlschlag werden.

Die Banken warnen die Politik fern vor dem Trugschluß, die Sparpolitik sei beendet und neue Verteilungen – etwa beim Babyjahr in der Rentenversicherung – seien bereits wieder möglich. Die Steuerlast sei zu hoch, die geplanten Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer „nur ein erster Schritt in die richtige Richtung“. Zu dem politischen Streit im Koalitionsrat, ob die Steuerreform in zwei Stufen (1986 und 1988) oder in einer stattfinden sollte, be-

merken die Banken, es sei noch nicht ausreichend gespart worden, um schon heute die Entlastung in einem Schritt zum 1.1.1988 zu rechtfertigen.

Das Zinsklima werde auch 1985 „freundlich“ bleiben. Die Zinsen könnten weiter sinken, wenn die Rate in den USA zurückgehe und sich der Dollar abschwäche. Das nütze auch dem Wohnungsbau, der freilich eine ruhigere Gangart einschläge. Der Gesetzgeber wird ermahnt, rasch für steuerliche Klarheit bei Hausbauern zu sorgen. Die jüngste Entscheidung von CDU/CSU und FDP, die Festlegungsfrist für Bausparverträge von zehn auf sieben Jahre zu verkürzen, stößt bei den Banken auf deutliche Kritik. Sie sehen darin, daß auch Bausparer, die nicht bauen wollen, schon nach sieben Jahren über Guthaben und Prämien für andere Zwecke verfügen dürften, eine „wettbewerbsverzerrende Subvention“.

Einen Seitenhieb verpaßten die Banken nicht nur den Bausparkassen, sondern auch der Deutschen Bundespost. Ihre „aggressive“ Werbung im Postbankdienst lockte mit einem auf 1 000 Mark verdoppelten Überziehungskredit, mit Sortenverkauf am Postschalter und allerlei Sparplänen für Kunden. Die Post als staatliches Monopolunternehmen sei nicht dazu legitimiert, so stark in privatwirtschaftliche Bereiche einzudringen, deren Defizite sie dann mit Gewinnen aus Monopolbereichen wie dem Telefon decke.

RWI-ANALYSE

Offene Zuschüsse statt Steuervergünstigungen?

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Problematik von Steuervergünstigungen, die mit jährlich über 60 Mrd. Mark rund 15 Prozent der Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften ausmachen, hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, auf Korn genommen. Das Institut hebt hervor, daß 90 Prozent aller durch Steuervergünstigungen bedingten Steuerausfälle nur sechs Bereiche betreffen, an denen die Sparforderung mit 21,5 Mrd. DM (1982) der größte sei.

Generell, so heißt es, durchbräche jede Steuervergünstigung die allgemeinen Normen des Steuersystems, verzerrte die Leistungsbewertung am Markt und begünstige einzelne Aktivitäten zulasten anderer. Auch im Sinne der Steuergerechtigkeit erschienen sie fragwürdig.

PRIVATISIERUNG

DIHT für „Entstaatlichung“ des Luftverkehrs in Europa

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen sollte künftig auch der europäische Linienluftverkehr betrieben werden. Mehr Wettbewerb im Luftverkehr sei, wie der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT) in seiner Stellungnahme zum Luftverkehrs-Memorandum Nr. 3 der EG-Kommission betont, vor allem durch eine „Entstaatlichung“, beispielsweise bei der Genehmigung von Streckenrechten, erreichbar.

Nach DIHT-Auffassung wäre es noch sinnvoller, die europäischen Linienfluggesellschaften zu privatisieren. Dies würde im übrigen auch den Interessenkonflikt der Regierungen ausräumen, als Genehmigungsbehörde und als Kapitalgeber auftreten zu müssen. Im Grundsatz begrüßt der DIHT daher auch die weniger weitgehenden Vorschläge der EG-Kommission. Die Brüsseler Kommission for-

dert unter anderem, das bilaterale Luftverkehrssystem in der EG aufzulockern und die Subventionierung von Luftverkehrsunternehmen strenger Vorschriften zu unterwerfen.

Die Kammerorganisation sieht Chancen, über eine Liberalisierung des Marktzugangs den regionalen Verkehr weiter zu aktivieren. Abzulehnen sei dagegen, dem Luftverkehr gemeinschaftswirtschaftliche Verpflichtungen aufzuerlegen. Der Linienverkehr sei nicht mit dem öffentlichen Personennahverkehr vergleichbar, analysiert der DIHT.

Ein gemeinsamer Luftverkehrsmarkt, den der EG-Vertrag fordert, sei wegen der Souveränitätsansprüche der Mitgliedsstaaten bislang nicht verwirklicht. Die Vorstellungen der EG-Kommission seien zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sie stellten jedoch noch keine Realisierung des gemeinsamen Marktes dar.

LOME-ABKOMMEN

Harte Kritik aus Bonn am Verhalten Frankreichs

HEINZ HECK, Bonn

Bevor voraussichtlich am 7. Dezember die Unterschriften unter das dritte Lome-Abkommen (Lome III) gesetzt werden können, müssen zwischen den Beteiligten noch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten über die finanzielle Ausstattung des auf fünf Jahre angelegten Vertrags ausgeräumt werden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Entwicklungsministerium, Volkmar Köhler (CDU), hat in einem Gespräch mit der WELT vor allem das Verhalten Frankreichs in dieser Frage kritisiert. Der Minister hat beschlossen, sieben Milliarden Ecu für Lome III bereitzustellen. Wenn jetzt versucht werde, diesen Ministerratsbeschluss zu unterlaufen, sei das „illegal“. London habe erklärt, daß nach dem üblichen Verfahren mit dem Ministerratsbeschluss die Finanzverhandlungen beendet seien. Dem habe sich die Bundesregierung angeschlossen.

Allerdings gerate auch die britische Regierung unter zunehmenden Druck des Commonwealth mit dem Ziel, einer höheren Dotierung zuzustimmen. Ein Ausweg könnte nach Meinung Köhlers sein, daß die früheren Kolonialmächte, also Frankreich, Großbritannien und die Niederlande, einen zusätzlichen Betrag für die überseeischen Länder und Gebiete entrichten. Dagegen hätte Bonn keine Einwendungen. Köhler erinnert daran, daß der deutsche Anteil an den EG-Leistungen sich gegenüber Lome

I von knapp 26 auf knapp 38 Prozent erhöht habe und die Bundesrepublik damit größter Zahler sei, während Frankreichs Anteil in der gleichen Zeit sogar zurückgegangen sei.

Die Quotendiskussion wird nach Auffassung des Staatssekretärs durch zwei Entwicklungen zusätzlich kompliziert. Zum einen würden Portugal und Spanien mit dem EG-Beitritt auch bei Lome zahlungspflichtig. Dies könnte zu einer nachträglichen Erhöhung um etwa 350 Millionen Ecu führen. Jedoch seien einige EG-Partner (so Belgien, Dänemark und die Niederlande) in diesem Fall an einer Neuverhandlung über die Quoten interessiert.

Zum anderen stelle sich die Frage, ob die Finanzmittel für Lome nach einem Beitritt Angolas und Mozambiques zum Abkommen erhöht werden müßten. Nach Bonner Auffassung sollte nicht schon die Beitrittsmöglichkeit ein Grund für eine Erhöhung sein.

Im Auswärtigen Amt besteht – im Gegensatz zu den übrigen beteiligten Ministerien – eine gewisse Neigung, den Wünschen der Kommission ebenso wie Frankreichs und der Entwicklungsländer nach Aufstockung entgegenzukommen. Köhler machte jedoch geltend, daß eine Änderung des Bonner Kabinettsbeschlusses nur mit einem neuen Kabinettsbeschluss möglich sei. Das Thema wird wahrscheinlich noch den EG-Gipfel am 3. und 4. Dezember in Dublin beschäftigen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Umsätze der Warenhäuser sind gesunken

Köln (VWD) – Die Umsätze der vier großen Warenhausunternehmen waren im Zeitraum Januar bis Oktober 1984 um nominal 2,9 Prozent niedriger als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Damals waren sie um 1,8 Prozent gegenüber Januar bis Oktober 1982 gewachsen. Die Umsätze der deutschen Großversender stiegen, wie aus internen Statistiken des Einzelhandels hervorgeht, in den ersten zehn Monaten 1984 um nominal 3,8 Prozent.

Electronica eröffnet

München (AP) – Die 11. Internationale Electronica-Messe ist gestern in München eröffnet worden. Die Electronica gilt als die größte Fachmesse der Welt für Bauelemente und Baugruppen und ist fünf Tage geöffnet. Insgesamt 2183 Aussteller aus 33 Ländern stellen Produkte aus.

Neue Europarat-Anleihe

Frankfurt (ed.) – Der Wiedergliederungsfonds des Europarates begibt eine 7,5prozentige Anleihe über 200 Mill. DM mit einer längstens zehnjährigen Laufzeit zum Kurs von 100,4 Prozent über ein von der BHF-Bank geführtes internationales Bankenkonsortium. Die Anleihe, die an der Frankfurter Börse eingeführt werden soll, wird nach sechs Freijahren in vier gleichen Jahresraten durch Serienauslösung zum Nennwert getilgt.

Peru will verhandeln

Lima (VWD) – Peru will nach Angaben von Ministerpräsident Luis Ferozovich Anfang nächster Woche Verhandlungen über die Umschuldung von rund 2,5 Mrd. Dollar mit dem internationalen Währungsfonds in Washington führen. Er teilte mit, daß Peru mit Zinszahlungen von rund 200 Mill. Dollar im Rückstand ist, die seit Juni aufgelaufen sind. Im Juni hat Peru die Zinszahlungen eingestellt. Insgesamt hat das Land Auslandsschulden von 13 Mrd. Dollar.

Geringeres Wachstum

Hongkong (VWD) – Die deutliche Konjunkturabflachung in den USA

wird im nächsten Jahr zum Teil zu erheblich geringeren Wachstumsraten der Wirtschaft in den meisten südost- und ostasiatischen Ländern führen. Nachdrücklich schließen die vom Asian Wall Street Journal befragten Ökonomen jedoch eine Rezession für diesen Wirtschaftsraum aus. Für 1985 erwarten sie reale Zuwachsraten zwischen 4,5 Prozent und acht Prozent (Singapur), die sich 1984 zwischen fünf Prozent (Thailand) und rund zehn Prozent (Taiwan) bewegten.

Test auf dem Rhein

Den Haag (dpa) – Das niederländische Verkehrsministerium hat seine Zustimmung zu einem zwölfmonatigen Langzeitversuch mit der sogenannten „Sechserstrecke“ auf dem niederländischen Teil des Niederreins gegeben, wie in Den Haag mitgeteilt wurde. Der gleichzeitige Transport von sechs gekoppelten Lokomotiven würde eine wesentliche Verbilligung für den Transport von Massengütern zwischen Rotterdam und deutschen Verladehäfen im Rheingebiet bedeuten.

Paris: Keine Umschuldung

Paris (J.Sch.) – Gegen eine Umschuldung der französischen Auslandsschulden lehnen die Oppositionsführer Raymond Barre zwischen 1986 und 1988 für unvermeidbar hält, hat jetzt Finanzminister Bérégovoy Stellung bezogen. Frankreich würde insbesondere seinem Zinsendienst punkthaltig nachkommen. Es sei dazu auch in der Lage, da die Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland nur 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreiche und damit niedriger als in vieler anderer Industriestaaten sei.

Wochenausweis

	7.11.84	7.10.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	66,5	66,2
Kredite an Banken	49,6	49,8
Wertpapiere	4,8	4,9
Bargeldumlauf	104,9	105,4
Einl. v. Banken	49,2	50,3
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,1	3,1

TEXTILINDUSTRIE

Steigende Auslandsnachfrage sorgt für bessere Ergebnisse

INGE ADHAM, Frankfurt
Vor allem die Nachfrage aus dem Ausland sorgt für die Belebung in der Textilindustrie. Das belegen die jetzt vorgelegten Zahlen über die Entwicklung der Branche in den ersten neun Monaten dieses Jahres. Danach kamen von Januar bis September aus dem Ausland 14 Prozent höhere Aufträge als in der Vorjahreszeit; das Inlandsgeschäft nahm in der gleichen Zeit nur um ein Prozent zu, so daß die gesamten Bestellungen nur um vier Prozent über dem Vorjahresstand liegen. Bei einer Preissteigerungsrate von rund drei Prozent liegen die Aufträge der ersten drei Quartale damit dem Volumen nach nur um ein Prozent über dem Vorjahr.

Im September allein blieben die Inlandsaufträge nach vorläufigen Berechnungen der statistischen Bundesämter sogar um sieben Prozent

unter dem Wert von September 1983, die Produktion nahm um sechs Prozent ab. Damit verminderte sich das Produktionsplus der ersten neun Monate dieses Jahres auf drei Prozent. Die exportfördernde Wirkung der derzeitigen D-Mark-Bewertung wird belegt durch die Außenhandelszahlen im Textilbereich. Denn in den ersten neun Monaten legte der Textilexport um 15 Prozent auf 18,9 Mrd. DM zu. Im September allein macht das Plus fünf Prozent aus für eine um zwei Prozent gestiegene Einfuhr. Für den gesamten neun-Monats-Zeitraum freilich zogen auch die Textilimporte mit plus 15 Prozent auf 23,3 Mrd. DM kräftig an.

Belegt wird die Belebung im Textilsektor auch von der Umsatzentwicklung: Steigerung von Januar bis August um 8,8 Prozent auf 22,7 Mrd. Mark.

OST-WEST-HANDEL / Sicherheitsbedürfnisse des Westens müssen beachtet werden

Cocom ist ein geeignetes Gremium

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Alliierten bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Warschauer Paktes sind eher politischer als wirtschaftlicher Natur. Dies stellt der CDU-Abgeordnete Ludolf-Georg von Wartenberg als Berichterstatter des Unterausschusses für Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen der Nordatlantischen Versammlung fest.

In dem Schlußbericht für die Jahrestagung der Parlamentariervereinigung weist der Abgeordnete darauf hin, daß wirtschaftliche Maßnahmen wie Handelsrestriktionen und Embargos kein Ersatz für Politik seien. Die Allianz sei auferufen, sich ähnlich dem Harnel-Bericht von 1987, um ein umfassendes Konzept für den Gesamtbericht Ost-West-Beziehun-

gen unter den geänderten Bedingungen zu bemühen.

Dabei müsse der Ost-West-Handel die sicherheitspolitischen Bedürfnisse des Westens berücksichtigen. Die Lieferung von Gütern, die die militärischen Möglichkeiten des Ostens stärken, müßten auch in Zukunft unterbleiben. Das Koordinationskomitee für den Ost-West-Handel Cocom sei das geeignete Gremium der wichtigsten westlichen Industrienationen, um den Handel mit militärisch-relevanten Gütern zu unterbinden. Die gegenwärtige Praxis der ständigen Aktualisierung der Cocom-Listen im Konsensverfahren aller Mitgliedsländer trage den westlichen Sicherheitsinteressen Rechnung.


Die Konsultationen innerhalb der Allianz seien weiter zu verbessern. Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen seien nicht dazu geeignet, nationale Alleingänge, die nicht vom ge-

samten Bündnis getragen werden, durchzusetzen.

„Es muß verhindert werden, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen negative Auswirkungen auf den freien Austausch von Technologie zwischen den Mitgliedsländern der Allianz haben“, heißt es in dem Bericht. Die westeuropäischen Staaten würden weiter darauf drängen, daß die USA die extraterritorialen Maßnahmen aus ihrer Exportgesetzgebung herausnehmen.

Die Staaten des Warschauer Paktes müßten sich bewußt sein, daß bessere Ost-West-Beziehungen auch Chancen für eine Ausweitung des Handels bieten. Durch Einhaltung von Abkommen und bei Respektieren von Menschenrechten seitens des Ostens könne das Vertrauen geschaffen werden, neue Felder im Bereich der Wirtschaft zu erschließen.

„Es gibt viele Sherries. Aber nur einen Harveys Bristol Cream.“



Dienstag, 13. November 1984 - Nr. 267 - DIE WELT

ITALIEN / Neues Sicherheitsnetz für die Kreditinstitute

Solidaritätsfonds geplant

GÜNTER DEPAS, Mailand
Der Zentralverband der italienischen Kreditinstitute bereitet gegenwärtig ein Solidaritäts- und Garantiefonds vor, der im Falle von Insolvenzen und Bankzusammenbrüchen den Kreditnehmern den Wunsch der italienischen Zentralbank entgegen, die schon kurz nach dem im Sommer von zwei Jahren erfolgten Zusammenbruch des Mailänder Kreditinstituts Banco Ambrosiano die Anregung für ein solches Sicherheitsnetz der Banken ausgesprochen hatte.

Bei Bankzusammenbrüchen tritt derzeit nur die Bank d'Italia selbst auf Grund einer Regierungsverordnung ein, die nach dem Konkurs der Banken des städtischen Bankiers und Finanziers Michele Sindona im September 1974 erlassen worden war. Im Rahmen dieses sogenannten „Sindona-Massens“ intervenierte die italienische Zentralbank auch, um insolventen auszugleichen, die durch den Zusammenbruch des Mailänder Kreditinstituts Banco Ambrosiano entstanden. Bankkrediten zufolge soll es sich dabei um etwa 500 Mrd. Lire gehandelt haben.

Der geplante Solidaritätsfonds der Banken soll in vier Fällen einspringen:

im Falle von Liquiditätskrisen, Konkursverwaltung, wenn andere Banken ein in Liquidation befindliches Kreditinstitut übernehmen wollen und schließlich, um Einleger für Verluste zu entschädigen.

Der Fonds soll als Verein auf Gegenseitigkeit bei dem Verband der Kreditinstitute (ABI) in Rom gegründet und von den Verbandsorganen verwaltet werden. Die Zentralbank wird durch einen eigenen Delegierten vertreten sein. Geplant ist, den Garantiefonds mit 4000 Mrd. Lire zu dotieren, wozu die Banken nach ihren Einlageverhältnissen beitragen sollen. Die Fondssumme entspricht etwa einem Prozent des Depositenvolumens des italienischen Banksystems. Der größte Teil des Fonds wird aus Kreditlinien und nur zu einem geringen Teil aus Bareinlagen bestehen. Neben dem neuen Sicherheitsnetz der Kreditinstitute bleibt das der Zentralbank weiter bestehen. Nach den Plänen der italienischen Währungs- und Kreditbehörden soll die Zentralbank künftig aber erheblich entlastet werden. Zentralbankkredite betonen ihrerseits, daß der Fonds der von den Währungsbehörden geforderten Tendenz entspreche, die Selbstverwaltung der Banken zu stärken.

ADIG / Für international diversifizierende Anleger

Zwei neue Rentenfonds

DANKWARD SETZ, München
Eine Belebung ihres Geschäfts verspricht sich die Adig Allgemeine Deutsche Investment-GmbH, München/Frankfurt, von der Auflage zweier neuer international anlegender Rentenfonds. Die beiden neuen Fonds „Adirewa“ und „Fondirent“ werden, wie Adig-Geschäftsführer Erik Fintelmann erläuterte, vor allem auf die hohe Zinsdifferenz zwischen den USA und der Bundesrepublik setzen. Zielgruppe sind Anleger, die ihr Wertpapierdepot mit hochrentierenden ausländischen Rentenwerten ergänzen möchten, aber nicht über die relativ hohen Mittel für eine Direktanlage im Ausland verfügen.

Der „Fondirent“ ist als klassischer Rentenfonds konzipiert und schüttet den Zinsertrag schrittweise einmal jährlich aus. Der „Adirewa“ wird dagegen alle Gewinne thesaurieren. Ab 28. November können erstmals Anteile für

beide Fonds erworben werden. Der Erstausgabepreis beträgt jeweils 85 DM je Anteil. Depotbank für „Fondirent“ ist die Bayerische Vereinsbank, für „Adirewa“ die Commerzbank.

Fintelmann geht davon aus, daß in den ersten zwei bis drei Monaten „Fondirent“ ein Zeichnungsergebnis von 130 bis 150 Mill. DM erreichen wird, der „Adirewa“ wegen des speziellen Charakters etwas weniger.

Bisher verwaltete die Adig acht Wertpapierfonds mit einem Fondsvolumen von derzeit insgesamt rund 7,3 Mrd. DM. Den Netto-Mittelzufluß für die ersten neun Monate 1984 bezifferte Fintelmann auf 310 Mill. DM gegenüber einem Abfluß von 192 Mill. DM zur Vorjahreszeit. Das beste Ergebnis verzeichnete dabei der vor einem Jahr neu aufgelegte Technologiefonds „Aditec“ mit einem Mittelzufluß von 85,9 Mill. auf 368 Mill. DM.

TÜRKEI / Investitionsmöglichkeiten für Kleinsparer – Staatskasse soll saniert werden

Zahlreiche Privatisierungen geplant

E. ANTONAROS, Athen
Trotz wachsender Kritik von Seiten der Opposition hält der türkische Ministerpräsident Turgut Özal an seinem Wahlversprechen fest: Bereits Anfang 1985 will der an freier Marktwirtschaft orientierte Regierungschef die Privatisierung von insgesamt 263 Staatsunternehmen aller Größenordnungen einleiten. Verschiedene Modelle sind geplant.

Einige Betriebe sollen als ganzes Paket interessierten Privatunternehmern verkauft werden. Bei anderen Firmen werden nur Anteile an den Aktionären angeboten, so daß interessante Investitionsmöglichkeiten für den Durchschnittsbürger entstehen sollen. Schließlich ist vorgesehen, bei einer dritten Unternehmensgruppe – dazu zählen die Bosphorus-Brücke und die Autobahnen – nur Einkommenszertifikate ohne eine Veräußerung des Eigentums anzubieten.

Zu den Firmen, die zuerst privatisiert werden sollen, gehören die türkische Fluggesellschaft Turkish Airlines (THY), die türkische Erdölgesellschaft sowie die Tee-, Kohle-, Eisenbahn- und Postgesellschaften. Für die THY haben sich bereits zahlreiche Interessenten gemeldet.

Als begehrtestes „Objekt“ gilt je-

doch die besonders profitable Bosphorus-Brücke. Die Behörden gehen jetzt schon davon aus, daß Millionen türkischer Kleinsparer bereit sein werden, ihre Ersparnisse dort anzulegen. Zahlreiche Broker-Firmen – einige aus dem Ausland – haben bereits ihr Interesse bekundet, die Vermarktung dieser Zertifikate zu übernehmen.

Von dieser gigantischen Privatisierungsaktion verspricht sich Özal mehrere Vorteile: Einerseits sollen durch die Veräußerung dieser Firmen Beträge in der Höhe von schätzungsweise drei Mrd. Dollar der Staatskasse zufließen. Gleichzeitig wird Özal erreichen, daß der in letzter Zeit zugenommene Geldumlauf, der sein Stabilisierungs- und Antinflationsprogramm gefährdet, erheblich zurückgehen wird.

In den letzten Jahren ist ein ständiger Rückgang der Spareinlagen der türkischen Kleinsparer verzeichnet worden, weil durch den Kollaps von zahlreichen Broker-Firmen und Kleinbanken vor zwei Jahren das Mißtrauen gegenüber den Geldinstituten gewachsen ist. Die Türken haben seither Geld ausgegeben, statt es zur Bank zu tragen; ein Auftrieb für die Inflation.

Mit Hilfe der Privatisierungswelle

und der Schaffung einer modernen Börse unter Beratung von renommierten Instituten und Firmen in Westeuropa und Amerika will Özal zusätzlich den recht primitiven türkischen Kapitalmarkt modernisieren. Dadurch sollen Alternativmöglichkeiten für den Kleinsparer entstehen. Gleichzeitig sollen jedoch auch mehrere Privatfirmen, die sich jetzt in Familienbesitz befinden, veräußert werden, ihre Aktien an der Börse notieren zu lassen. Dadurch würde die Geldbeschaffung erleichtert, die wegen der restriktiven Kreditpolitik Özals besonders kompliziert ist.

Schließlich will Özal durch den „Verkauf“ der Staatsfirmen eine Entlastung der Staatsfinanzen erreichen: Die personell überbesetzten Staatsunternehmen haben Jahr für Jahr Defizite in Milliardenhöhe produziert, die immer wieder vom Staat in Form von Subventionen abgedeckt wurden. Dieser Politik soll nun ein Ende gesetzt werden. Die Opposition, die im Fall eines Wahlsieges Özals die Privatisierungspläne wieder rückgängig machen will, weist darauf hin, daß im Zuge dieser Politik die Arbeitsplätze von vielen der 700 000 im Staatssektor beschäftigten Türken gefährdet sein könnten. SAD

BADISCHE GENOSSENSCHAFTEN / Mehr Schwung im Kreditgeschäft

Die Weinernte ist besser als erwartet

WERNER NETZEL, Staufen

Die Sonnenstrahlen und das Föhnwetter der letzten Tage und Wochen haben bewirkt, daß die badischen Winzer mit der diesjährigen Weinernte entgegen den lange Zeit gehegten Befürchtungen doch recht zufrieden sein können. Voraussichtlich werden zehn Prozent der Ernte die Landweinstufe, 85 Prozent die Qualitätswein- und fünf Prozent die Prädikatsweinstufe erreichen. Dieser wider Erwarten guten qualitativen Ausbeute entspricht freilich nicht das Mengenresultat.

Die Einlagerung der 122 Winzergenossenschaften mit den über 66 000 Einzelwinzern als Mitgliedern, die hierzulande absolut in der Weinwirtschaft dominieren, wird in 1984 bei schätzungsweise 80 bis 85 Mill. Litern Wein liegen, was gegenüber der überreichen Vorjahreslese ein

Rückgang um rund 40 Prozent bedeutet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß mit dem Bestand (per 30. 6. 1984) von 217 Mill. Litern die Keller noch mehr als reichlich gefüllt waren. Die badischen Genossenschaften hoffen, in diesem Jahr rund 100 Mill. Liter Wein zu verkaufen. Im Weinwirtschaftsjahr 1983/84 (31. 8.) waren mit 86,1 Mill. Liter 2,8 Prozent mehr als im Vorjahr umgesetzt worden. Die Erlöse verringerten sich infolge des Preisdrucks um 5,2 Prozent auf 399 Mill. DM.

Der Struktur in der genossenschaftlichen Weinwirtschaft in Baden, wo der Konzentrationsprozeß abgeschlossen sein dürfte, wie auch dem Waren-, Dienstleistungs- und Kreditsektor attestiert Verbandspräsident Egon Gushurst Leistungsstärke und Stabilität. Bei den 205 badischen Volksbanken und Raiffeisen-

banken mit ihren insgesamt 580 Geschäftsstellen – auch hier sei im großen und ganzen die Straffung abgeschlossen – erreichte Ende September 1984 die zusammengefaßte Bilanzsumme 32 Mrd. DM. Während die Entwicklung bei den Einlagen mit einem Plus von zwei Prozent verhalten war, wies das Kreditgeschäft mit einem Zuwachs von 6,3 Prozent auf 22 Mrd. DM einen vergleichsweise größeren Schwung auf.

Sehr stark ausgebaut wurde das Dienstleistungsgeschäft. Befriedigt äußerte sich Gushurst darüber, daß die badischen Kreditgenossenschaften von einigen Ausnahmen abgesehen doch sehr vorsichtig operierten. So habe in den letzten Jahren auch keine Genossenschaftsbank dieser Region gestützt werden müssen. Die Garantieeinrichtungen hätten dadurch gestärkt werden können.

FRANKREICH / Prognosen nach oben korrigiert

Wachstum beschleunigt sich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französische Wirtschaft beginnt sich allmählich von der Stagnation zu erholen, in die sie zunächst wegen der internationalen Rezession und dann infolge der nationalen Austeritätspolitik geraten war. Zwar ist der Verbrauch der privaten Haushalte immer noch sehr schwach und der Wohnungsbau geht weiter zurück. Jedoch hat die Industrieerzeugung inzwischen einen neuen Rekordstand erreicht.

Das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) erwartet für das Gesamtjahr einen Produktionsanstieg um mindestens zwei Prozent, womit die letzte Prognose (Juli) erheblich verbessert wird.

Nach wie vor ist aber eine Zunahme der Investitionstätigkeit um nicht weniger als real 12 Prozent unterstellt. Der Anstieg der französischen Industriegüterausfuhr wird aber nunmehr auf real drei statt zwei Prozent veranschlagt.

Die Binnennachfrage nach Konsumgütern würde dagegen weiter stagnieren. Dem Rückgang der Reallohnsummen infolge des schwächer gewordenen Lohnanstiegs stünde eine entsprechend nachlassende Spartatätigkeit gegenüber. In einzelnen Berei-

chen (Textilien) geht der Verbrauch jedoch zurück.

Die französische Regierung erwartet für 1984 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,5 Prozent, während das Konjunkturforschungsinstitut Bipe mit 1,3 Prozent rechnet. Für das nächste Jahr sagt es eine Expansion von 1,2 Prozent voraus, da sich der Ausfuhranstieg von real 5,5 auf 3,7 Prozent abschwächen dürfte. Dem stünde ein auf 1,3 (0,8) Prozent verstärkter Zuwachs des privaten Verbrauchs gegenüber.

Die Inflationsrate wird in dieser Studie für 1985 auf 6,3 Prozent geschätzt, nach 7,6 Prozent in diesem und 9,6 Prozent im letzten Jahr. Das Defizit der Handelsbilanz wird auf 10,7 Mrd. Franc und das der Leistungsbilanz auf 2,9 Mrd. Franc in 1985 veranschlagt, was jeweils weniger als die Hälfte der diesjährigen Passivsaldoen wäre.

Demgegenüber will die Regierung die Handels- wie Leistungsbilanz im nächsten Jahr aus den roten Zahlen bringen und die Inflationsrate zwischen Anfang und Ende 1985 von sieben auf 4,5 Prozent reduzieren, womit das Inflationsgefälle zu den wichtigsten Handelspartnern praktisch beseitigt werden soll.

HAKO / Hälfte des Umsatzes durch Auslandsgeschäfte

Engagement in USA erweitert

JAN BRECH, Hamburg

Die Hako-Werke GmbH & Co. Bad Oldesloe, die zu den führenden europäischen Herstellern von Maschinen für die Gebäudereinigung und Grundstückspflege zählen, haben ihr Engagement in den USA wesentlich erweitert. Wie die Geschäftsleitung mitteilt, hat die amerikanische Tochtergesellschaft Hako Minuteman Inc., Illinois, die weltweiten Aktivitäten der Firmen-Gruppe Multi Clean von dem Chemiekonzern H. B. Fuller erworben. Die Hako-Gruppe verfügt nunmehr über ein komplettes Maschinenprogramm und rückt auf dem US-Markt zu einem führenden Anbieter von Reinigungsanlagen auf.

Durch den Erwerb dürfte Hako in den USA in eine Umsatzgröße von gut 70 Mill. DM wachsen. Die 1980 erworbene Tochter Hako Minuteman, die Hako-Produkte vertreibt, setzt in diesem Jahr etwa 30 Mill. DM um. Für

Multi Clean mit Tochterunternehmen in Kanada, Australien und Japan wird ein Geschäftsvolumen von 40 Mill. DM angegeben.

Multi Clean mit Sitz in Minnesota verfügt nach Angaben von Hako über ein Programm von Maschinen für die Reinigung von Hartböden und Teppichen im gewerblichen Bereich sowie über eine Palette chemischer Produkte für die Reinigung und Pflege von Fußböden. Der Chemiekonzern Fuller habe sich von der erfolgreichen Tochter getrennt, um die Aktivitäten auf die Hauptproduktlinien Klebmittel zu konzentrieren.

Das Auslandsgeschäft hat die Expansion bei den Hako-Werken bereits in den vergangenen Jahren bestimmt. Von fast 150 Mill. DM Umsatz im letzten Jahr entfielen gut die Hälfte auf das Auslandsgeschäft. Schwerpunkte sind neben den USA, Japan, England und Frankreich.

Daß die Eidgenossen

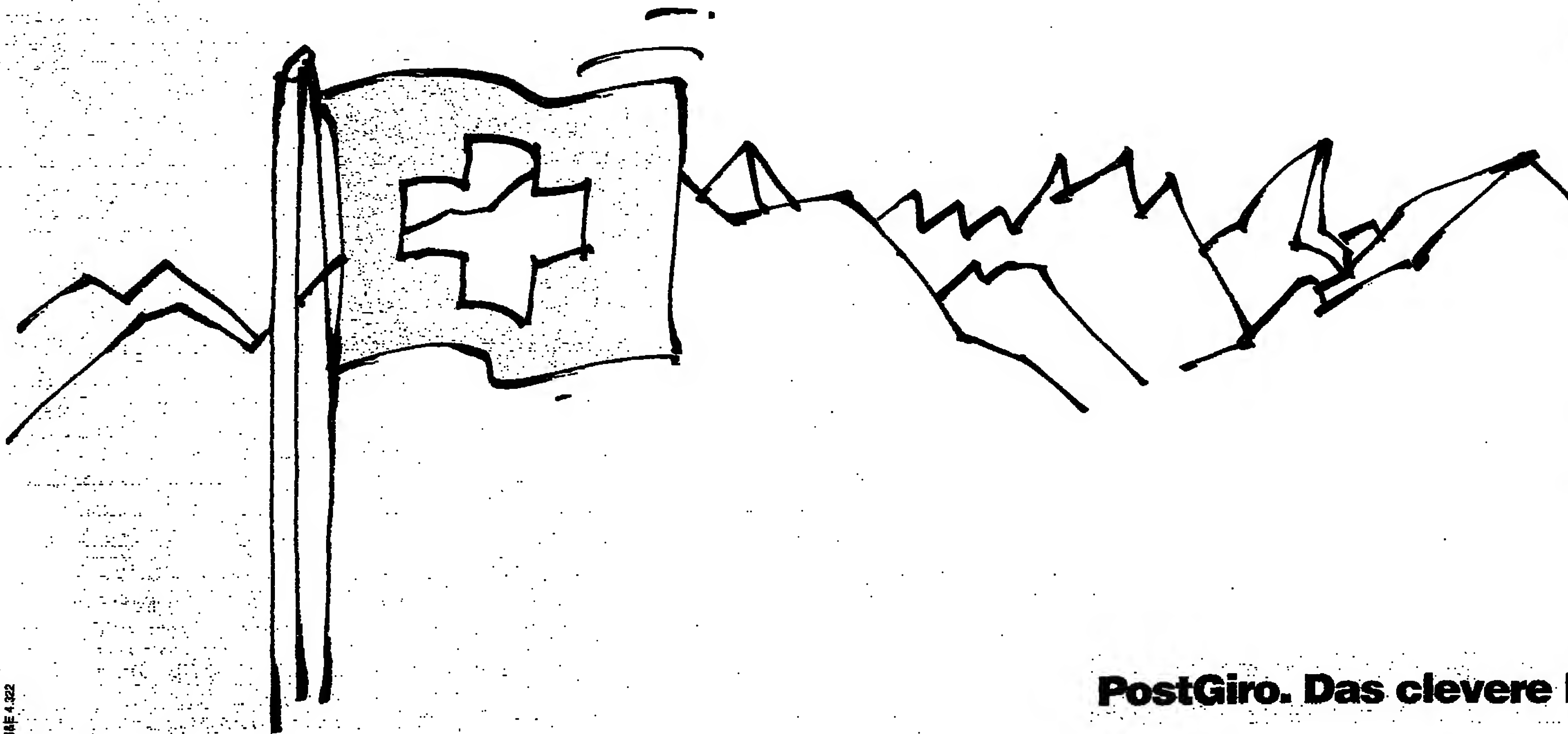
besonders viel vom Geldverkehr verstehen,

steht wohl außer Frage.

Erkennen kann man es auch daran,

daß sie PostGiro viel intensiver einsetzen

als die Bundesbürger.



Mit einigem Recht gelten Schweizer als kühle Rechner, und ganz offensichtlich sind sie auch sehr anspruchsvoll. Mit ihrem Postgirokonto nutzen sie ein Konto, das im Zahlungsverkehr perfekt alle Aufgaben erfüllt und obendrein auch noch größte Bequemlichkeit bietet. Auf hundert Schweizer kommen dreimal soviel Postgirokonto wie auf hundert Bürger nördlich des Bodensees.

In dieser Feststellung steckt schon der Vorschlag: Machen Sie's den Schweizern nach! Dann haben Sie viele Vorteile. Das Postgirokonto ist ein ausschließlich auf den Zahlungsverkehr spezialisiertes Konto. Es gibt im Zahlungsverkehr nichts, was dieses Konto nicht kann. Um Aufträge zu erteilen, genügt der kurze Weg zum nächsten Briefkasten. Das macht das Postgirokonto zu einem sehr bequemen Konto.

Nach jeder Kontobewegung kommt ausnahmslos der Tagesauszug sofort ins Haus. Das macht das Postgirokonto zu einem sehr übersichtlichen Konto. Natürlich können Sie von diesem Konto auch Bargeld abheben.

Wenn Sie diese umfangreichen Leistungen in Vergleich setzen zu den niedrigen Kontoführungsgebühren, dann werden Sie mit Ihrer Entscheidung für das Postgirokonto überaus zufrieden sein. Und mehr wollen wir eigentlich auch nicht.

PostGiro. Das clevere Konto.

Post

HOLZMANN / Ende der hohen Zuwächse in Sicht

Auftragsbestand gesunken

INGE ADHAM, Frankfurt
Die ungünstige konjunkturelle Lage auf dem inländischen Bauplanungs- und dem abnehmenden Rückgang im Auslandsgeschäft gebieten eine vorsichtige Beurteilung der Situation, schreibt der Vorstand der Philipp Holzmann AG seinen Aktionären im Zwischenbericht für dieses Jahr. Freilich winkt den Aktionären, die für 1983 mit 10 DM Dividende plus 1 DM Bonus je 50-DM-Aktie bedacht worden waren, noch ein befriedigendes Gesamtergebnis. Denn bei dem Frankfurter Baukonzern war ein hoher Auftragsbestand in das Jahr 1984 übernommen worden, und die Bauleistung in den ersten zehn Monaten liegt mit 8182 (i. V. 5688) Mill. DM um 8,7 Prozent über dem Vorjahresstand (im Konzern).

Davon entfallen 4220 (3920) Mill. DM auf das Ausland, worin sich besonders die Abwicklung großer Saudi-Arabien-Aufträge niederschlägt. Im Inland fällt die Leistungssteigerung mit plus 11,6 Prozent auf 1962 (1758) Mill. DM noch deutlicher aus. Die Entwicklung der neuen Aufträge signalisiert jedoch ein Ende der hohen Zuwächse.

Im Inland blieben die Neuaufträge nur gut ein Fünftel unter dem Vorjahresstand, eine Folge der schwächer gewordenen Baukonjunktur. Aus dem Ausland nahm Holzmann aber 34 Prozent mehr neue Aufträge herein als im (schwachen) Vorjahr. Dies ist jedoch allein Folge der gestiegenen Baunachfrage in den USA, im übrigen Ausland bröckelten die Aufträge ab.

Nach den ersten neun Monaten dieses Jahres macht der Auftragsbestand im Konzern damit 7790 (8844) Mill. DM aus, knapp 12 Prozent weniger als der entsprechende Vorjahresstand. Dabei fiel der Rückgang im Inland mit 14,7 Prozent auf 1859 (2179) Mill. DM weitaus kräftiger aus als beim Auslandsbestand (minus 11 Prozent auf 5931 Mill. DM), denn der Auftragsbestand bei den amerikanischen Beteiligungsgesellschaften ist weiter gestiegen. Im Inland beschäftigte der Konzern Ende September 14 800 Mitarbeiter (minus 6 Prozent), im Ausland nur noch 19 200 (minus 17,6 Prozent), da mehrere Projekte in Saudi-Arabien auslaufen sind und in Nigeria eingeschränkt wurden.

MÜNCHENER RÜCK / Durch Verbesserung der Kapitalerträge mußte „nichts aus dem Regal genommen werden“

Höheren technischen Verlust gut verkräftet

DANKWARD SEITZ, München

An der Tendenz hat sich nichts geändert: Schon seit Jahren stehen die Rückversicherer auf fast allen Märkten unter Druck, wobei die gleichmäßige Verteilung des internationalen Geschäfts dafür sorgt, daß sich keine der großen Gesellschaften dieser Entwicklung entziehen kann. So mußte auch die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, trotz aller Sanierungsmaßnahmen im Portefeuille im Geschäftsjahr 1983/84 (30.6.) eine weitere Verschlechterung ihres versicherungstechnischen Ergebnisses um 61 Mill. auf 431,3 Mill. DM hinnehmen.

Erstaunlich ist jedoch, daß jetzt beim Vorstandsvorsitzenden Horst K. Jannott wenigstens ein leichter Stimmungswandel bei der Interpretation dieses Ergebnisses festzustellen ist. Während er in den Vorjahren seiner Bewertung immer nur diesen Bereich zugrunde legte, bezog er diesmal – ohne damit einer rein umsatzorientierten, risikoreichen Geschäftspolitik das Wort reden zu wollen – das allgemeine Geschäft mit ein, wenn er

sagt, daß man „mit 1983/84 gut fertig geworden“ ist. Und in der Tat, dann sieht es bei der Münchener Rück wahrlich nicht schlecht aus.

Allein der erneut erheblichen Verbesserung der Kapitalerträge verdankt man es, wie Jannott es formuliert, daß „nichts aus dem Regal genommen werden mußte, sondern so gut wie alles reingestellt werden konnte“. So war es möglich, den Schwankungsrückstellungen diesmal 34 (29) Mill. DM und den Schadensrückstellungen gar 50 (25) Mill. DM zuzuwenden. Unter dem Strich bleibt dennoch ein auf 44,2 (35,2) Mill. DM gestiegener Jahresüberschuß, aus dem der Hauptversammlung am 7. Dezember die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von neun DM je 50-DM-Aktie auf das voll dividendenberechtigte erhöhte Grundkapital von 475 (377) Mill. DM vorgeschlagen wird. Großaktionäre sind die Allianz Versicherungs-AG, München, mit 25 Prozent und die Commercial Union Assurance Comp. Ltd., London, mit fünf Prozent.

Das erneut brutto wie netto mode-

rate Beitragswachstum von etwas über vier Prozent begründete Jannott mit verstärkter Selektion. Sowohl im Inland, das eine Zuwachsrate von 4,4 (5,3) Prozent brachte, als auch im Ausland (3,3 nach 4,1 Prozent) seien zum einen Verträge gelöst worden – allein im Feuerbereich waren es über 117 Mill. DM. Zum anderen habe man im Neugeschäft „Qualität vor Quantität“ gesetzt. Dabei wäre das Wachstum mit 2,4 Prozent noch geringer ausgefallen, wenn nicht die niedrigere DM-Bewertung gegenüber dem US-Dollar das Auslandsvolumen (Umsatzanteil 47 Prozent) positiv beeinflusst hätte.

Für 1984/85 rechnet Jannott erneut mit einem Umsatzplus von etwa 400 Mill. DM. Das versicherungstechnische Ergebnis werde nicht verbessert werden können, obwohl die Zahl der Größtschäden – im vergangenen Jahr mußten 22 solcher Fälle mit „weit über 440 Mill. DM“ reguliert werden – sich wieder „normalisiert“ hat. Diese Normalität habe aber die Münchener-Hagel-Katastrophe wie-

der total verhegelt. Sie wird einiges mehr als 100 Mill. DM erfordern und damit der zweitgrößte Schaden für die Münchener Rück in den letzten 30 Jahren sein. Insgesamt aber dürfe, so Jannott, bei „deutlich zunehmenden Kapitalerträgen“ ein guter Jahresüberschuß erreicht werden, der es erlaube dürfte, den Dividendensatz von 18 Prozent aufrecht zu erhalten.

Münchener Rück	1983/84	±%
Brutto-Prämie (Mill. DM)	10 629	+ 4,1
Auslandsanteil (%)	47,5	unver.
Netto-Prämie ¹⁾	8909	+ 4,8
Selbstbehalt (%)	97,9	(97,2)
Anf.w./Vers.-Fälle	0101	+ 9,8
Verz.techn. Ergebnis ²⁾	- 486	(- 400)
Kapitalanlagen ³⁾	11 283	+ 11,4
Kapitalerträge ⁴⁾	889	+ 17,8
la % der Netto-Prämie	1983/84	1982/83
verz.techn. Ergebnisse	- 5,3	- 4,3
Verz.techn. Rückst.	198,1	198,3
Garantiemittel	208,9	195,9
Betriebskosten	2,3	2,1
Eigenkapital	10,8	9,6

¹⁾ Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; ²⁾ nach Zuführung von 24,3 (29,2) Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen und von Abzug d. Aufwand f. eig. Verw.; ³⁾ ohne Depotforderungen; ⁴⁾ netto.

HEIMSTATT

Bauspargeschäft zufriedenstellend

Ein zufriedenstellendes Geschäft erwartet die Heimstatt Bausparkasse AG, München, 1984. Per Ende Oktober ergab sich, wie Vorstandssprecher Gottfried Hofmann vor der Presse mitteilte, ein Abschlußvolumen von rund 600 Mill. DM. Die Zuwächse betragen rund 10 Prozent bei der Vertragszahl und rund 2 Prozent in der Bausparsumme, nach Steigerungen von etwa 8 bzw. 4 Prozent 1983. Angesichts der erwarteten Entscheidung über die Rückführung der gesetzlichen Bindefrist von 10 auf 7 Jahre bei der Bausparförderung sei aber wieder mit einem anziehenden Jahresabschlußgeschäft zu rechnen. Als sehr erfolgreich bezeichnete Hofmann den im Herbst 1982 neu eingeführten Plus-Tarif, mit dem man das Tarif-Wirrwarr beendet habe. Rund 80 Prozent des Neugeschäfts entfielen bereits darauf. Mit diesem Tarif werden dem Bausparer mehrere Kombinationsmöglichkeiten angeboten, ohne daß sich aber der Kunde bei Vertragsabschluß auf eine bestimmte Form festlegen muß.

BORCO-MARKEN-IMPORT / VAT 69 reaktiviert

Erfolg mit breitem Sortiment

J. BRECH, Hamburg

Die Whisky-Marke VAT 69, die in den sechziger Jahren den deutschen Markt mit anführte, soll wieder reaktiviert werden. Die schottischen Hersteller Distillers Comp. Ltd. haben den Alleinvertrieb Mitte dieses Jahres dem Hamburger Spirituosenhaus Borco-Marken-Import Mathiesen & Co. KG übertragen. Preislich bei 20 DM angesiedelt, soll die Marke, deren Absatz auf weniger als 500 000 Flaschen abgerutscht ist, wieder in die Spitzenregion bei den „Standard“-Sotches geführt werden.

Für das kommende Jahr streben die „geschäftsführenden“ Gesellschafter, Uwe und Jutta Mathiesen, einen Absatz von wieder mehr als 1 Mill. Flaschen an. Damit wäre auch, so Uwe Mathiesen, das seit Jahren mit zweistelligen „Zuwachsraten“ anhaltende Wachstum der Firma gesichert. Die Borco-Marken-Import, über deren geschäftliche Entwicklung Mathiesen jetzt zum ersten Mal Angaben gemacht hat, dürfte mit einem Gesamtumsatz von 16 bis 17 Mill. Fla-

schen und einem Umsatz von 150 bis 160 Mill. DM zu den größten Spirituosen-Importhäusern in der Bundesrepublik gehören.

Das 1948 in Hamburg gegründete Unternehmen hatte Anfang der siebziger Jahre die eigene Spirituosenherstellung aufgegeben und sich auf den Vertrieb ausländischer Markenspirituosen spezialisiert. Mit rund 35 Marken zählt das Sortiment zu den breitesten in der Branche.

Das zügige Wachstum in den vergangenen Jahren führt Mathiesen auf die hohe Flexibilität im Unternehmen und den auf alle Trends abgestimmten Sortiments-Mix zurück. Während andere Unternehmen das Programm gestrafft hätten, habe Borco das Angebot ständig erweitert. 12 Marken des Hauses seien heute in ihren Segmenten die Nummer eins oder zwei am Markt. Das größte Volumen erreicht dabei die Bourbon-Marke Pennypacker mit rund 1,2 Mill. Flaschen. Im Hamburger Betrieb werden 50 Prozent der 7 bis 8 Mill. Flaschen selbst abgefüllt.

Verzehr von Fleisch und Wurst steigt

DW, Frankfurt

Mit einem Fleisch- und Wurst-Verzehr von rund 91 Kilogramm werden die Bundesbürger in diesem Jahr nach Einschätzung des Deutschen Fleischer-Verbandes, Frankfurt, ihren Verbrauch gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um noch einmal 2,5 Kilogramm steigern. Gleichzeitig werde ein Arbeitnehmer-Haushalt mit mittleren Einkommen (vier Personen) im laufenden Jahr nur 5,7 Prozent des Budgets für solche Erzeugnisse aufwenden. Dieser Anteil habe sich in den letzten zwanzig Jahren (damals 9,7 Prozent) kontinuierlich verringert.

Der vermehrte Appetit der Verbraucher auf Fleisch und Wurst konnte allerdings nicht verhindern, daß die Fleischer-Fachgeschäfte über einen steigenden Wettbewerbsdruck durch Groß- und Supermärkte klagen. Jeder zweite Betrieb berichte, so der Fleischer-Verband, von Umsatz-einbußen zwischen drei und 15 Prozent. Die Fachgeschäfte versuchten dieser Entwicklung mit regelmäßigen Sonderangeboten zu begegnen.

NEBENBAHNEN / In den Ertragsrechnungen klaffen große Lächer

In Fahrtrichtung totes Gleis

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die nicht bundeseigenen Eisenbahnen, die sich größtenteils in privatem Besitz befinden oder unter der Obhut von Kommunen oder Ländern stehen, sind in akuter Gefahr, wirtschaftlich aufs tote Gleis zu fahren. Zynismus der Situation: Von Bundeseite laufen Bemühungen, die nichtrentablen Strecken der Deutschen Bundesbahn den einem Stillstand immer näher fahrenden Nebenbahn-Betrieben aufzuden zu wollen.

„Es geht ums schlichte Überleben, wir haben keine Luft mehr“, beschreibt Manfred Aschpalt, Leiter der Direktion der zur AgV-Gruppe gehörenden Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft mbH (WEG), Stuttgart, die miserable wirtschaftliche Lage seines Unternehmens und die anderer Nebenbahnen. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik noch 114 Nebenbahn-Betriebe des öffentlichen Verkehrs; daneben existiert noch eine Reihe von Betrieben des nichtöffentlichen Verkehrs (Werksverkehr)

mit einer Gleislänge von 4870 km (Stand Ende 1983). Sie beförderten im vergangenen Jahr auf der Schiene 59 Mill., per Bus auf der Straße 450 Mill. Personen. Hinzu kommt der Güterverkehr mit 419 Mill. Tonnen.

Allen gemeinsam ist, daß sie mehr oder minder in roten Zahlen herumkriechen, eine Situation, die sich erheblich verschärft hat, seit Bonn aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die Gasöl-Betriebsbeihilfe gestrichen hat und auch die Ausgleichszahlungen für die Schwerbehinderten-Freifahrt eingestellt wurden. Seitdem klaffen noch größere Lächer in den Ertragsrechnungen der Gesellschaften, die in der Verkehrsbedienungs abseits der großen Verkehrsströme gelegener Regionen eine wichtige und kaum zu ersetzende Funktion wahrnehmen.

Im Falle der WEG beispielsweise, die im Landesteil Württemberg neun Eisenbahnen mit einer gesamten Streckenlänge von 133 km betreibt, entsteht durch den seit Mitte 1983

wirksamen Fortfall der Gasöl-Betriebsbeihilfe jährlich ein Verlust von 0,6 Mill. DM. Dieser wäre nur durch eine acht- bis zehnprozentige Tarifierhöhung auszugleichen, die aber nicht durchsetzbar sei.

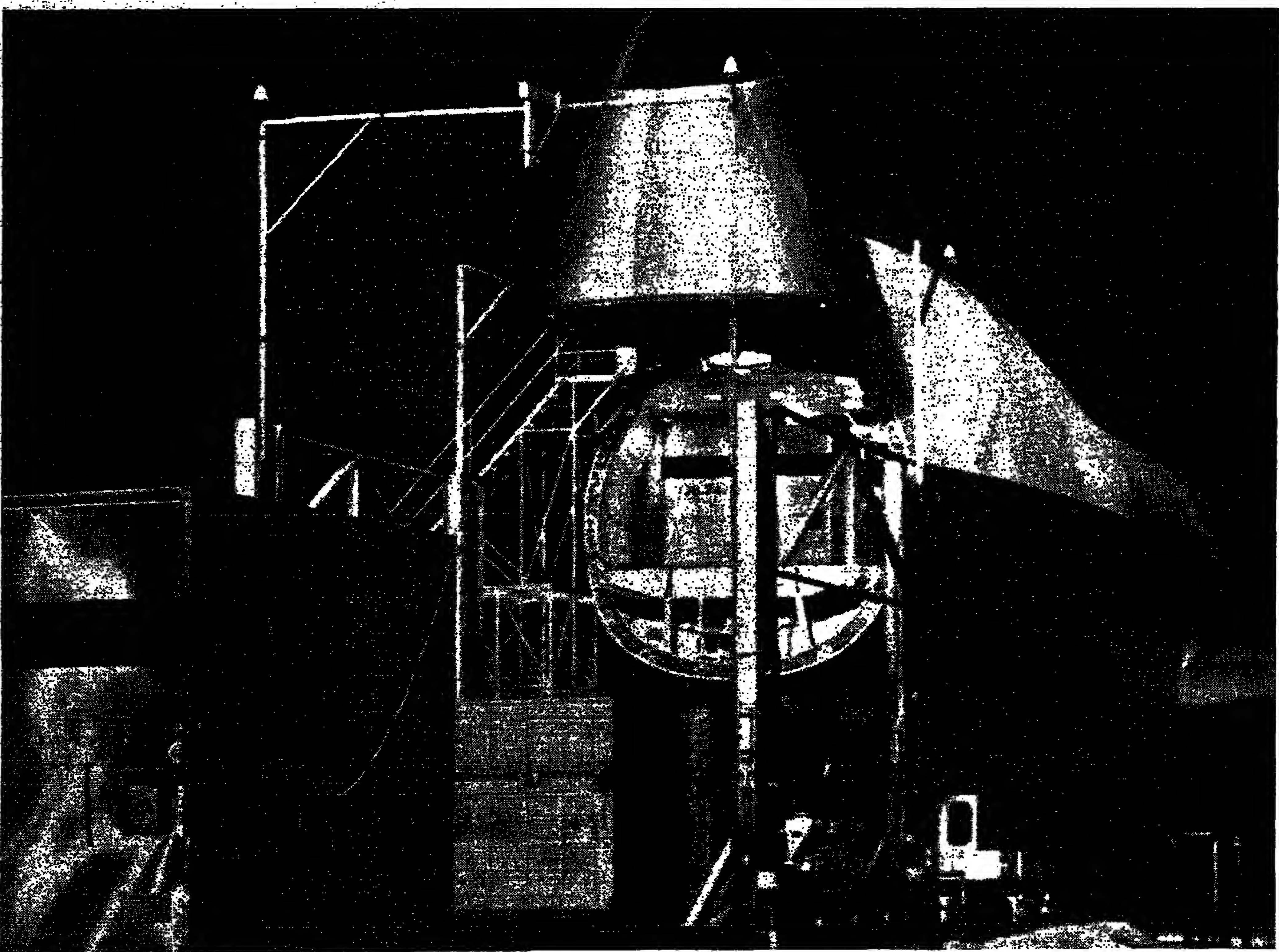
Überdies besteht aufgrund der vereinfachten Betriebsstruktur – es wurde auf Einmann-Fahrbetrieb umgestellt – praktisch kein weiterer Raum für Rationalisierung mehr. Was bleibt, um nicht sofort in die Pleite abzurutschen, sei Substanzverzehr, sagt Aschpalt. Es werden also weitere Strecken stillgelegt und das aus Grundstücksverkäufen hereinkommende Geld zur Schließung der größten Lücken verwendet.

Die WEG, die insgesamt 228 (Vorjahr: 240) Beschäftigte zählt, verbuchte 1983 einen Umsatzrückgang von 2,7 Prozent auf 13,8 Mill. DM, wovon 7,9 Mill. DM auf den Kraftverkehr entfielen. Unter dem Strich stand ein Jahresfehlbetrag von 0,13 (0,14) Mill. DM. Das Stammkapital beträgt 3,6 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Winter International GmbH; MT-Projekt-GmbH & Co. KG; Essen: BVG Baustoffvertriebsge. mbH; Gelsenkirchen: Gebr. Niermann, Heinz, Hermann u. Bernhard Quilling Gt. Niermann GmbH; Hamburg: Hanseatische Recycling GmbH; KG i. UVG Müllabfuhr Uhlir GmbH & Co.; Carl Essmann & Co. GmbH; Kassel: Klaus Hommen, Friseur; Köln: CFG Luftfahrtunternehmen GmbH; Lübeck: Marcus Mattheus Cornelis Janssen, Radler, Inh. d. Musikboutique Marcus M.C. Janssen; Neustadt: Hermann Wessarg, Kleider- u. Fugenbau, Garsten 4; Norden: Klaus Zicke, Kaufmann, Inh. d. Filmtheater-Betriebe; Wilhelm: Tankbau Wilhelm GmbH; Würzburg: HEHA-Plast Hermann & Haubner GmbH & Co. KG; Gießen: Bavaria-Yachting GmbH & Co. KG; Gießen: Wappertal; Hans W. Oberste-Lehn Transportge. mbH, Velbert i. Betonstahl Handel GmbH, Haan/Rhld. Ansbach-Konkurs eröffnet: Bielefeld: Eugen Weiser & Co. KG; Köln: Suchanek & Cremer Damenoberbekleidung GmbH; Stuttgart-Bad Cannstatt: Elise Münch, Inh. d. Emil Münch, Bauunternehmung; Völklingen: Brose Werkzeugmaschinen GmbH & Co. KG, Püttlingen. Vergleich eröffnet: Wuppertal: Conze & Schmid, Velbert i. Vergleich beauftragt: Karlsruhe: Bau- u. Brandschutz GmbH, Unternehmen f. vorbeugenden Brandschutz u. Wärmedämmung.

Ihr Vorteil: Sie starten durch. Wir finanzieren den Schub. mietfinanz.



Nutzen Sie die Gunst der Stunde. Die Erfolgreichen der Wirtschaft starten durch. Starten Sie mit! Mit unternehmerischem Mut. Und mit neuen Konzepten: Mietfinanzieren Sie Ihre Investitionen. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

mietfinanz heißt Know-how. In Investitionsfinanzierung und vielem anderen. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz bietet dabei Vorteile, die Ihnen gerade jetzt Pluspunkte im Wettbewerb verschaffen: solide Kalkulation, über die gesamte Laufzeit fest vereinbarte Mietraten, überschaubare Risiken, maßgeschneiderte Anpassung an Ihre individuellen Bedürfnisse.

mietfinanz. Ihrer Erfahrung, ihrem Wissen und ihrer Flexibilität vertrauen viele in der Wirtschaft. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist Ihr Vorteil. **mietfinanz**. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 310 31, Telex 856 755

JUDO / Die Damen kämpfen um Olympia-Start

Per Autotelefon mit dem IOC in Mexiko verhandelt

OLAF BROCKMANN, Wien. Mit Leichtigkeit könnten die Judo-Damen die alten Herren des Olympischen Komitees (IOC) auf's Kreuz legen. Doch am liebsten nähmen Vize-Weltmeisterin Barbara Claßen (Grenzach-Wyhlen) und ihre Kameradinnen den IOC-Präsidenten Antonio Samaranch in den Würgegriff, und zwar so lange, bis dem Spanier die Luft ausgeht und er sein Ja-Wort stammelt; eben die Zustimmung für die Aufnahme des Frauen-Judo ins olympische Programm für die Spiele 1988 in Seoul.

Nach Ansicht von Heinz Kempa (DDR), dem Generalsekretär des Judo-Verbandes, hängt in dieser Frage alles von Samaranch ab. „Wenn der sich stur stellt, können wir nichts machen“, erklärte er. Und Samaranch war es auch, der die Tür zum olympischen Programm für die weiblichen Judo-Kämpferinnen geöffnet hat, nachdem sie in Los Angeles bereits zugesagt worden war. In einem Gespräch mit Kurt Kucera, dem Europapresidenten, hatte der Spanier versichert, das Thema werde noch einmal erörtert und erst Ende November in Lausanne endgültig entschieden.

Mit einem Kompromissvorschlag hatte der Österreicher bei Samaranch bewirkt: Der IOC-Präsident hatte sich wegen einer Aufblähung des olympischen Programms gegen das weibliche Geschlecht gewehrt. Doch der Weltverband reagierte. Von 1985 an werden die Kampfteile im Halbfinale und Finale statt sieben nur noch fünf Minuten betragen. Außerdem schlug Kucera vor, das olympische Turnier der Männer zu verkleinern (nur noch 32 Starter pro Klasse), dafür aber 16 Damen in jeder Gewichtsklasse aufzunehmen. Die Dauer des Judo-Programms bliebe die gleiche. Die einzigen schwerwiegenden Argumente von Samaranch waren damit entkräftet.

Kurt Kucera läßt nichts unversucht, seine Mädchen bei Olympia an den Start zu bringen. Während der Weltmeisterschaften in Wien suchte

er ständig den Kontakt mit Samaranch, der bei einer IOC-Tagung in Mexiko-Stadt weilte. In langen Übersee-Gesprächen versuchte Kucera den Spanier zu überzeugen. Beinahe grobtest dabei war diese Situation: Während eines Heurigen-Abends für die Offiziellen der Judo-Weltmeisterschaften im Weinort Grinzling sprach Kucera gar durch ein Autotelefon von Stadtsportrat Mrkvicica mit dem Sekretär von Samaranch.

Der Erfolg trieb den Österreicher zu diesem ungewöhnlichen Schritt. Die Judo-Frauen hatten in Wien die Auflagen des IOC erfüllt: zum drittenmal wurden Weltmeisterschaften ausgetragen und mit 161 Teilnehmerinnen aus 33 Ländern wurde die geforderte Internationalität bei weitem übertroffen. „Jetzt gibt es keine stichhaltigen Argumente mehr gegen uns“, sagte Kucera.

Die weiblichen Judo-Kämpferinnen beim Abschlussspektakel im Wappensaal des Wiener Rathauses Grund zum Feiern. Das sportliche Niveau ist erneut deutlich gestiegen: höhere Aggressivität und größere Schnelligkeit, bessere Technik und Taktik. „Wir gehören zur olympischen Familie“, forderte deshalb auch die Belgierin Ingrid Berghmans selbstbewusst. Sie, die mit ihrem Finalsieg über Barbara Claßen zum drittenmal den Titel in der All-Kategorie gewonnen hatte, ist die Größte im Judo-Lager der Damen. Schon jetzt bereitet sich das blonde Mädchen aus Brüssel fast profimäßig auf eventuelle olympische Lorbeeren vor. Als Angestellte eines Judo-Zentrums hat sie auch alle Möglichkeiten.

Die deutschen Damen sind dagegen noch lupenreine Amateure. Ihr Abschneiden bei der WM war entsprechend, denn die anderen sechs Mädchen neben Barbara Claßen schieden vorzeitig aus. Frauen-Wartin Hannelore Schreiner (Saarlouis) forderte denn auch im Hinblick auf Olympia Konsequenzen: „Wenn wir den Anschluß zur Spitze nicht verlieren wollen, dürfen wir nicht so amateurhaft arbeiten. Wir benötigen dringend einen hauptamtlichen Trainer.“

LEICHTATHLETIK / Die große Hilfsaktion der Schweizerin Cornelia Bürki

Zola Budd: Endet die Odyssee der Südafrikanerin nun sogar in Zürich?

KLAUS BLUME, Bonn/Zürich

Das ist die Geschichte einer Odyssee der südafrikanischen Weltrekordläuferin Zola Budd (18). Die barfuß von Rekord zu Rekord strebende Ausnahme-Athletin kam im Frühjahr dieses Jahres auf Initiative der englischen Zeitung „Daily Mail“ und der amerikanischen Sport-Werbeagentur McCormick mit ihren Eltern nach London. Dort erhielt sie innerhalb kürzester Zeit einen englischen Paß, so daß sie bei den Olympischen Spielen in Los Angeles als britische Staatsangehörige an den Start über 3000 m gehen konnte.

In diesem Rennen kam es zu einer unbeabsichtigten Rempellei zwischen Zola Budd und der von ihr verehrten amerikanischen Favoritin Mary Decker. Die Amerikanerin kam zu Fall, verlor damit die schon sicher geglaubte Goldmedaille und beschimpfte die Südafrikanerin anschließend in der Öffentlichkeit.

Zola Budd kehrte nach England zurück, verstört, verängstigt, verzweifelt. Denn in den englischen Zeitungen fand eine Kampagne gegen sie statt, in der immer wieder darauf hingewiesen wurde, sie solle Großbritannien wieder verlassen. „Zola go home“, schrieb der „Daily Express“. Als ihre Eltern nach fast 30-jähriger Ehe obendrein die Scheidung einreichten, brach für Zola Budd eine Welt zusammen. Sie verließ England und versteckte sich mit ihrer Mutter in der Nähe von Stellenbosch in Südafrika auf der Farm von Freunden.

Die Schweizer Läuferin Cornelia Bürki, eine gebürtige Südafrikanerin, kennt Zola Budd von ihren Trainingsaufenthalten in ihrer alten Heimat seit vielen Jahren. Cornelia Bürki zur WELT: „Ich traf sie in Los Angeles vor dem Start zum 3000-m-Finale. Es war nicht mehr das lustige, so kindliche Mädchen, das ich in Südafrika kennengelernt hatte. Zola stand ganz verloren und allein in der englischen Mannschaft da. Und so habe ich mich um sie gekümmert. Sie erzählte mir,

sie wolle weg aus England, sie habe schon öfters ihre Koffer gepackt, um einfach auszureißen. Doch ihr Exklusivvertrag mit der englischen Zeitung „Daily Mail“ ließ das nicht zu.“

Als Zola Budd nun nach Südafrika zurückkehrte, rief Cornelia Bürki die Freundin an. Sie unterbreitete ihr den Vorschlag, sich künftig bei ihr in Rapperswil in der Schweiz niederzulassen, um endlich zur Ruhe zu kommen. Cornelia Bürki: „Sie war im Moment richtig überfordert. Kein Wunder, denn sie hat in letzter Zeit so vielen falschen Freunden vertraut und sich dabei selber aus den Augen

verloren. Ich habe ihr gesagt, laß dir Zeit und wäge alles genau ab. Ich schlage dir vor, am 30. Dezember beim traditionellen Silvesterlauf in Zürich zu starten, dann können wir alles Endgültige beraten.“

Eine Südafrikanerin mit britischem Paß, die künftig die Schweizer Staatsangehörigkeit besitzen wird? „Warum nicht“, sagt Cornelia Bürki. Und über die Zukunft ihrer südafrikanischen Freundin in der Schweiz sprach Cornelia Bürki mit Res Brigger, dem Chef des berühmten Zürcher Sportfestes. Brigger, Direktor einer renommierten Schweizer Ver-

seicherung, hat sich bereit erklärt, Zola Budd in seinem Unternehmen unterzubringen. Cornelia Bürki: „Wenn sie mit Schweizern zusammenarbeitet, lebt sie ja nicht mehr so isoliert wie im Sommer in London. Gleichzeitig sollte Zola dann in Zürich Deutsch-unterricht nehmen.“

Cornelia Bürki, die seit 14 Jahren in der Schweiz lebt und beim olympischen 3000-m-Lauf in Los Angeles den fünften Platz belegte, ärgert sich vor allem darüber, daß alle jene, die einst in England mit Zola Budd ihre Geschäfte machten, sie nach dem Debakel von Los Angeles schmachhaft im Stich gelassen haben.

Cornelia Bürki: „Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit, wenn die „Daily Mail“ heute behauptet, es habe keine Verbindung zwischen ihr und der Familie Budd gegeben. Ich selbst war doch in Südafrika dabei, als sich die Redakteure dieser Zeitung drei Wochen lang von früh bis spät um die Vermarktung von Zola Budd bemüht haben.“

Es sei auch nicht wahr, daß Zola Budd ein Verhältnis mit ihrem Trainer Peter Lambuschage gehabt habe. Cornelia Bürki: „Zola hat in Südafrika einen 18-jährigen Jungen zum Freund. Sie hat sich auch niemals, wie jetzt überall zu lesen war, von ihrem Trainer getrennt.“

Daß sie zum Spielball der Verbände und Geschäftemacher geworden ist, habe Zola Budd tief verletzt. Cornelia Bürki sagt: „Aber noch viel mehr hat es sie getroffen, daß die Ehe ihrer Eltern nach fast 30 Jahren Bestand deshalb auseinandergegangen ist. Zola macht sich ungeheure Vorwürfe, sie sei am Auseinanderbrechen ihrer Familie ausschließend und ganz alleine schuld. Was sie jetzt braucht, ist viel Ruhe und Zuspruch von wirklichen Freunden.“

Der südafrikanische Verband hat ihr zumindest Ruhe zugesichert - drei Monate hat sie Bedenkzeit, für wen sie künftig starten will.



Weltrekordläuferin Zola Budd aus Südafrika: Nachdenken über eine ungewisse Zukunft. FOTO: UPI

STANDPUNKT

Holmes – ein Opfer seiner Siege

Der Mann ist ein Siegertyp. Zum 46. Mal ist Larry Holmes als Sieger aus dem Ring geklettert. Noch drei Siege mehr, dann wird er einen Rekord brechen, den immer noch Rocky Marciano hält.

Marciano war der bislang der letzte amerikanische Schwergewichtsweltmeister weißer Hautfarbe und stets darauf bedacht, nicht als „dummer Faustkämpfer“ belächelt zu werden. Deshalb bildete er sich und trat rechtzeitig als ungeschlagener Meister zurück, nachdem er es zu Wohlstand und Ansehen gebracht hatte. Rocky Marciano starb 46-jährig bei einem Flugzeugabsturz. Ein Schicksal wie es vielen seiner Vorgänger und Nachfolger erspart blieb. Vielleicht, weil er nicht alt genug wurde - vielleicht, weil er stets vorgebeugt hatte.

Larry Holmes, der Mann, der Marcianos Rekord brechen will, weiß um die Gefahren des Boxsports. In seinem Alter sei selbst gegen schwächere Boxer das gesundheitliche Risiko zu groß, sagte er schon vor zwei Jahren. Nach 41 Profikämpfen, als ungeschlagener Weltmeister aller Klassen, als angesehener Geschäftsmann und anerkannter Nachfolger von Muhammad Ali hätte er sich aus diesem zweifelhaften Geschäft zurückziehen können. Etwas Leichtes zum Abschied - wünschte er sich 1982. Einen letzten Kampf.

Fünf hat er seitdem bestritten und er kommt immer noch nicht davon los. „Ich kämpfe nur noch wegen des Geldes“, beruhigt sich der Weltmeister, der inzwischen für den obskuren Verband Internationale Box-Federation (IBF) kämpft und Gegner mit ominösem Ruf wählt wie zuletzt James „Knochenbrecher“ Smith.

Larry Holmes hat den Absprung verpaßt. Ein Rekord-Sieger will er werden. Wahrscheinlich wird er nur die Rekordliste derjenigen verlängern, die ein Opfer ihrer Siege wurden.

FUSSBALL / Hohngelächter für den deutschen Meister VfB Stuttgart

Herzklopfen der Funktionäre vor dem Spiel gegen den Hamburger SV

MARTIN HÄGERLE, Stuttgart

Die Zeitung hat Karl-Heinz Förster gestern morgen recht schnell aus der Hand gelegt. „Ein Stück aus dem Tollhaus“ („Stuttgarter Zeitung“), „Der VfB im Tiefschlaf - Deutscher Meister ha-ha-ha“ („Stuttgarter Nachrichten“) oder der Max-Merkel-Verrück in „Bild“, nein danke, mit alledem wollte sich der Kapitän des VfB Stuttgart nicht den Appetit beim Frühstück vergällen lassen.

Man sollte nicht zu viel Negatives lesen“, hat Karl-Heinz Förster dann zu sich gesagt, zu Trainingsanzug und Turnschuhen gegriffen. In frischer Waldluft unter strahlender Herbstsonne hat er versucht, sich beim Joggen „von dieser schlimmen Enttäuschung freizumachen“. Förster: „Das 3:4 in Schalke war ein schwerer Schlag. Aber wir müssen diesen Samstag vergessen - sonst brauchen wir gegen den HSV erst gar nicht einzulaufen.“

Die Neuauflage jenes Spiels, das einst im Mai dem VfB Stuttgart die Meisterschaft beschert hat. Doch auch den Gedanken an den schönsten Tag in seinem Leben verdrängt Karl-Heinz Förster. Das ist ein Blatt irgendwo weit hinten in seinem Al-

bum, Vergangenheit. „Wir müssen gewinnen“ - die Gegenwart.

Liegt's an Försters Lebensphilosophie, erst mal das Gute zu sehen. Försters Optimismus kann einen schon von den Socken holen. Man reagiert mit sprachlosem Staunen, wenn der Nationalspieler erklärt: „Bis zur Winterpause müssen wir uns auf einem UEFA-Cup-Platz orientieren.“ So weit, so gut. Doch dann fährt Karl-Heinz Förster fort: „Aber wir dürfen auch den Blick ganz nach oben nicht verlieren.“

„Deutscher Meister ha-ha-ha“ hatte es am Wochenende in den Ohren der Stuttgarter Spieler gegellt. Jener Hohn ist Karl-Heinz Förster nicht unter die Haut gegangen. In der Bundesliga sei heute alles möglich, meint er, auch der Vorsprung der Bayern sei noch nicht uneinholbar.

Förster weiß sich in seiner Meinung mit einigen seiner Kollegen einig. Vor allem mit seinem Freund Asgeir Sigurvinsson. Der Isländer: „Der Fehlstart, der uns passiert ist, das kann auch dem FC Bayern München passieren. Die brauchen nur mal zwei, drei Spiele hintereinander zu verlieren.“

Die schwäbischen Durchhaltepara-

len klingen kernig und trotzig. Was sie wert sind oder wert waren, wird man wohl schon heute abend nach dem HSV-Spiel wissen. Und es scheint auch dem Ex-Bayern Sigurvinsson klar zu sein, daß man solche Sätze wie die obigen in Stuttgart höchstens noch einmal verkaufen kann. Im Falle einer Niederlage gegen die Hamburger stünde man äußerst bescheiden im Hemd. Sigurvinsson: „Und wenn wir dann am Samstag nach Gladbach müssen, gucken wir schon wieder in den Keller.“

Die Woche, in der beim VfB Stuttgart endgültig die Wende zu alten Zeiten gefeiert werden sollte, lag den schwäbischen Fans schon am Samstag schwer im Magen. Karten gib's noch in allen Kategorien, kein Toppschlag und trotzdem gegen den HSV nicht ausverkauft.

VfB-Geschäftsführer Ulrich Schäfer traut sich kaum an die Auswirkungen einer neuerlichen Niederlage zu denken. Er geht mit Herzklopfen ins Neckarstadion. „In Schalke haben sich unsere Leute abschlagen lassen wie die Hammel. Wenn so etwas im eigenen Haus geschehen würde, das wäre eine Katastrophe.“

Wir handeln zielstrebig für bessere Luft



Mehr als die Hälfte unserer Stromerzeugung beruht auf deutscher Braun- und Steinkohle. Bei der Verbrennung fossiler Energien - z.B. Kohle, Öl, Gas - werden Stoffe frei, die in entsprechender Konzentration unsere Umwelt belasten können.

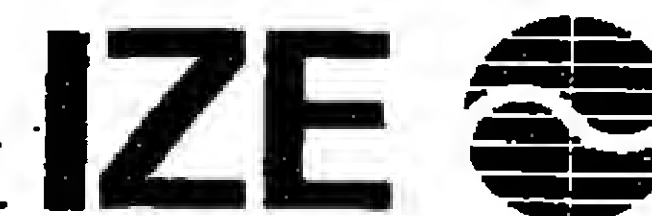
Die Industrie und unsere Ingenieure haben deshalb in den letzten Jahren hochwirksame Systeme der Entschwefelung für die einzelnen Kraftwerkstypen entwickelt und erprobt. Heute sind bereits eine Reihe von Entschwefelungs-

anlagen erfolgreich in Betrieb sowie im Bau. Und wir schaffen es, daß unsere Kraftwerke bis 1988 zwei Drittel und bis 1993 drei Viertel weniger Schwefel abgeben.

Kohle, Kernenergie und Wasserkraft sind die sichere Primärenergiebasis unserer Stromerzeugung. Das bedeutet: Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit von Preissprüngen auf dem Weltenergiemarkt, Sicherung heimischer Arbeitsplätze und Verantwortung für unsere Umwelt.

Wir handeln - aus Vorsorge. Die deutschen Stromversorger.

Schreiben Sie uns bitte, wenn Sie Informationen zu diesem Thema möchten. Wir schicken sie Ihnen schnell und kostenlos zu.



Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V.
Stresemannallee 23
6000 Frankfurt/M. 70

NACHRICHTEN

Hente Bundesliga-Spiele

Düsseldorf (dpa) - Der 13. Spieltag der Fußball-Bundesliga beginnt heute abend mit folgenden drei Begegnungen: VfB Stuttgart - Hamburger SV, Bayer Uerdingen - Bayer Leverkusen, Borussia Dortmund - Eintracht Braunschweig (alle 20 Uhr).

Golf: Länger Zweiter

Kapalua (dpa/UPD) - Nach schwachem Start beendete der Anhauser Golf-Profi Bernhard Langer (274 Schläge) das gut besetzte Golf-Turnier in Kapalua/Hawaii mit dem zweiten Platz hinter dem Schotten Sandy Lyle (268 Schläge).

Billard: Deutsche siegten

Amerstett (sid) - Mit 6:4 gewann die Auswahl des Deutschen Billard-Bundes überaus deutlich das Finale um die Billard-Europameisterschaft im Fünfkampf gegen den dreimaligen Titelträger Niederlande.

Auktions-Rekord

Ankum (sid) - Die von Europameister Paul Schöckenhöle und Partner Ulrich Kasselmann durchgeführte Auktion für Reit- und Springpferde in Ankum erbrachte den Rekordumsatz von 4,2 Millionen Mark für 48 angebotene Pferde. Den europä-

ischen Rekordpreis von 650 000 Mark bot der US-Trainer George Morris für den fünfjährigen Hannoveraner Schimmel-Wallach Aerobic.

Handball: Damen Dritte

Trondheim (sid) - Mit 27:23 besiegte die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Frauen Gastgeber Norwegen und belegte damit den dritten Platz beim Polarcup-Turnier in Trondheim. Das Finale gewann die UdSSR mit 26:24 gegen Olympiasieger Jugoslawien.

Lendl siegte zweimal

London (sid) - Gleich zwei Wettbewerbe gewann Ivan Lendl aus der CSSR beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in London. Im Einzel besiegte er Linkshänder Andres Gomez (Kuba) 7:6, 6:2, 6:1 und gewann dann zusammen mit Gomez das Doppel-Endspiel gegen seine Landsleute Pavel Slozil/Thomas Smid mit 6:2, 6:2.

Auch Spandau schied aus

Budapest (sid) - Nach dem ASC Duisburg verpaßte auch der deutsche Meister Spandau 04 Berlin den Einzug ins Finale des Wasserball-Europapokals. Er unterlag dem ungarischen Meister Vass Budapest in der Verlängerung 9:10. Die reguläre Spielzeit endete wie im Hinspiel mit 8:8.

ZAHLEN

GOLF

Turnier in Kapalua/Hawaii (450 000 Dollar): 1. Lyle (England) 268 Schläge (68+64+69+65), 2. Langer (Deutschland) 274 (70+69+68+67), 3. Stadler (USA) 276, 4. Faldo (England), Norman (Australien), Cresshaw (USA) je 277.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: Lohhof - Schwerte 3:1, Feuerbach - Vöcklabuch 3:0, Oythe - Stuttgart 3:1, Hamburg - Rüsselsheim 2:3.

REITEN

Weltcupspringen in Amsterdam. Endstand nach dem Stechen: 1. Mellinger (Schweiz) Beethoven 0 Fehler/33,18 Sek., 2. Whitaker (England) Owen Gregory 0/34,99, 3. Rüping (Deutschland) Silbersee 0/37,70, 4. Frühmann (Schweiz) Bandit 4/35,43, 5. Nooren (Holland) Mont Blanc 4/37,88.

EISHOCKEY

Bundesliga, 14. Spieltag: Schwenningen - Rosenheim 5:2, Köln - Landshut 6:4, Düsseldorf - Reisersee 4:4, Karlsruhe - Essen-West 6:4, Mannheim - Isertönn 6:2.

HANDBALL

Polarcup, Damen in Trondheim. Letzter Spieltag: Frankreich - Holland 14:17, Norwegen - Deutschland 23:27, Jugoslawien - UdSSR 24:28, Tabela - Lenzpitzer 1, UdSSR 10:6, 2. Jugoslawien 6:2, 3. Deutschland 6:4, Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Bergkamen - Düsseldorf 13:27.

GEWINNZAHLEN

Anwählschritte, 6 aus 45: 30, 31, 32, 35, 40, 41, Zusatzspiel 20. - Rennquittung: Rennen B: 28, 33, 35. (Ohne Gewinn).

P. Boulez, Avantgardist

Plädoyer für den Geschmack

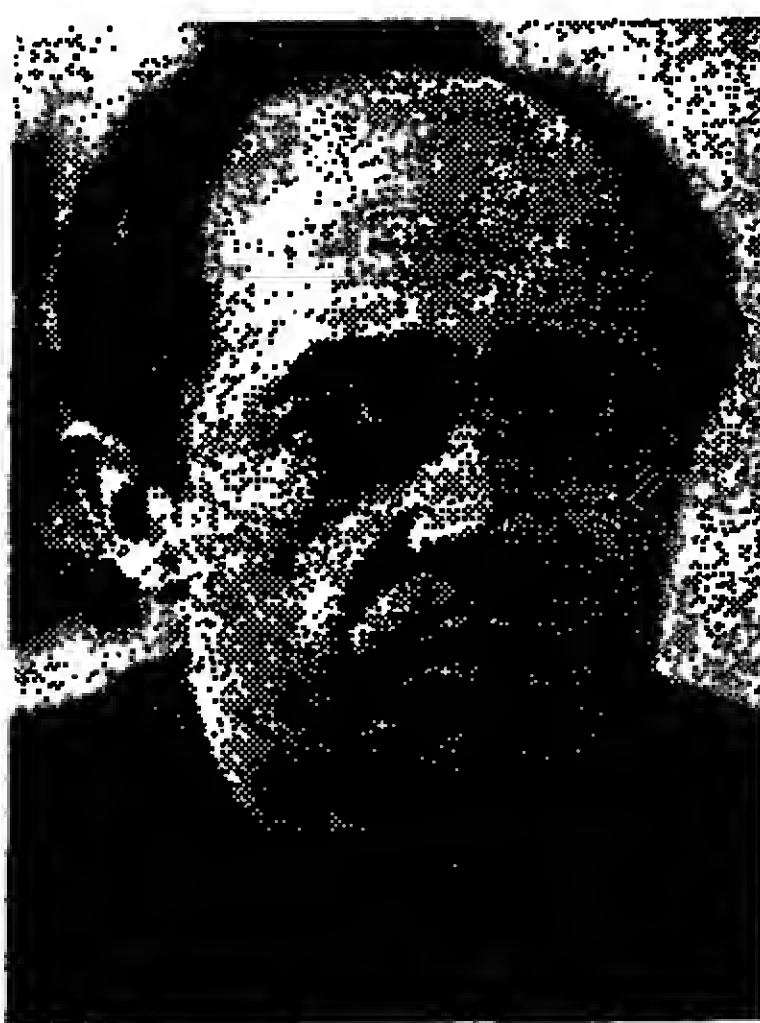
Sollte man ihn als einen der frühesten Pioniere der Neuen Musik, als Vertreter der „Darmstädter Schule“ vorstellen, dessen Komposition „Le Marteau sans maître“ auf symbolische Verse von René Char nun schon zum klassischen Opus der Neuen Musik geworden ist, auf des Messers Schneide stehend zwischen streng serieller Organisation und der neuen improvisatorisch-aleatorischen Freiheit? Oder sollte man darauf hinweisen, daß sich dieser 1925 im französischen Montbrison geborene Komponist, Theoretiker und Organisator schon 1961 bei seinen Darmstädter Vorträgen zu dem veralteten Prinzip des Geschmacks bekannte? „Eleganz ist weder in der Musik noch in der Dichtung verachtenswert; ich gebrauche das Wort gern wie die Mathematiker und Physiker, wenn sie so glänzend von der Eleganz einer Schlussfolgerung eines Beweises reden.“

Dieser Komponist hatte erst Mathematik und technische Wissenschaften studiert. Seine Vorstellung

Kulturwelt - ARD, 23.20 Uhr

von einer enzyklopädischen Systematik, in die das musikalische Material zu bringen sei und aus der auf den mannigfachen Ebenen geregelte Beziehungen folgen, das Mißtrauen gegen alles Ungeformte, seine belläufige Wirkende Selbstverständlichkeit im Einsatz von technischem Raffinement haben nicht nur mit dem Vorbild Anton Weberns zu tun, dem er sich verpflichtet fühlt, sondern auch mit rationalistischen französischen Traditionen. Im Sachregister zu seinen „Werkstatt-Texten“ fehlt der Begriff der „Meditation“ - dafür gilt ihm „Struktur“ als Schlüsselwort. Andererseits lebte er 1981 in Donaueschingen in seinem Werk „Réponse“ für Solisten, Kammerensemble, Computerklänge und Live-Elektronik gewissermaßen ein mittelalterliches Prinzip, indem diese Komposition ohne Partitur nur aus Stimmen entstand.

Von 1970 an war er zeitweise Leiter der New Yorker Philharmoniker; in Paris organisierte er den „Domaine Musical“ als avantgardistische Konzertreihe und Vorstufe seines Lebens-



Pionier der Neuen Musik: Pierre Boulez
FOTO: FRIEDRICH RAUCH

werkes, des Pariser Instituts IRCAM - „Institut de Recherche et Coordination Acoustique/Musique“. Diese Einrichtung für Experimente und Koordination akustischer und musikalischer Art liegt neben dem neofuturistischen „Centre Pompidou“ in der Erde, abgeschottet von Umweltgeräuschen und Erschütterungen: kein Elfenbeinturm, sondern eher ein symbolisches Bergwerk im Sinne von Novalis oder Jules Laforgue.

Es sind gerade die jungen Komponisten, die es mit den verschiedenen Arbeits- und Kompositionsaufträgen dorthin zieht, denn das IRCAM verfügt über die modernsten Apparaturen für das, was man noch sehr vage und ahnend als „Computermusik“ bezeichnet.

1979 hatte IRCAM zur Ausstellung „Paris-Moscou 1900-1930“ die Aufgabe, ein Programm mit russischer Musik dieses Zeitraumes auf die Beine zu stellen, an dem der Unterzeichnete mitplante. Leider ist ein großer Teil dieser Musik, etwa von den Futuristen Nikolaj Roslawetz und Arthur Lourié, sowjetischerseits nicht erwünscht, und die sowjetischen Veranstalter verlangten, das Musikprogramm zu streichen. Doch Hausherr Pierre Boulez entschied: „Das Musikprogramm bleibt.“

Das Musikprogramm blieb und wurde zu einem großen Triumph für die russische Musik. Was mir damals einen unvergeßlichen Eindruck machte: Mit dem Nachzug von Köln kam ich zu sehr früher Stunde, gegen sieben Uhr morgens, zum IRCAM. Wer da als erster zur Stelle war und mir aufschloß, das war keine Sekretärin und kein Pförtner. Als erster im Institut war der Chef selbst: Pierre Boulez. DETLEV GOJOWY

KRITIK

Geblieben ist die Einsamkeit

Man sollte das im Fernsehen öfter machen, zurückgreifen auf einen vor Jahrzehnten gesendeten Report und dasselbe Problem, möglichst an denselben Stellen vergleichend, noch einmal nachzeichnen. So machte es der Südwestfunk mit dem Bericht „Kein Platz für alte Leute“ aus dem Jahre 1959. Das damalige Autoren-Team Dieter Menninger und Gottfried Göllicher zog jetzt, nach einem Vierteljahrhundert, aus, um zu erfahren, ob jetzt „mehr Platz für alte Leute“ zur Verfügung steht. Nach Jahr und Tag (ARD).

Was ist nun besser geworden? Es ist vielen besser geworden, die alten Menschen sitzen nicht mehr in baufälligen Häusern, nicht mehr in Baracken und Holzverschlägen. Neue Altenheime „mit menschlichem Antlitz“ sind entstanden. Die Unterbringung in Schlafsälen wird kaum noch praktiziert. Doch wichtiger erscheint angesichts der adretten Frage des Alten-Lebens heute die Frage: Was von den Übeln ist geblieben?

Nun, geblieben ist die Einsamkeit. Gewiß haben Seniorenvereinigungen viel zur Sozialisierung der alten Menschen beigetragen, aber die Familie ist noch nicht betroffen. „Niemand besucht mich“, sagt eine alte Frau. „Sie kommen einmal im Jahr“, klagt eine andere. Was fehlt, ist der Kontakt zur Familie, zu den alten Bindungen, zu den Nachbarn und, ja auch zu den Nachbarstraßen und Häusern. Aber es zeichnet sich ein neuer Trend ab: Das „Abschieben“ ins Altenheim läßt nach.

Das Übel, das von der Öffentlich-

keit gehoben werden könnte, ist die klägliche Personalausstattung der Heime. Mancherorts ist der alte Mensch auch im Heim der gleichen Hilflosigkeit ausgesetzt wie draußen. Denn: Länger als 12 Stunden täglich kann keine Heimschwester arbeiten, und für mehr Personal ist das Geld nicht da (oder neuerdings vom Etat gestrichen). VALENTIN POLCUCHE

Propaganda aus Managua

Die wichtigste Nachrichtensendung des ZDF, heute um 19 Uhr, eröffnete am Sonntag mit einer Nachricht, die keine Nachricht war. Ohne Übergang wurde ein Agitationsfilm gesendet. Es war ein von Mitleid mit den angeblich so friedliebenden kommunistischen Herrschern Nicaraguas triefender Streifen, wie ihn die östliche „Aktuelle Kamera“ nicht besser hätte bringen könnte.

So ein tapferes kleines Volk, das sich mit Küstenbooten wie Nußschalen gegen die dräuende US-Fregatte im Abendlicht zu schützen sucht und das von einem „Spionageflugzeug“ (oder ist es ein Aufklärungsflugzeug?) gar böse bedrängt wird. Als hochwürdige Information erfährt man, daß eine Gruppe friedensbewegter US-Bürger ihm mit Megaphonen zu Hilfe eilt. Man erfährt nicht, welche Bedrohung von diesem lächelnden Ortega für El Salvador und die anderen Nachbarn ausgeht.

Das ZDF hat sich die Propaganda aus Managua zu eigen gemacht, eine US-Invasion stehe unmittelbar bevor. Zwischen Nußschale und Fregatte schwamm eine Ente.

DETLEV AHLERS



Die ARD hat 45 abendfüllende Walt-Disney-Filme eingekauft, mit deren Ausstrahlung im Frühjahr 1985 begonnen wird. Von „Mary Poppins“ über „20.000 Meilen unter dem Meer“ bis hin zu „Elliott, das Schmunzelmonster“ reicht die Palette. Die Degeto-Film GmbH in Frankfurt erwarb als Filmeinkaufsfirma der ARD die 45 Filme sowie mehrere Serien von der Firma „Buena Vista International“ in Burbank

(Kalifornien) im Auftrag der Landesrundfunkanstalten.

Der Vertrag enthält zwei Titel aus dem berühmten Fundus an programmfüllenden Zeichentrickfilmen, mit denen Disney Welttriumm erlangte: Die farbigen Trickfilme „Alice im Wunderland“ sowie „Dumbo, der fliegende Elefant“. Außerdem gehören zahlreiche Cartoons mit Micky Maus, Donald Duck und Goofy zu dem Filmpaket. Besondere Attraktionen sind auch Titel wie „Das schwarze Loch“, „Der Drachentöter“, „Tron“ sowie die Komödien „Ein toller Käfer“ und „Herbie groß in Fahrt“. dpa



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemas	12.10 Tagesschau
10.25 Klassik	12.55 Presseschau
Schauspiel von Tankred Dorst und Peter Zadek	13.00 Tagesschau
14.00 Tagesschau	14.00 heute
14.10 Die zarte Zeit	14.04 Die Schlinge
Mariene Reidel, Grafikerin	Johy himmlische Idee
Film von Boate Rose	14.20 Schiller-Express
14.35 Spät am Dienstag	Ein Hit wird Video
Mitix und Vio, einer Zaubergitarre und zwei Böden	17.00 heute / Aus den Ländern
17.30 Tagesschau	17.15 Teia-Musikarte
Danz. Regionalprogramme	Zu Gast: The Star Sisters
20.00 Tagesschau	17.45 Meia Neme ist Hase!
20.15 Expeditionen ins Tierreich	Trübsal mit Bugs Bunny
Der Fahnenstängel und seine Verwandten / Aus dem Leben der Baum- und Erdhörnchen	Anschl. heute-Schlagzeilen
21.00 heute	18.20 Heide Wicksel - heute Götter
Ein Kniefall vor der Industrie? - Wie die Krebsgefahr durch Formaledehyd vermindert wird / Müllverbrennungsanlagen in Nord- und Westfalen / „Opus dei“ - Ein Geheimbund macht sich breit / Gift in Beckenstetten	19.00 heute
Moderation: Klaus Bednarz	19.30 Der letzte Zivillist
21.45 heute	Zweiter und letzter Teil des deutsch-französischen Fernsehfilms
21.50 Tagesschau	Als es bei einem Entendement auf seinen Gut zu einer Substruktion der SA kommt, kann auch Bösewichte seine Augen vor der politischen Realität nicht länger verschließen. Die Verstrickungen und Intrigen spitzen sich zu, bis schließlich ein großes Unglück geschieht...
22.00 Tagesschau	21.02 Portrait
22.00 ARD-Sport extra	Der Noshomleguan, beobachtet von Thomas Wiewandt
Fußball: 1. Bundesliga. Vorgezogene Spiele: VfB Stuttgart - Hamburger SV, Bayer Leverkusen - Borussia Dortmund - Eintracht Braunschweig	21.15 Wildo
23.30 Kulturwelt	Turbulenzen - Verscherbelt Bonn die Luftkassette? / Sanfter Zwang - Arbeit für Sozialempfänger / Widerstand - MdB Grünbeck gegen „gläserne Taschen“ / Fernsehische Tips für freiwillig Versicherte
Kulturreise	21.45 heute-journal
Vor 17 Jahren noch wollte er die Opernhäuser in die Luft sprengen wissen, was zu seinem Vortell nicht geschah. Der Komponist und Dirigent Pierre Boulez steht im Mittelpunkt der heutigen Sendung. Peter Wapnewski besucht den Musiker in seiner unterirdischen Pariser „Villa Wahnfried“.	22.00 heute-journal
0.05 Tagesschau	Die Verbreitung der Stille - Überblick und jenseitig Musik



Herta (Karin Bohl) sagt ihrem Sohn Hans (Thomas Schöck), daß er sein Studium beenden muß (Der letzte Zivillist - ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: KÖVESDI

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kulturschwerter
Gerd H. Pöhlert aus Japan
20.45 Echoleide
Vor 70 Jahren geboren: Ugo Tetzner - eine deutsche Märchen-schlerin
21.00 Mitternacht
21.05 Ein Mann mit dem Vornamen „Abe“
Bericht von Werner Götting
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
22.20 Deutschlandbilder
... das hält der Wald nicht aus
23.45 Schach-WM '84
Karpow - Kasparow
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Auto-Scooter
21.15 Test Force Police
Kopf und Herz
22.05 Zeitungskritik
Thema: Willkür und Gerechtigkeit bei der Verteilung von Subventionen?
22.50 Schach des Weltmeisters
23.20 Nachrichten

HESSEN

19.00 Formel Eins
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Und immer leuchtet das Welt
Französischer Spielfilm (1954)
Mit Brigitte Bardot u. a.
Regie: Roger Vadim
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturschwerter
22.15 Deutschlandbilder
Der Kulturfilm im Dritten Reich
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.50 Abendecho
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.50 Abendecho
Nur für das Saarland:
19.50 Box 5 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprachstunde
Krebs bei Kindern
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Sonst Schwestern
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Markt(1) und Pflanz
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Mosaik 5
Gemeinschaftsprogramm
21.15 Der Tod kann keine Wiederkehr
Amerikanischer Spielfilm (1973)
22.10 Science Report
23.20 Nachrichten

BAYERN

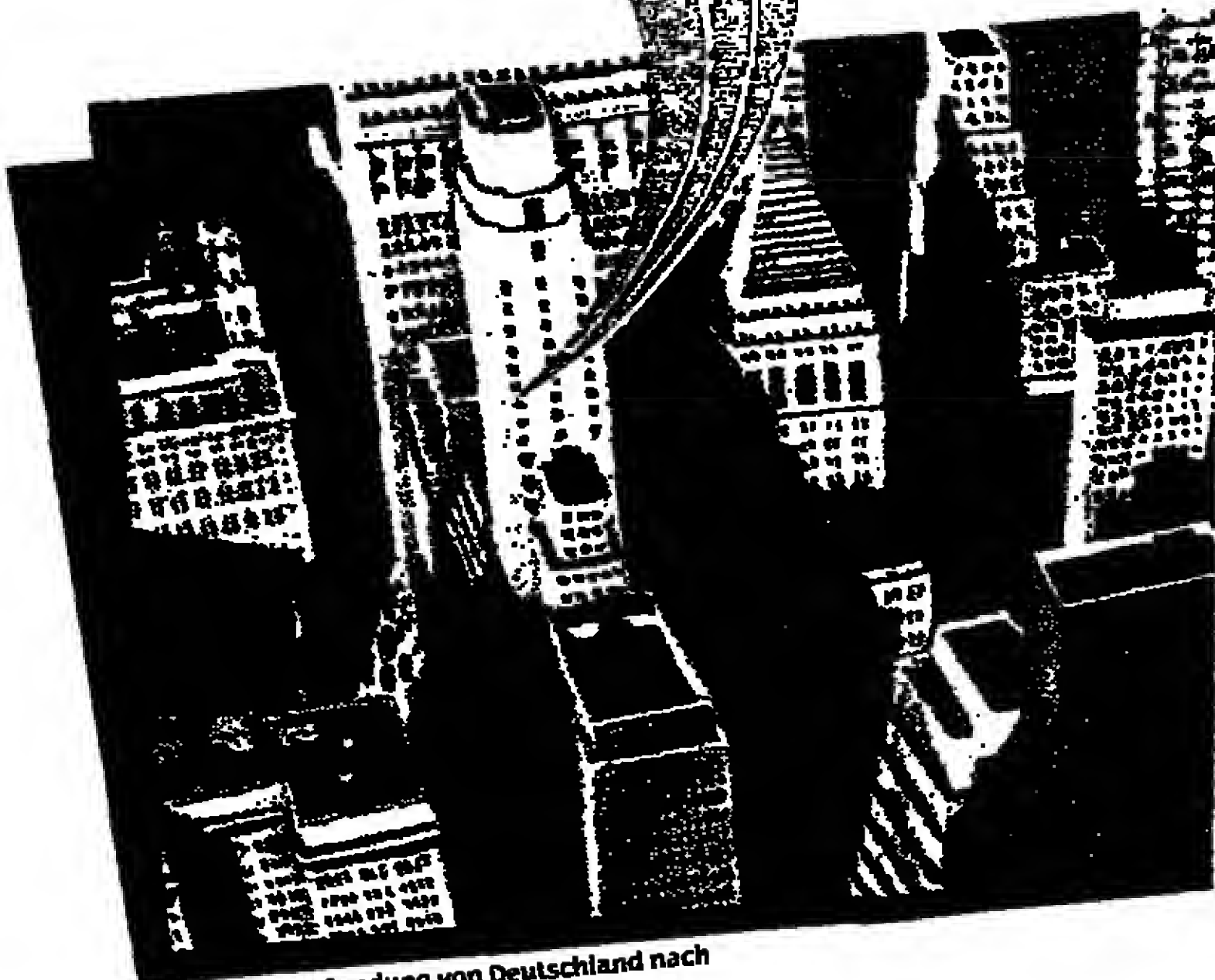
19.00 In den Wind geschrieenen
Amerikanischer Spielfilm (1954)
20.05 Reisegeheimnisse aus der Südsee
20.45 Die Sprachstunde
Krebs bei Kindern
21.30 heute
21.45 Z.N.N.
21.50 Von der Wirklichkeit zur Wirklichkeit
23.20 Nachrichten

Verkaufsmuster rasend eilig nach New York City?

Das ist ein Fall für DHL.

Denn DHL ist der große, internationale Flugkurier, der auf schnellstem Weg von Schreibtisch zu Schreibtisch fliegt. Beispieldhaft und imponierend: Der DHL Courier Service für Ersatzteile, Muster, Mikrochips und viele andere Dinge, die sehr wichtig oder sehr eilig sind.

Der Unterschied zwischen DHL und manchem anderen ist diese weltweit gültige DHL-Philosophie: Was wir tun, tun wir persönlich. Wir holen persönlich. Wir liefern persönlich. Wir geben erst am Ziel aus der Hand, was uns persönlich anvertraut ist. Wohl darum wird DHL so oft gerufen, wie kein anderer Kurierdienst in Deutschland.



Für eine eilige Sendung von Deutschland nach New York kennt DHL den Weg ohne Umwege.

DHL WORLDWIDE EXPRESS

Wir fliegen von Schreibtisch zu Schreibtisch.

Rufen Sie DHL: z.B. Düsseldorf 02102/47 40 81, Hamburg 040/5 54 10, Frankfurt 06107/75 42 22, München 089/90 50 58, Wien 222/84 65 38.

Lortzings „Zar und Zimmermann“ im Münchner Gärtnerplatz-Theater

Wenn ein Fürst zum Tarzan wird

Wer zuletzt lacht... Lortzings „Zar und Zimmermann“ im Münchner Gärtnerplatz-Theater. Lächelnd eine Spielzeit zu beginnen, ist für den Theaterintendanten angenehm, für das Publikum erfrischend. Ob es allerdings klug und weise genannt werden kann, mit dem etwas derben, ungehebelten Humor von Lortzings Komischer Oper „Zar und Zimmermann“ zu starten, darf bezweifelt werden. Hellmuth Matiassek, der Direktor des Münchner Staatstheaters am Gärtnerplatz, hatte in seiner Inszenierung der Lortzing-Oper wohl auch Angst vor allzuviel Singspielhaftigkeit und Klamauk. Er nahm den Text von Lortzing allzu ernst und die Sänger an die Kande.

Über so viel Zügeln schien er ganz zu vergessen, die biedermeierlichen Charaktere auszuleuchten und ihr romantisch verträumtes Seelenleben darzustellen. Schließlich lag 1837, im Entstehungsjahr des „Zar und Zimmermann“, der „Wildschütz“ bereits in der freien Leipziger Luft, der von den Reibungsflächen der damaligen Gesellschaft erzählt, von den Schwierigkeiten der rechtschaffenen Kleinbürger mit der Obrigkeit.

Im „Zar und Zimmermann“ läßt sich bekanntlich der Zar herab, als

Zimmermann auf einer Wurf in den Niederlanden zu arbeiten, zum Wohle seines Volkes selbstverständlich. Wenn Peter, der Herrscher aller Reußen, im dritten Akt sein „Sonst spielt ich mit Zepter...“ antimmt, klingen Wehmüt und Abschiedsschmerz von den kleinen Leuten mit. Es heißt für den aufgeklärten Herrscher: zurück ins Regierungsgeschäft.

Matiassek hält nichts vom Zwiespalt im Herrscher. Er setzt den zimmernden Zaren vor das Modell eines Segelschiffes, das hin und her schaukelt. Im Hintergrund sind bunte Schiffsrümpfe auf ein Rollo gepinselt, den Bühnenbildner Hans Scheller vernachlässigt als universaler Raumteiler in den Schnürboden gehängt hat.

Der junge Zar, alias Walter Königer, darf sich wie ein Tarzan an Trossen von Bord eines Schiffes schwingen. Säbel rasseln und Gesandte stellen hochherrschaftlich über die Bühne, die durch den überdimensionalen Rollo auf Butzenscheibenmaße gestutzt wird. Eva-Christine Reimer spielt als Marie die Rolle des bürgerlichen rechtschaffenen Gegenpols zur haltlosen Oberschicht. Schade, daß ihr Freier Peter Iwanow nicht einen Schuß Figaro hat, der dem zaristischen Pläneschmieden in die Quere

kommt. Hans-Jörg Weinschenk bleibt eine Buffo-Type vom laufenden Meter, ungelinkt und stumpf.

Die Inszenierung des „Zar und Zimmermann“ steht auf dem Kopf. Rainer Scholze singt und spielt ihn rundum überzeugend. Er reißt den zweiten und dritten Akt an sich, ohne sich auffällig in den Vordergrund zu schieben. Das ist das Verdienst der Regie, die ihm bewußt die Hemdsärmeligkeit stülpte. Hätte Matiassek an das Aussehen der anderen Charaktere ebensoviel Mühe verwandt, hätte man über die überladene Bühne und die schütterten Stimmen der Sänger hinwegsehen und -hören können. So bleibt halt nur eine unterbelichtete Produktion mit schmucknen Details, doch ohne einheitliches Gesicht.

Nicht unschuldig daran ist der Dirigent Wolfgang Bothe, der bei Lortzing keine Details entdecken konnte, die ihm wert schienen, ausgefüllt und bearbeitet zu werden. Die Phrasierungen sind ordentlich, die Tempi korrekt. Bothe läßt im Gleichschritt durch die Partitur marschieren. Das Publikum klatscht kräftig Beifall. Helmut Matiassek kann zufrieden lächeln: wer nichts wagt, gewinnt am Gärtnerplatz. FERRY KEMPER

Pariser Literaturpreise: Goncourt an M. Duras, Renaudot an Annie Ernaux

Das Jahr der schreibenden Damen

Das Überraschende am Goncourt-Preis 1984 ist nicht die Preisträgerin Marguerite Duras, sondern daß ihn diese Dichterin erst jetzt erhält. Aber Marguerite Duras war eben einfach nicht mehr zu übersehen. Das preisgekrönte Buch, der Roman „L'Amant“ („Der Liebhaber“), beherrscht seit Wochen sämtliche Bestsellerlisten Frankreichs.

Auch in Deutschland ist Marguerite Duras, die in diesem Jahr siebzig Jahre alt wurde, wohlbekannt. Ihren Durchbruch erlebte sie 1958 mit „Moderato Cantabile“, einem Buch, das später auch von Peter Brook verfilmt wurde.

Der Erfolg gründete damals auf der Neugier für eine Frau, die das Drehbuch für Renais' Film „Hiroshima mon Amour“ geschrieben hatte und dadurch mächtig ins Gerede gekommen war. Aber bald wurde es wieder still um die Duras. Ihre Kurzromane verweigerten jede Popularität, wurden immer geträumter im Stil, erinnerten nun geradezu an Bekkett, auch wenn Sprache und Thematik einer extrem anderen Welt angehörten.

Die Duras schildert keine Gefühle, sondern nähert sich dem Innenleben ihrer Figuren durch ununterbrochenen Perspektivenwechsel, durch Einkreisen des „Geheimnisses“. Es entsteht eine irreal wirkende Atmosphäre, ein labiler Schwebezustand, der etwas Befremdliches und Unheimliches hat.

Das reizte vor allem die Theaterleute, und da auch die Dialoge der Duras-Bücher von meisterlicher Präzision waren, machte man daraus immer wieder Theaterstücke und Filme, bis die Dichterin schließlich selbst Filme zu drehen begann (sie sind soeben in fünf Videokassetten von der Kulturabteilung des französischen Auswärtigen Amtes als „kritische Ausgabe“ herausgebracht worden.)

Wie in ihren Romanen entstehen auch in ihren Filmen regelmäßig zu „nature morte“ erstarrte Szenen, die oft durch eine winzige Asymmetrie, eine kleine Bewegung im Hintergrund großen Reiz erhalten. Es ist nicht das Experiment um des Experimentes willen, was an den Filmen der Duras fasziniert, sondern der Ver-

such, eine neue, aus der Zeit herausgelöste Erzählweise zu etablieren.

Im Mittelpunkt stehen meist Frauen, die in ihrem Verhältnis zum Mann zu wesenlosen Objekten werden, obwohl sie sich dagegen wehren. Nicht zufällig ist Marguerite Duras zum Idol einer bestimmten elitären Fraktion des Feminismus geworden. Und über die feministische Thematik kam sie jetzt auch zum Roman zurück, eben zu dem preisgekrönten Buch „L'Amant“.

„Le Monde“ erklärte schon vor längerem das Jahr 1984 zum Marguerite-Duras-Jahr; dessen Höhepunkt ist nun die gestrige Goncourtpreisverleihung geworden. Die Verleihung an Marguerite Duras wird in den Annalen des Goncourt festgeschrieben bleiben, in denen sonst so viele zu Recht vergessene Autoren stehen. Angeworfen gegen Frau Duras war Annie Ernaux, die bei der Abstimmung die zweitbeste Stimmenzahl erhielt und der man dann traditionsgemäß den Renaudot-Preis zugewandte. Titel des neuen Renaudot-Buches: „La Place“.

CHRISTOPH GRATZ-SCHWEDT

Der Pinscher als solcher

R.K.B. - Man hätte ihn schon vergessen, da feierte er in der Bundestagsdebatte über Kulturpolitik die 100. Wiederkehr der Geburt des Pinscher. Ludwig Erhard hatte seine Zeit auf eine wirtschaftspolitische Kritik Rolf Hochhuths, die der ökonomisch höchst beschränkte Bonner Regierungschef für völlig inkompetent hielt, mit dem Ausdruck "Pinscher" reagiert. Jetzt nach so langer Zeit, heißt es Alfred Dreger für nötig, sich namens seiner Faktion ausdrücklich von dem Ausbruch "des damaligen CDU-Kanzlers zu distanzieren. Er nannte ihn eine äußerst unglückliche Bemerkung".

Dabei habe ich jahrelang darauf gewartet, daß irgendein Kulturdebatte der Politik auf die Zeit, die von Leopold Schwarzschild herausgegeben wurde, und zwar auf die Nummer vom 3. 5. 1930. Der kulturbegeisterte Politiker oder sein Kulturhelfer hätten dort entdeckt, daß Alfred Döblin die Herausgeber der kommunistischen "Linkskurve", Johannes R. Becher, Ludwig Renn und einige andere, auch schon einmal "Pinscher" genannt hat.

Diese Kommunisten hätten in der "Linkskurve" Döblins "Alexanderplatz" verächtlich als ein "künstlich gepreßtes Laboratoriumsprodukt" bezeichnet. Döblin nun zielt in seiner Antwort einige scharf verquaste Stilproben aus der "Linkskurve" und fügt dann verknüpfend hinzu:

"Wenn meine Angaben im Roman stimmen, so bitte ich Herrn Becher um Entschuldigung, ich bin nun mal so vertriebt, wenn ich Alexanderplatz meine, sage ich Alexanderplatz, und wenn ich Quatschkopf meine, sage ich Becher. Es gibt ein Bilderbuch. Sie kennen es: Das Gesicht der herrschenden Klasse zu geben, wäre ungeheuer nötig - aber das würde die Realität ergeben, und die ist Pinscher und Schwächlingen furchtbar peinlich."

Hätte mich nun mein Deutschlehrer 1930 gefragt, was ich zu dieser Entscheidung Döblins zu sagen habe, wäre meine vernünftige Antwort gewesen: "Zu klein und zu schwach, die Pinscher, verglichen mit dem Kaliber Döblin. Sie wissen doch, Herr Studienrat, wie man hier bei uns einen nennt, der sich übernimmt: der will mit den großen Hunden pissen gehen."

Dem armen Erhard in die Enge zu kommen: Auch Alfred Döblin hat Leute, die er (ob zu Recht oder Unrecht) für nebbich hielt, "Pinscher" genannt; es war eine glanzvolle Kulturdebatte, damals, anno Domini 1930.

Feldherr, Stratege, Schriftsteller: Zu Franz Herres Biographie über Moltke

Dioskuren vor Königgrätz

Leben und militärische Karriere des späteren Generalfeldmarschalls und Chefs des Generalstabes Helmuth Graf Moltke bieten ein ungewöhnliches Bild. Bis nahe an seinen 68. Geburtstag war der Mann der Armee wie der Öffentlichkeit kaum bekannt. Dann änderte sich der Umstand nicht, daß er seit dem Herbst 1857, zunächst geschäftsführend, an der Spitze des preussischen Generalstabes stand.

Dann, nach dem 3. Juli 1866, kam er gleichsam über Nacht durch die von ihm geplante und von ihm geleitete Schlacht von Königgrätz an der böhmischen Elbe, dem nahezu vernichtenden Sieg über Österreich, zu nationalem Ruhm. Und der Ruhm steigerte sich ins Internationale und Weltweite, als Moltke in der nicht vorangesehenen Schlacht bei Sedan 1870 mit der Gefangennahme einer der beiden französischen Hauptarmeen und des bei dieser wehenden Kaisers der Franzosen die Entscheidung im Einigungskrieg der Deutschen gegen Frankreich herbeiführte - wenn auch noch nicht das Ende des Krieges.

Für die Deutschen seiner Zeit wurde Moltke nun neben dem Staatsmann Bismarck und dem Kriegsminister Roon, der die neue preussische Armee der Siege von 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich und 1870/71 gegen Frankreich geschaffen hatte, zu einer Symbolfigur der Macht und der Herrlichkeit. Ihm wurden Denkmäler errichtet, aber merkwürdig: Über den Menschen Moltke und seinen - sehr interessanten - biographischen Hintergrund erfährt man so gut wie nichts. Auch später blieb das Schrifttum über Moltke ausgesprochen dünn. Erst jetzt, nämlich durch die ausführliche und überaus gründ-

liche Biographie Franz Herres, lichtet sich der Nebel um eine der interessantesten Figuren des späten Preußens.

Herre, leitender Rundfunkredakteur, doch von Haus aus Historiker, Schüler von Schnabel in München, war für das Unternehmen einer Moltke-Biographie bestens legitimiert durch ein ausgezeichnetes Buch über Wilhelm I., den letzten König von Preußen und ersten Deutschen Kaiser. Herres "Moltke" stellt so etwas wie eine Konsequenz aus diesem Buch dar. Denn Wilhelm I. hatte seinerzeit die Ernennung Moltkes zum Generalstabchef gegen viel Widerstand durchgesetzt und damit nicht nur entscheidenden Einfluß auf dessen Laufbahn und Leben, sondern auch auf die weitere Geschichte Preußens und Deutschlands genommen.

Moltke stammte aus einer alten mecklenburgischen Familie, die freilich schon seit Anfang des 18. Jahrhunderts nicht mehr vom Glück gesegnet zu sein schien. Nur der Ast, der sich gleich vielen anderen mecklenburgischen Familien in Dänemark verwurzelte und dort den Lehnsherrn erreicht hatte, hielt den Besitz noch in gewohntem Stand. Moltkes Vater, der es in dänischem Dienst bis zum Generalleutnant brachte, war, menschlich gesehen, ein Liederjahn und Spieler. Er heiratete eine Lübeck-Patrizierstochter; die Ehe wurde rasch unglücklich. Doch einer der Söhne aus dieser tragischen Verbindung sollte sich als solches Genie erweisen - eben Helmuth Moltke. Und Helmut war nicht nur ein ungewöhnlich begabter Stratege, er zeigte auch ausgeprägte philologische und literarische Interessen und betätigte sich nebenher als Zeichner und Maler.

Der junge Mann, in Parchim in Mecklenburg geboren, wurde vom Vater in die königlich dänische Landkadettenanstalt gesteckt, eine unumstößliche Zuchtanstalt. Als er endlich den dänischen roten Spitzer mit dem blauen königlich preussischen Rock vertauschte, befand Prinz Wilhelm von Preußen - der spätere König-Kaiser - den "Dänen" zu nächst als "keine gute Acquisition".

Moltke wurde dennoch, wie vor ihm die Staatsmänner Stein und Hardenberg, die Strategen Blücher (Mecklenburger gleich Moltke) und Gneisenau, "Wahlpreuße". Das Gleiche kann man von seinem Biographen Herre nicht sagen. Preußen und dem von diesem geschaffenen "kleindeutschen Reich" steht der gebürtige Bayer aus dem Allgäu mit entscheidender, wenn auch respektvoller Distanz gegenüber, was aber seinem Buch keinen Abbruch tut.

Moltkes preussische Karriere in der Armee bot lange Zeit nichts ungewöhnliches, sieht man ab von einem ausgedehnten Aufenthalt als Studienreisender und dann als Militärberater

im schon verdämmenden Osmanenreich; immerhin beschrieb Moltke später seine türkischen Eindrücke in einem glänzenden Buch, das heute zu den Klassikern der Reiseliteratur des 19. Jahrhunderts gehört.

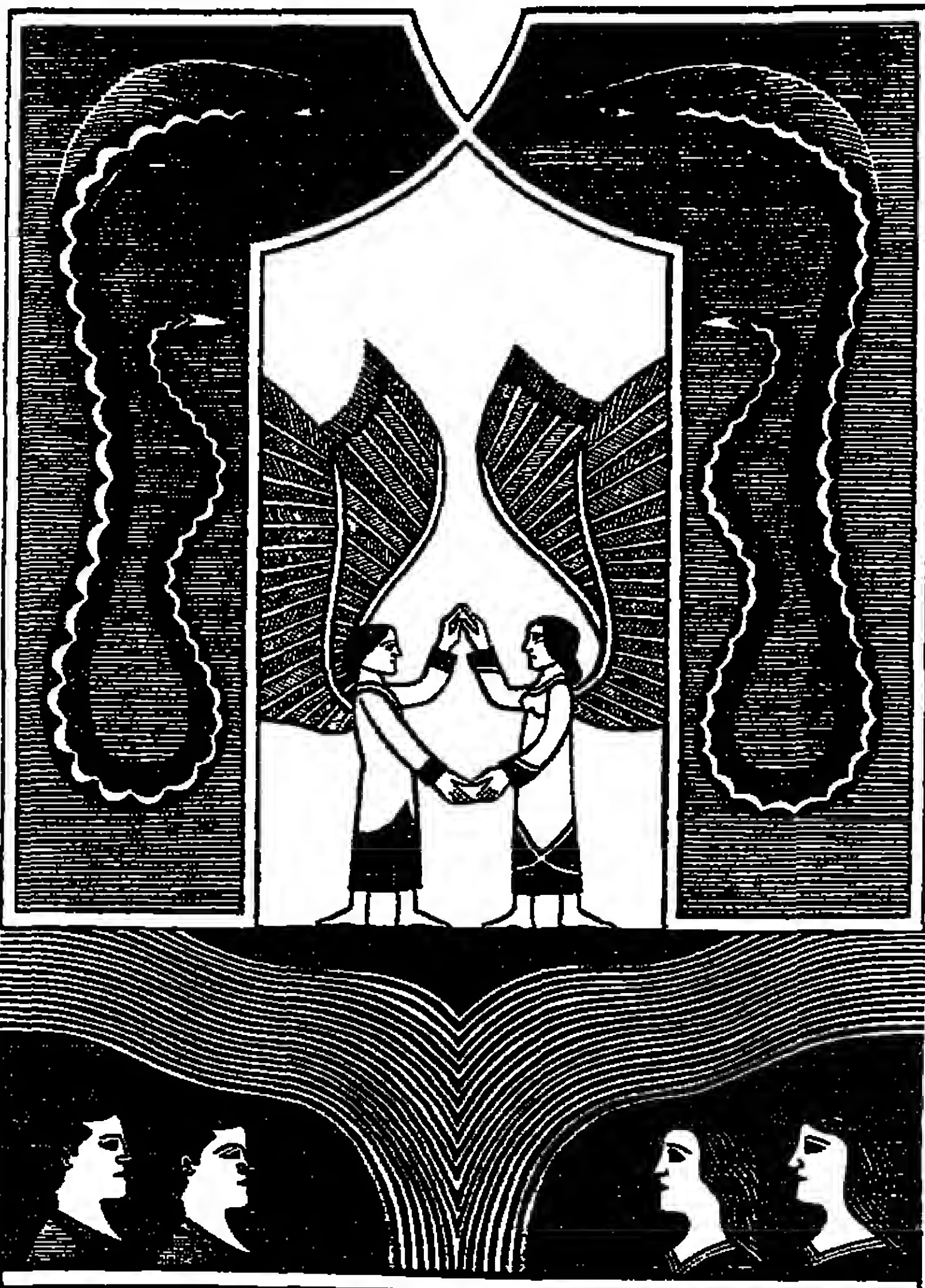
Nach Preußen zurückgekehrt, entwarf er die Strategie des Feldzuges gegen Dänemark 1864, was ihm aber zunächst nicht honoriert wurde. Erst in der zweiten Phase des Feldzuges, als der militärisch hochbefähigte Prinz Friedrich Karl von Preußen den Oberbefehl erhielt, wurde sich dieser des Rates seines "intellektuellen" Stabschefs richtig zu bedienen. In den großen Kriegen von 68 und 70/71 hatte Moltke dann endlich das Glück, im "Obersten Kriegsherrn", nach preussischer Sitte der Monarch, einen wirklich verständnisvollen Mann zu finden. Wilhelm und Moltke bildeten damals ein Dioskurenpaar, wie es Preußen zu seinem Heil schon einmal in Blücher-Gneisenau gehabt hatte.

Moltke hat, wie Herre richtig schildert, Kriege nicht gern geführt, aber als Mittel der Politik, zur Durchsetzung "idealistischer Machtziele", für unumgänglich gehalten. In dieser Gesinnung hat er auch eine, ja, zwei Generationen von Generalstabsoffizieren erzogen, die den abstrakten Plan nie über das einzelne militärische Individuum stellen sollten. Moltke hat stets vor der reinen Planmäßigkeit gewarnt. Der schönste Aufmarschplan sei in dem Moment am Ende, wenn die Armee in das Dunkel, die Ungewißheit der Schlachtenentwicklung einträte. So seine Weisheit, die nicht zuletzt allen Anbetern des später viel diskutierten "Schlieffenplanes" strikt zuwiderlief.

Herre weist ganz richtig darauf hin, daß Moltke im Zeitalter des Idealismus groß geworden sei und sich dann dem Zeitalter der Realität nur unter Schmerzen gefügt habe. Darüber sei er, fährt er fort, in hohem Alter, "unausweichlich noch zum Militaristen" geworden. Aber was soll das heißen? Moltke, Jahrgang 1800, im August 1868 endlich in Pension gegangen, hat typisch militaristisches Handeln im Dienst nicht mehr erlebt. Noch lag die politische Führung in der Hand Bismarcks. Erst als dieser gestürzt wurde, triumphierte die Abergewalt, daß die Politik den Erfordernissen des Krieges respektive den Belangen der Armee zu dienen habe.

Daß Herre diese Konstellation nicht deutlich genug herausarbeitet, daß er beispielsweise nicht auf die Differenz zwischen Moltke und seinem "militaristischen" Generalquartiermeister Graf Waldersee eingeht, ist ein Mangel. Er schmälert den Verdienst seines ausgezeichneten Buches aber nur wenig.

WALTER GÖRLITZ
Franz Herre: Moltke. Der Mann und sein Jahrhundert. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. 408 S. 39,80 Mark



Quasi-heraldische Fabelwesen: Kolorierter Holzschnitt von Gilvan Samico. Aus der Bonner Ausstellung

Bonn zeigt zeitgenössische Kunst aus Brasilien

Seele des Mato Grosso

Es ist vielleicht der Jaguarkopf mit wollüstig-grellen Lippen und den schräggeschminkten Augen eines Vamps, der auf dem Hintergrund explosiver Farb- und Musterkombinationen lauert: Ihm würde man am entschiedensten das Attribut "brasilianisch" in dieser Ausstellung der Gegenstände im Bonner Wissenschaftszentrum zuweisen. Dort zeigen derzeit acht zeitgenössische Künstler aus Brasilien Malerei und Schmuckarbeiten - eine Seltenheit hierzulande. Es ist eine Auswahl, die sich nicht auf einen Nenner bringen läßt.

So dominieren Sinnlichkeit und Aggression, das Dämonische alter Kulturen und die diesseitige Heiterkeit des heutigen Brasilien in den Ölgemälden João Sebastião Costas aus dem Mato Grosso. In den Gouachen von Ana Letícia Quadros aus Rio de Janeiro läßt dagegen die introvertierte Gelassenheit auf. Ein einziger kühler Lichtwirbel sind die Acrylfarbenbilder Urian Agria de Souza aus Belém.

Starke Leuchtkraft der Farben

zeichnet die abstrakt-expressionistischen Gemälde Antonio Sérgio Beneventos aus, während Gilvan Samico auf seinen streng symmetrischen, sparsam kolorierten Holzschnitten quasi-heraldische Fabelwesen, Menschen in Volkstrachten, Symboltiere wie Fisch und Taube zu phantastisch-ausdrucksvollen Bildern arrangiert.

Den stärksten Eindruck hinterlassen die Schmuckarbeiten von Dirceu Krepels aus São Paulo. Aus edlem Metall und sanftfarbenen Halbedelsteinen schnidet er Gesichter und Masken, die er als "Dramen meiner Seele" versteht.

Das Faszinierende dieser brasilianischen Kunst ist die lebendige Verbindung der eigenen alten Kulturen - der indianischen und afrikanischen - mit Tendenzen zeitgenössischer europäischer und amerikanischer Kunst. (Bis 25. Nov.; Mettlach: 30. Nov. bis 6. Jan.; anschließend Waiblingen; Katalog kostenlos.)

SUSANNE PLÜCK

D. Rownalls Stück „Meisterklasse“ in Düsseldorf

Boulevard mit Blutspur

Die angelsächsischen Länder haben seit jeher eine engere Anteilnahme am Schicksal der sowjetischen Musik entwickelt, der eines mit ihnen im Krieg verbundenen, großen Musiklandes. Im Grunde dort kam Schostakowitsch mit seiner "Leinwand-Sinfonie" zu internationalen Ruhm, und doch schritten auch zu erst die Alarmglocken, als es dann 1949 den sowjetischen Neutürmern ideologisch an den Kragen ging: Alexander Werth berichtete in London über diesen "Musical upsur in Moscow", und der Musikwissenschaftler Norman Kay analysierte sich an einer heillosen Versuche dieses Kulturkampfes, als man bei uns den Namen Schostakowitsch gerade buchstabieren lernte.

Und so ist es nun auch wieder ein englischer Autor, der auf die nahegelegende Idee kam, diesen Konflikten dramatische, um nicht zu sagen: komödiantische Qualitäten abzugewinnen, sie auf heiterer Ebene zu überwinden. David Pownall ist in Liverpool geboren, Selmae-Autor und Theaterpraktiker, und sein Stück "Master Class", in dem Stalin und sein Kulturkommissar Schdanow in einer (erfundenen) Nachsitze bei viel Wodka die Komponisten Prokofjew und Schostakowitsch über die wahre, realistische volkstümliche Kunst zu belehren suchen, ist ein Jahr lang in suite am Londoner Haymarket Theatre gelaufen, bevor es jetzt am Düsseldorfer Schauspielhaus in der Regie von Rolf Stahl zur deutschen Erstaufführung kam.

Manchem hierzulande wird das Stück nicht schmecken: einmal soll man ja diese Vorgänge entspannungsbremmend als Betriebsunfall vergessen, so als ob der Schoß nicht noch entzündlich fruchtbar wäre, aus dem das kochte, und dann fällt uns Dokumentarfilm-gewohnt und Historie-befassenes Publikum auch die leichte Macht, in der hier Verbürgtes und Erfundenes, Früheres und Späteres, Russisches und Britisches, blutige Ernste und übermäßig Chaotisches - durchbeinanderkommt. Dieses Stück schlägt auf eine offenbar unzulässige Weise den Bogen vom Tasso zum Boulevardtheater, so wie es Shakespeare getan hat.

An das Vorbild Hochhuth darf man

nicht denken, und an das Vorbild Gogol auch nicht - eher noch an Harold Pinter. Es ist keine Aktion mit dem Anspruch auf Echtheit, sondern ein "Joke", der nach der Pause sogar Längen zu ertragen müßte.

Schostakowitsch (von Bert Oberdorfer dargestellt) sieht aus, wie ihn Alexander Werth in seinem Buch "Rußland im Krieg" schildert: wie ein Schuljunge, den man zum ersten Mal in einen dunklen Anzug gesteckt hatte. Der greise, an einem Schlaganfall laborierende Prokofjew wird von Karlheinz Vietich in subtiler Würde verkörpert. Diese beiden Komponistenfiguren sind aber letztlich doch Randakteure eines exzentrischen Spiels, das hier die Macht in ihrer zeitlosen Dummheit liefert, verkörpert in Stalin (Wolfgang Reinbacher) und seinem Kulturkommissar Schdanow (Dieter Prochow).

Fronten der Überzeugungen werden zwischen den Machthabern und den Komponisten scheinbar aufgebaut, die in Wirklichkeit doch auf Dilettantismus und Eitelkeiten hinauslaufen; aber auch die Anpassungsbeurteilung der Komponisten erfährt ihre kritische Spiegelung - freilich als unter nackter physischer Gefahr, unter der Bedrohung mit persönlicher Liquidierung zustande. Wie Menschen unkommen konnten, das wird manchmal nur in Nebensätzen gesagt. So ist es ein Boulevardtheater mit untergründiger Blutspur, über das hier gelacht werden kann.

Die Dialoge sind gleichfalls britisch und locker - nichts vom wichtig-türkenischen byzantinischen Zereemoniell, man redet westlichen Klartext statt parteinischen Gierden, was manchen unbedarften Hörer irritieren mag. Man muß sich in Erinnerung rufen, daß das Spiel trotz aller echten Textzitate nicht als dokumentarisch beurteilt werden kann, sondern als "erfundene Wahrheit", deren komödiantische Sachverhalte nur Symbole für Geschichtliches und Tatsächliches sein können. In solcher Verkürzung ist z. B. eine Szene, die im Gespräch über eine Ikone fundamentale Grundzüge des überpersönlichen sowjetischen Kunstideals enthält, von unnachahmlicher Eleganz.

DETLEF GOJOWY

Köln: Alfred Jarrys „König Ubu“ als Pantomime

Das stumme Monster

Ein gefrässiger, dummer, egoistischer, geldgieriger und geiler Spielbürger ist dieser Ubu, Enfant terrible des als eben solches angesehenen Alfred Jarry, der 1896 bei seiner Uraufführung in Paris die Szenen empörte. Unter den Premierengästen befanden sich auch Mallarmé und W. B. Yeats, der ahnte, daß dieser Theaterabend das Ende einer gesamten Kunstära darstellte. Mit der Idee, diesen "König Ubu" als pantomimische Farce aufzuarbeiten, geht der Wahl-Kölnen Milan Sladek schon seit mehr als zehn Jahren schwanger. Die Geburt fand jetzt auf der Bühne seines Theaters Kaffa statt. Eine schwere war's, und das Kind ist leider nicht gut geraten.

Jarrys Stück vom in jeder Beziehung unmäßigen Ubu, der den polnischen König ermordet, sich selbst zum Regenten krönt, seine Untertanen ausbeutet und massakriert, bezieht einen großen Teil seiner Wirkung durch die Sprache, den unfähigen Wortwitz seiner Figuren, ihre anzüglichen sexuellen Bemerkungen. Das ist eine wesentliche Dimension, die dem stummen "König" fehlt. Und so wird dieser Ubu auch ein Lehrstück über die Grenzen des Pan-

tomimentheaters. Denn trotz Sladeks ausgezeichnetem Spiel kann die Sprache nicht ersetzt werden. So hinterläßt die stumme Version keinesfalls die provozierende Wirkung, derer Jarrys Drama auch heute durch aus noch fähig ist.

Den fehlenden Ton versucht - verborglich - die "Musik" von Matthias Buch zu ersetzen, eine permanente Geräuschkulisse aus unverständlichen, gegen den Rhythmus intonierten Wortketten, Schnalzen und Schmatzlaute. Nach der anfänglichen Verblüffung und dem kurzen Vergnügen an dieser Idee verläßt sie alsbald zu einem nervenden Ton-teppich, der - drei Stunden lang ununterbrochen zu hören - an der Geduld zerrt und kaum zur Erhellung der Vorgänge beiträgt.

Sladek in der Titelrolle ist ein grünläufiges Monster mit fettem Bauch und übermäßigem Geschlechtsteil: unmißverständlich Hinweise auf seine Lieblingsbeschäftigungen. Seine Frau (Isidoro Fernandez), im kompletten Rot geschminkt, ist sein treffliches Pendant. Selbstverständlich sind die visuellen Komponenten der Figuren und des Stücks goldrichtig getroffen, wie überhaupt überall dort, wo schon Jarry geschickt arbeitet und ohne Sprache auskommt, Sladek mit der Umsetzung in sein ureigenes Medium keinerlei Schwierigkeiten hat. So gelingen ihm Bilder von symbolträchtiger Bedeutung (Ubus Thron ist ein weibliches Geschlechtsteil nachgebildet) und Szenen von bizarrer, alptraumhafter Schönheit. Aber sie bleiben seltsam isoliert im Gesamtgefüge, wirken lediglich durch sich selbst, vermögen sich der Struktur des Ganzen nicht einzufügen.

Das Ensemble arbeitet mit der gewohnten Verlässlichkeit, doch der Schlußapplaus ist eher höflich als begeistert. "Sie haben eine wunderbare Gestalt vor uns aufgestellt, aus einem seltenen und hartgriffigen Ton. Die Gestalt geht ein in das Repertoire und kommt mir nicht aus dem Sinn." Mit diesen Worten beglückwünscht Milan Sladek den Autor nach der Premiere. Diese Gestalt aus "hartgriffigem Ton" ist uns der Pantomime Sladek entschieden schuldig geblieben.

RAINER NOLDEN



Milan Sladek (links) und Isidoro Fernandez in dem Kölner „Ubu“

Kassel: Ein Renaissancepektakel wird neu entdeckt

Manierismus in Weiß

Und nichts anders wird vom Publikum gewünscht, begehrt und bewundert außer das Wunder der Intermedien. So jubilierte ein Zeitgenosse über die Resonanz der "Propheten des goldenen Zeitalters und der Schrecken der Hölle", eines hochkarätigen Renaissancepektakels, das 1589 in Florenz aus Anlaß der Hochzeit des Ferdinand von Medici mit Christine von Lothringen über die Bühne der Uffizien ging. Man muß dem Kasseler Staatstheater Dank wissen, daß es das Wagnis mit der Wiederaufführung auf sich genommen hat. Das ausgehende 16. Jahrhundert kannte solche Intermedien als Vor- und Nebenform der frühen Oper, zunächst noch als musikalisch-theatralische Divertissements, die während der Pausen einer Commedia Abwechslung bringen sollten.

Die sechs florentinischen Intermedien von der "Prophetie des goldenen Zeitalters" sind eigentlich das erste gelungene musikalisch-theatralische Teamwork und vermutlich auch das letzte von Rang. Sieben Komponisten steuerten die Instrumentalsymphonien, die Canzonetten, Madrigale und vielstimmigen Chorsätze bei. Cristofano Mauvezzi vor allem, dann auch Luca Marenzio, Giulio Caccini, Emilio de Cavalleri oder Jacopo Peri; anstelle der verlorengegangenen Schlachtmusik herrscht für einige Minuten das musikalisch-dramatische Claudio Monteverdis. Seine Zeitgenossen stehen ihm an expressiver Dichte kaum nach.

Statt des ursprünglichen Schauspieltextes mußten in der Kasseler Einstudierung Passagen aus Niccolò Machiavellis "Il Principe" herhalten. Damit hat sich Herbert Wernicke, Regisseur und Ausstatter, zunächst einmal eine provozierende Konzeption sichergestellt. Der Sprecher (Wolfgang Strohmeyer), ein sogenannter Theaterprinz, der sich zunächst einmal eine Arie aus Verdis "Rigoletto" vorsingen läßt (Janos Korda verweist darauf, daß es auch an Häusern der niedrigen Gegenklasse achtbare Belcantenänger gibt), fungiert als Mit-

teilsmann zum Heute und Jetzt. Auch

hier, hinter dem scheinbar so lauten Verfahren, beginnt die Schlitzohrigkeit der Bearbeiter. Wie in der vielstimmigen Madrigalwelt die Monotonie des Theatersangs vorausklängt, so läßt Herbert Wernicke die zynischen Lehrsätze Machiavellis deklamieren und zielt auf die gesellschaftliche und politische Situation heute. Sein dekorativer Manierismus in Weiß, direkt und gradlinig, befriedigt vor allem die voyeuristische Lust. Natürlich interessieren Wernicke nicht die historischen Voraussetzungen und Arbeitsbedingungen der Camerata am Vorabend der Oper, er analysiert den Mechanismus der Machtgreifung und -erhaltung, die Schändung der Freiheit und die bloß dekorative Funktion der Kunst als Ergebnis der selbstverschuldeten Abhängigkeit des Künstlers von seinem Auftraggeber. Und um den Preis des aktuellen Lehrstücks inszeniert Wernicke auch mal an der Musik und am allegorischen Text vorbei.

Das musikalische Aufgebot war respektabel. Hier ist vor allem Samuel Bächli zu bewundern, der - anders Nikolaus Harnoncourt - von Ludger Remy vorgelegte Bearbeitung auf modernen Instrumenten spielen ließ und die zwei Dutzend Musiker auf kammermusikalische Qualität gesetzt hatte, nicht nur auf den solistischen Plätzen. Es wurde makellos und tonschön musiziert, unmittelbar und vital.

Der Chor, von Hubert Dapp akribisch vorbereitet, beherrscht die Madrigalspiele der Zeit ohne Not. Martha Sharp, Mildred Tyree und Julia Juon war der eher ariose Teil der Intermedien anvertraut. Craig Fields, Vicus Slappert und René Classen brachten auch mal etwas von ihrer Opernfahrung mit ins Spiel, und das tat weder der Szene noch der Musik Abbruch, stellte vielmehr unter Beweis, wie bedeutend und vielschichtig diese Musik ist. Fast 400 Jahre hat es gedauert, bis sie wiederentdeckt wurde. Kein Ruhmesblatt für die Literaturkritik und ihre Risikobereitschaft der Spielplan-Programmierer nördlich und südlich der Alpen.

HEINZ LUDWIG

JOURNAL

Foto-Symposium über „Kunst und Kommerz“

DW. Düsseldorf
Kritiker und Künstler lieben die Unterscheidung zwischen Kunst und Kommerz, mit der sie unterstellen, daß das Erfolgreiche immer das Minderwertige sei. Das gilt in ganz besonderem Maße für die künstlerische Fotografie, die es ablehnt, mit gleichen Maßstäben wie die verschmähte Auftragsfotografie gemessen zu werden. Deshalb wurde für das 5. Internationale Foto-Symposium Schloss Mickeln (veranstaltet von der Volkshochschule Düsseldorf) das Thema „Fotografie zwischen Kunst und Kommerz“ gewählt. Dabei werden u.a. Klaus Honnet und Karla Fohrbeck darzustellen versuchen, wie wenig solche groben Unterscheidungen geeignet sind, der Fotokunst und den Fotografen zu nützen.

Zur Erinnerung an HAP Grieshaber

DW. Stuttgart
Mit der Ausstellung „HAP Grieshaber - Ein Lebenswerk 1909-1981“ erinnert Stuttgart am Kunstgebäude am Schlossplatz an das Werk des Künstlers, der vor allem durch seine farbigen Holzschnitte bekannt wurde. Die Ausstellung ist bis zum 18. November zu sehen und wird anschließend im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe vom 16. Januar bis 10. März 1985 gezeigt. Sie umfaßt mehr als 300 Werke, vorwiegend Holzschnitte, aber auch Zeichnungen, Aquarelle und Gouachen. Der Katalog kostet in der Ausstellung 40 Mark, im Buchhandel 68 Mark.

Disney-Retrospektive bei der Mostra 1985

AFP. Venedig
Das gesamte Werk Walt Disneys, insgesamt rund 500 Filme, wird im kommenden Jahr im Rahmen der Filmfestspiele von Venedig zu sehen sein. Die eigentliche Mostra findet vom 26. August bis 6. September statt. Für die Festspiele wurden mehrere Änderungen beschlossen. Der „Silberne Löwe“ für ein Erstlingswerk wird in Zukunft nicht mehr vergeben. Die den berühmten Meistern des italienischen Films gewidmete Auswahl „Venezia ieri“ sowie die Unterhaltungsfilme der Sektion „Venezia notte“ sind künftig nicht mehr im Programm. Statt dessen wird eine Auswahl unter dem Titel „Venezia Giochi“ mit Werken junger italienischer Filmschaffender gezeigt.

Werner Weber 65

Solange er - bis 1973 - Feuilletonchef der „Neuen Zürcher Zeitung“ war, hörte man mehr von ihm in der literarischen Öffentlichkeit als seitdem. Aber er ist nach wie vor der maßgebende Kritiker in der Schweiz, auf dessen Urteil nicht nur seine schriftstellernden Landsleute, sondern auch ihre österreichischen und deutschen Kollegen den allergrößten Wert legen. Ob Weber es gerne hört oder nicht: Er ist schon lange zum „Literaturpapst der Schweiz“ avanciert.

Nach 25 Jahren bei der Zeitung nahm der heute 65jährige dann eine neue Herausforderung an: Er wurde Professor für Literaturkritik an der Universität Zürich. Darunter leiden vielleicht etwas seine aktuellen Überlegungen zur belletristischen Titelproduktion, nicht indes sein reiches essayistisches Werk, wie es etwa in Betrachtungen über Keller und Fontane oder über literaturtheoretische Fragen vorliegt.

Eines dürfte feststehen: Die Wirkamkeit Werner Webers ist nach wie vor überall zu spüren; nur verläuft die Linie heute statt aus der Redaktionstube zum Leser aus dem Seminar zu seinen Studenten, Multiplikatoren der Zukunft. J.S.

Kurt Desch 7

sta. Bonn
Er zählte auf dem Höhepunkt seiner Karriere zu den glanzvollen Erscheinungen unter den westdeutschen Verlegern der Nachkriegszeit. Er war nicht nur wirtschaftlich überaus erfolgreich, in seinem Programm versammelte viele Namen, die etwas bedeuteten, darunter Hans Werner Richter, Robert Neumann, Hermann Kesten, Hans Habe oder aus dem Ausland Evelyn Waugh, Morris L. West, Jean Cocteau, Romain Rolland, Alberto Moravia. Kurt Desch (81), dessen Tod am vergangenen Mittwoch erst jetzt bekannt wurde, erhielt 1945 (als erster) von der amerikanischen Besatzungsmacht eine Verlagslizenz. Als er das Unternehmen 1973 verkaufte, hatte er rund 4100 Titel mit einer Gesamtauflage von 41 Millionen Exemplaren herausgebracht; im angeschlossenen Theaterverlag wurden 158 deutschsprachige und 208 ausländische Autoren betreut. Der Verkauf führte zu gerichtlichen Auseinandersetzungen mit einer Reihe von Schriftstellern, die den Unternehmer beschuldigten, ihnen Honorare vorenthalten zu haben. Trotzdem gilt, daß Kurt Desch die literarische Szene der Bundesrepublik wesentlich bereichert hat.

Bald Start ins All von „Wolkenkratzern“ aus

Raumflughafen für geheime Raketenmissionen geplant

WOLFGANG WILL, Vandenberg
Wolkenkratzer auf Rädern sind das Herz des entstehenden Militär-Raumfahrtkomplexes der USA im kalifornischen Vandenberg, von wo aus die „Discovery“ – derzeit auf Satellitenfang im All – binnen Jahresfrist erstmals zu einer geheimen Mission starten soll. Vandenberg hat mit Format und Methode, wie Raumflugzeuge im Kennedy Space Center in Florida für den Start vorbereitet werden, nichts mehr gemein. Die US-Luftwaffe hat aus Geheimhaltungsgründen ein faszinierendes Konzept entwickelt.

Inmitten einer Geraden – einem Schienenstrang ähnlich – steht die Startrampe. Von der einen Seite wird der mobile 27 Stockwerke hohe Serviceturm, nach drei Seiten von Stahl- und Betonwänden eingeschlossen, auf Rädern, die auf Schienen laufen, herangefahren. Von der anderen Seite wird auf gleiche Weise die gigantische Raumflugzeug-Montagehalle herangeführt. Beide Wolkenkratzer auf Rädern können miteinander verbunden werden, umschließen Raumflugzeug und Startrampe völlig, so daß jeder Einblick verwehrt und jeder Abhörversuch unmöglich ist.

Ein drittes Hochhaus auf Rädern ist die Nutzstallhalle, 6000 Tonnen schwer und 47 Meter hoch. In ihr werden die geheimen militärischen Weltraumfrachten präpariert. Diese gewaltige Halle kann auf ihren Rädern direkt in das größte Montagegebäude fahren, das zu diesem Zweck über eine dreiteilige, sich wie eine Garagentür nach oben öffnende 39 Meter breite Pforte verfügt.

Im Kennedy Space Center in Florida wird die gesamte Startkombi-

tion – Raumflugzeug, Treibstofftank und zwei Zusatz-Feststoffraketen – im großen Montagegebäude zusammengefasst. In ihm wird auch letzte Hand an die Fracht gelegt. Dann befördert ein gigantischer Raupenschlepper das ganze über etwa fünf Kilometer zur Startrampe am Rande des Atlantik. Anders in Vandenberg: Dort kommen die Gebäude, die Wolkenkratzer auf Rädern, zum Raumflugzeug auf der Startrampe gerollt.

Die gesamte Anlage, die zu vier Fünfteln fertiggestellt ist, kostet um die drei Milliarden Dollar. Von hier aus will die US-Luftwaffe jährlich bis zu zehn Raumflugzeuge auf Geheimmission schicken, entweder, um Aufklärungssatelliten, „Himmelspione“ genannt, zu starten oder Weltraumwaffensysteme zu erproben. Die geographische Lage Vandeborgs ermöglicht es im Gegensatz zum Kennedy Space Center, Polar-Umlaufbahnen zu erreichen, von denen aus praktisch die ganze Welt einschließlich aller Teile der Sowjetunion überfliegen werden kann.

Die „Discovery“ wird ihren Heimatflughafen ab Ende nächsten Jahres in Vandenberg haben, nach drei Probeflügen von dort, die in Florida enden, auch dort landen. Eine fünf Kilometer lange Rollbahn ist bereits einsatzbereit. Die Nasa wird für die Militärmissionen weiterhin die Piloten stellen, aber mehr und mehr kommen dann die Geheim-Astronauten der US-Luftwaffe zum Einsatz. Es gibt derzeit 27 solcher Luftwaffenexperten, doch soll ihre Zahl auf wenigstens 50 erhöht werden. Das Nasa-Astronautenkorps umfaßt derzeit etwa 80 Männer und Frauen. (SAD)

Der Jagd auf die kleinen Sänger den Kampf angesagt

Italiens Naturschützer fordern Maßnahmen gegen Wilderer

KLAUS RÜHLE, Rom
Italiens Naturschützer führen einen schweren Kampf. Ihre Gegner sind Hunderttausende von Sonntagsjägern, ein Heer von Wilderern, die Jagdwaffenindustrie und die laschen und oft umgangenen Gesetze zum Schutz der spärlichen Fauna. Das gültige Gesetz soll endlich reformiert und den europäischen Normen sowie der Konvention von Bern angepaßt werden. Doch die Widerstände im Parlament sind so stark, daß die Naturschutzverbände eine verhängnisvolle Aufweichung des Schutzprinzips befürchten. So scheint die Jagd auf Kleinvögel mit Hilfe von Netzen weiterhin zulässig zu bleiben.

Hinzu kommt, daß in vielen Landestellen bisher Sonderregelungen gelten, die der hemmungslosen Vogeljagd Tür und Tor öffnen. Die in Italien bisher noch wenig organisierten Grünen haben im Verein mit den Vogel- und Naturschutzvereinigungen beim Staatsrat gegen die Jagdkalender von nicht weniger als acht Regionalregierungen Beschwerde eingelegt. Darunter befindet sich die Region Friuli-Venetien, wo die massive Jagd auf Kleinvögel unbehindert weitergeht, weil Polenta mit getriebenen Vögeln dort als Leibgericht gilt.

Schlimm sieht es auch in Apulien aus, wo der regionale Jagdkalender unter anderem das Fangen von Vögeln selbst im August – das heißt in der Nistzeit – zuläßt.

In der Provinz Trient, die zusammen mit Südtirol eine autonome Region bildet, soll Ende November ein Volksentscheid über die geforderte Abschaffung eines örtlichen Gesetzes von 1984 entscheiden. Dieses Gesetz hatte den Schutz der Fauna dem Jägerverband anvertraut, der nach Ansicht der Vogelschutzorganisation schlechten Gebrauch davon machte.

Wie dringlich eine Reform der gesamten Naturschutzmaterie mit Hilfe klarer gesetzlicher Maßnahmen ist, zeigen die fortgesetzten Sabotagen durch skrupellose Wilderer. Dieser Tage wurde im Naturschutzpark der Abruzzen ein 120 Kilo schweres Prachtexemplar der wenigen dort noch existierenden Braunbräuen erschossen. Und auf Sardinien fiel fast zur selben Zeit ein volles Dutzend der seltenen Mufflons Wilderern zum Opfer. Beide Tierarten stehen unter strengen Schutzgesetzen, gegen die leider immer wieder verstoßen wird. Durch verstärkten Einsatz von Hügeln und Beobachtungsposten soll den Wilderern so schnell wie möglich das Handwerk gelegt werden.



Warum so mancher Kneipe die Stunde schlägt . . .

Ein Bier zum Prost oder Lolita zum Tröst: Wo liegt der größere Schaden fürs deutsche Stadtbild verborgen? Im Bier, natürlich. Vom Institut für Urbanistik um ihre Meinung gefragt, hielten deutsche Städteplaner nicht hinterm Berg. Von 172 erfaßten Planungsämtern bezeichneten 29 Verwaltungen die Gaststätten als aufdringlich. Nur 13 bezeichneten die Institute der Sexuelle so, und fünf schlossen das flatternde Straßengewerbe in diese Kategorie mit ein.

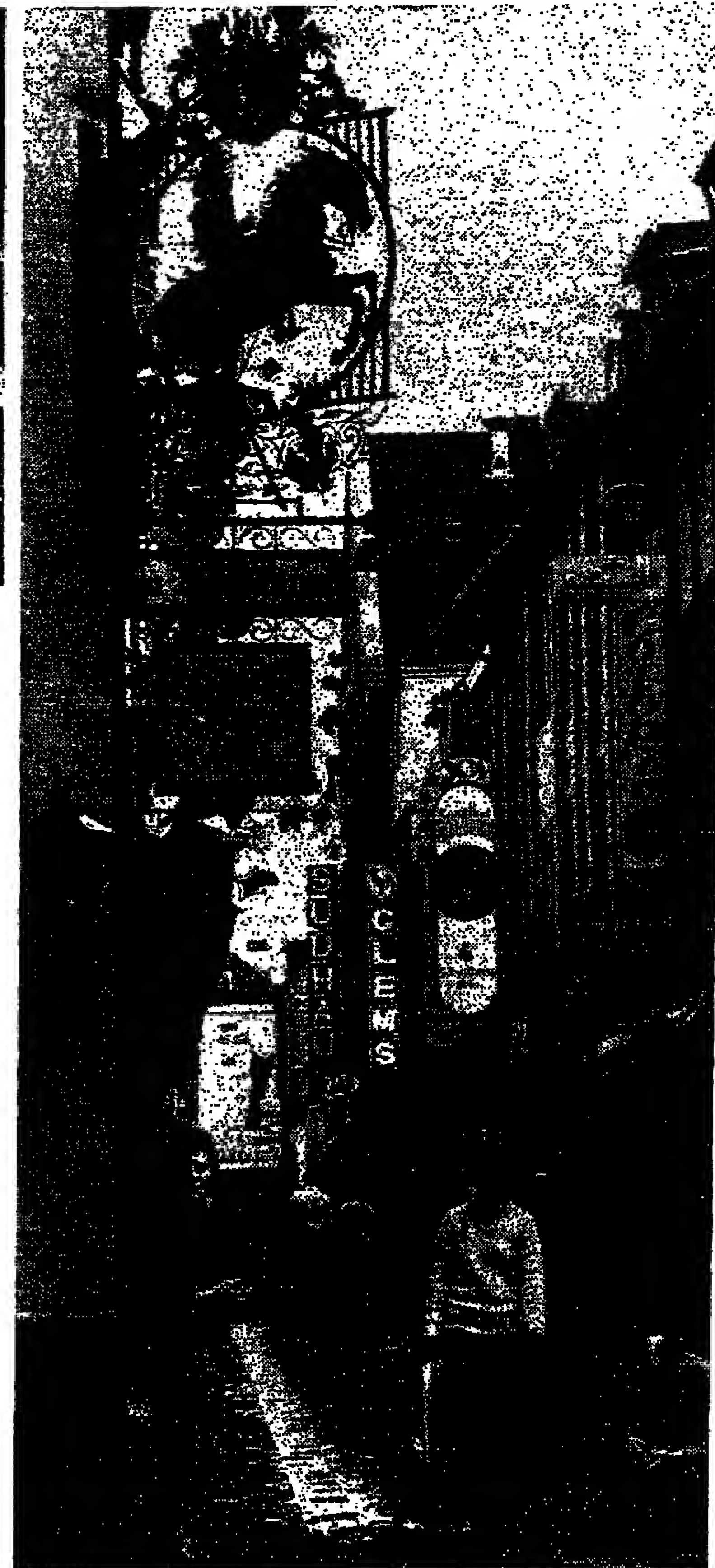
Nun sind die Deutschen dem Bier seit jeher zugetan – häufig lärmend. Auch sind die Städteplaner ehrliche Beamte, und zugeben: Leicht ist es, Rotlicht mit beliebigem Exterieur gefällig zu umhüllen. Wer aber stört sich nicht an Mopedlärm und dem Geruch verbrannten Fettes? Gaststätten, Spielhallen, die Diskotheken und Discount-Märkte, kurz, die ganze Bandbreite der „Anonymität und Enthemmung von Sozialkontrolle“ schossen in den vergangenen Jahren scheinbar unkontrolliert aus dem Boden. Der Umfragebefund: Lediglich ein Viertel der 172 erfaßten deutschen Städte verfügt über einen Bebauungsplan für Vergnügungstätten und deren Umfeldgestaltung. Über drei Viertel der befragten Stadtplanungsämter aber haben mit einer Häufung solcher Vergnügungstätten zu tun, und fast zwei Drittel erblicken darin immerhin ein Schwerpunktproblem.

Dem unerwünschten Vergnügen

rückten die befaßten Ämter bisher lieber mit dem Paragrafendickicht zu Leibe. Besonders beliebt ist die Verweigerung einer Betriebsgenehmigung wegen „nicht erfüllter Stellplatzverpflichtung“. In 49 Städten wurde auf diese Weise unerwünschten Betreibern von Spielhallen ein Schnippen geschlagen und in 38 Städten die Eröffnung von Gaststätten hintertrieben. Dabei fällt auf, daß Gleiches nur in zehn Städten für Sexkino befunden wurde. Spielautomatenbesitzern binden die Behörden gerne mit dem Paragraph 331 der Gewerbeordnung – „übermäßige Ausnutzung des Spieltriebs“ – die Hände.

Dem anderen, mächtigeren Trieb begegneten die Verwaltungen dann in immerhin 12 Städten erfolgreich mit dem Paragraph 34 des Baugesetzes – die Häuser fügten sich nicht „in die Eigenart der näheren Umgebung unter Berücksichtigung der für die Landschaft charakteristischen Siedlungsstruktur“. Nach dem bekannten Motto „Wem die Stunde schlägt“ überlebten ferner in 59 Städten Gaststätten und in 49 Städten Diskotheken nicht die vorgezogene Sperrstunde.

Der Befragung der Planungsämter sollen nun detaillierte Fallstudien und schließlich einmal ein vom „Institut für Urbanistik“ erarbeiteter Leitfaden für Kommunen und Kommunalpolitiker im Kampf mit dem „Vergnügen“ und seinen Stätten folgen. T. W. K.



Dem Städteplaner ein „Stein im Magen“: Diskotheken und Kneipen wie in der Düsseldorfer Altstadt (oben). Aber ist Lärm aus einer Gaststätte der Umgebung wirklich abträglicher als die Unauffälligkeit eines Sexshops? FOTOS: PETER MITCHELL/POLY-PRESS

Fast jeder zweite geht schon vor 65 in die Rente

E. N. Bonn

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat ermittelt, daß in der Bundesrepublik Deutschland bereits 38 Prozent aller Männer im Alter zwischen 55 und 65 Jahren nicht mehr erwerbstätig sind. Sie beziehen schon Rente oder sind arbeitslos. Wie sich diese Anteile auf die Bundesländer verteilen, ist bisher nicht feststellbar, da das Wiesbadener Amt zu diesem Ergebnis nach einer Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 kam, deren Zahlen nur dem Statistischen Bundesamt vorliegen. Der Anteil der nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Männer liegt bei den 55- bis 57-Jährigen bei 16 Prozent, bei den 64-Jährigen bei 80 Prozent.

Selbständige, so erklärt das Bundesamt, scheiden im Durchschnitt wesentlich später aus als Arbeitnehmer etwa in Handel und Industrie oder Angestellte. In der Altersgruppe der 55- bis 57-Jährigen Männer war nur jeder sechste selbstständig tätig, in der Gruppe der 64-Jährigen fast jeder zweite.

Sehr unterschiedliche Antworten über den überwiegenden Lebensunterhalt der freiwillig aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen ergaben sich zwischen Männern und Frauen. Während fast alle Männer erklärten, daß sie von Renten und Pensionen leben, sagten die Frauen der in Frage stehenden Altersgruppe, daß ihr Lebensunterhalt weitgehend von Ehegatten oder Familienangehörigen finanziert werde.

Bei den Frauen zwischen 55 und 64 Jahren, so das Bundesamt in Wiesbaden, ist der Anteil der Nichterwerbstätigen naturgemäß wesentlich höher, weil ein großer Teil entweder nie oder nur in jüngeren Jahren im Erwerbsleben stand. Allerdings stamme bei den 62- bis 63-Jährigen Frauen der größte Teil des Einkommens aus Renten und Pensionen.

Ärger auf der Euro-Spur

Wien verschärft Kontrollen und meldet Bedenken an

TORSTEN W. KRAUEL, Bonn

Eigentlich sollte sie der Grenzkontrolle ein Ende bereiten, die „Europlakette“ mit dem großen „E“ – E wie ehrlich – an der Windschutzscheibe. Statt dessen winkt der Zoll an österreichischen Übergängen immer häufiger ehrliche E-Spur-Fahrer heraus. Der Grund: So mancher beim Schmuggel erpapt Autobesitzer war so „ehrlich“, die Entfernung des aufgeklebten, gut haftenden Schildes „vergessen“ zu haben, als er die zollpflichtigen Waren in den Kofferraum packte. Die E-Spur sei zum Schmug-

In Österreich beträgt diese Steuer für eine Reihe von Waren nämlich 32 Prozent. Folgen blieben nicht aus.

Kaum jedoch war die Meldung über den Schmuggel draußen im Lande, da sollte plötzlich alles ganz anders aussehen. Zuerst dementierte der ÖAMTC die Nachricht: Schmuggel, das sei zu hoch gegriffen. Das Wiener Finanzministerium hingegen bestätigte der WELT, der ÖAMTC sei für die Nachricht verantwortlich, man wolle ihr auch nicht widersprechen. Es werde tatsächlich mehr „geschmuggelt“. Dennoch sei aus Wien eine generelle Kontrollwellung an die Zollstellen nicht ergangen. Da handle es sich wohl um „selbständige Handlungen“. Doch sei die Zahl der „Aufgriffe“ solcher Schmuggler zurückgegangen, weil weniger kontrolliert werde. Die Behinderungen auf der E-Spur rührten daher, daß auch Autos ohne E-Plakette, eben nicht berechnete Autofahrer, Bürger aus Nicht-EG-Staaten ebenso wie Besitzer zollpflichtiger Waren, die die meist freie E-Spur befahren. Im übrigen gebe es nur Stichproben.

In Bonn weist das Bundesinnenministerium die Schmuggelvorwürfe zurück, und die Oberfinanzdirektion München kann solche ebenfalls nicht erkennen. Übereinstimmende Auskunft: Maßnahmen gegen den angeblichen Schmuggel finden nicht statt.

Dennoch haben sich deutsche wie österreichische Stellen dieses Problems angenommen. Im kommenden Januar soll in Wien ein erster Erfahrungsbericht mit der E-Spur vorliegen, und dann werde man mit den Deutschen reden. Geredet haben mit Bonn offensichtlich schon die Franzosen: Hier und da, war vom Innenministerium zu vernehmen, beklage sich Paris über Schmuggel auf der E-Spur. Auch interministerielle Besprechungen habe es schon gegeben, hieß es im Auswärtigen Amt. Aber eigentlich sei es ein marginales Problem.

Antitürkische Ausschreitungen in Frankreich

AFP, Paris

Elf türkische Gastarbeiter wurden am Wochenende in Frankreich Opfer gewalttätiger Ausschreitungen, von denen eine offensichtlich rassistische Motive hat. Drei Türken wurden binnen zwölf Stunden erschossen und acht weitere mit teilweise lebensgefährlichen Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert.

Weil er „keine Ausländer leiden“ konnte, schoß der 22-jährige arbeitslose Frédéric Poulay am Sonntagabend mit einem Jagdgewehr blindlings in eine von Türken besetzte Teestube in der westfranzösischen Kleinstadt Chateaubriant. Er zielte von der Straße her auf Schatten hinter einer Fensterscheibe. Die Familienväter Salih Kaynar und Abdullah Yiloh wurden tödlich getroffen, fünf der rund 15 Gäste wurden verletzt, einer davon schwer. Der Schütze ließ sich widerstandslos von der sofort alarmierten Polizei festnehmen. Er begründete seine Tat als Ausdruck seiner „Wut gegen alle Ausländer, die keine Europäer sind“. Der junge Mann will keiner politischen Partei oder Bewegung angehören.

In Chateaubriant protestierten am Montag vormittag rund 500 Personen gegen diese Äußerung von Rassismus. Die Beschäftigten der zwei größten lokalen Unternehmen erklärten sich mit den türkischen Kollegen solidarisch. In der 15 000 Einwohner zählenden Gemeinde herrschte am Montag einstimmig Empörung und Erschütterung. Der Mord aus Rassismus erfolgte einen Tag nach dem Tod eines türkischen Gewerkschafters in Epone, westlich von Paris. Der 29-jährige Ozgun Kemal, Mitglied der kommunistisch-orientierten CGT-Gewerkschaft, wurde vor den Toren seines Werkes von einem Wächter erschossen. Drei Landsleute wurden durch Bauchschüsse verletzt, einer davon lebensgefährlich.

Harte Strafen nach Tod der Saatkrähen

dg. Gelnhausen

Zwei hessische Landwirte, die Krähen vergiften wollten und dabei ein Vogelsterben ausgelöst hatten, sind wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz zu drei Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Sie müssen außerdem eine Geldbuße von 3000 Mark an eine gemeinnützige Umweltschutzorganisation zahlen. Die Angeklagten hatten mehrere Kilo Hafer mit einem Liter des Giftes E 608 getränkt, um gesetzlich geschützte Saatkrähen zu vergiften. Sie wollten damit nach eigenen Angaben die „Krähenplage“ einer nahen Kreismitte von ihren Feldern fernhalten. Insgesamt starben jedoch 1700 Vögel, zu neunzig Prozent Buchfinken, an dem Gift. Nach Meinung des Hanauer Staatsanwaltes Nebel war es der erste Prozeß in der Bundesrepublik, bei dem es um einen Gesetzesverstoß dieser Größenordnung ging. (Amtsgericht Gelnhausen, Aktenzeichen 2 Js 5800/84)

Drittes Herz

AFP, Pittsburgh

Ein zweijähriges Mädchen hat am Sonntag zum zweitenmal innerhalb von zwei Tagen ein fremdes Herz eingepflanzt bekommen. Ihr Zustand sei besorgniserregend, erklärten die Ärzte am Kinderkrankenhaus von Pittsburgh (US-Bundesstaat Pennsylvania). Dem Kind waren am Freitag in zwölfstündiger Operation ein fremdes Herz und eine fremde Leber eingesetzt worden, der zweite Eingriff dieser Art in den USA.

Eisenbahn-Unglück

dp. Großlöhder

Beim Zusammenstoß einer Rangierlok mit drei Triebwagen der Bundesbahn sind gestern morgen in Großlöhder (Kreis Fulda) 22 Menschen verletzt worden. Das Unglück ereignete sich in unmittelbarer Nähe des Großlöhder Bahnhofs. Sechs Schwerverletzte wurden nach Angaben der Polizei vom Montag ins Krankenhaus gebracht. Der Lokomotivführer hat offenbar ein Signal übersehen.

Toter Disko-Besitzer

dp. Hamburg

Der Tote, der am vergangenen Freitag in einer auf dem Hamburger Osterbek-Kanal schwimmenden Tonne gefunden wurde, ist identifiziert. Wie die Hamburger Polizei mitteilt, handelt es sich um einen 44-jährigen Diskotheken-Besitzer aus Pinneberg. Von den Tätern fehlte gestern noch jede Spur.

Zuchtmerze „befreit“

dp. Den Haag

Unbekannte Täter haben am Sonntag aus den Käfigen einer Zuchtfarm in Vriezenveen (Ostniederlande) 600 Nerze entwendet und freigelassen. Einige Dutzend der Tiere wurden in der Umgebung der Farm inzwischen tot aufgefunden.

Sauna-Club-Urteil

dp. Stuttgart

Wegen Zuhälterei in 51 Fällen und Förderung der Prostitution in 97 Fällen hat das Landgericht Stuttgart gestern einen 43-jährigen Kaufmann aus Weiblingen (Rems-Murr-Kreis) zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Seine 33-jährige Ehefrau erhielt ein Jahr Freiheitsstrafe mit dreijähriger Bewährungsfrist und 8000 Mark Geldbuße. Acht Mitangeklagte kamen ebenfalls mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr oder 8000 Mark Geldstrafe davon.

Sizilianische Vettren

rt. Palermo

Die Vettren Salvo, zwei der reichsten Geschäftsmänner Siziliens, sind gestern verhaftet worden. Die Polizei teilte mit, Nino und Ignazio Salvo stünden unter dem Verdacht, Verbindungen zur Mafia zu haben.

„Krank“ Christbaum

AP, München

Ein „krank“ Christbaum am Marienplatz vor dem Münchner Rathaus soll in diesem Jahr an das Waldsterben erinnern. Ein Sprecher der Stadtverwaltung sagte gestern, dies sei der „ausdrückliche Wunsch“ der Stadt.

ZU GUTER LETZT

„Spenden sind dringend notwendig, steuerbefähigte Spendenquittungen auf Wunsch“. Aus dem Impressum des Organs der hessischen Grünen „Grüne Hessenzeitung“.

WETTER: Weiterhin trocken

Wetterlage: Ein umfangreiches Hochdruckgebiet mit dem Schwerpunkt über Rußland und dem Baltikum bestimmt auch in den nächsten Tagen das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

Im Süden vormittags gebietsweise Nebel, später heiter und trocken. Höchsttemperaturen 8 bis 11 Grad, Tiefstwerte 4 bis null Grad, in Bayern örtlich bis minus 3 Grad. Im übrigen Bundesgebiet und Raum Berlin sonnig und trocken. Höchsttemperaturen um 10 Grad, Tiefstwerte in Nordwestdeutschland um 5 Grad, sonst 3 bis minus 2 Grad. Mäßiger, am Tage böig aufsteigender Wind aus Südost.

Weitere Aussichten:

Trocken, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Montag, 13. Uhr:

Berlin	8°	Kairo	24°
Bonn	10°	Kopenhagen	7°
Dresden	8°	Las Palmas	22°
Essen	11°	London	15°
Frankfurt	9°	Madrid	15°
Hamburg	9°	Mailand	11°
List/Sylt	5°	Malorca	16°
München	7°	Moskau	-6°
Stuttgart	8°	Nizza	19°
Algier	18°	Oslo	5°
Amsterdam	11°	Paris	14°
Atten	16°	Prag	6°
Barcelona	19°	Rom	16°
Brüssel	14°	Stockholm	5°
Budapest	5°	Tel Aviv	24°
Bukarest	5°	Tunis	20°
Helsinki	-1°	Wien	5°
Istanbul	9°	Zürich	6°

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.38

Untergang: 16.34 Uhr; Mondanfang: 21.03 Uhr; Untergang: 13.19 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ART COLOGNE
19. Internationaler Kunstmarkt
15.-21. November 84

160 Galerien aus 10 Ländern zeigen Kunst des 20. Jahrhunderts

Sonderschauen: Sammlung Kunstmuseum Bern und „Szene New York 84“

Messegelände Köln-Deutz, Rheinhallen
täglich 11.00–20.00 Uhr
(auch Sonntag und Buß- und Bettag)

Eintritt: DM 10,–
Schüler/Studenten etc.: DM 6,–
Katalog: DM 15,–

ART COLOGNE
19. Internationaler Kunstmarkt
15.-21. November 84